

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 1. März 2017**

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

16/SVV/0512 Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Rücküberweisung in die
Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4 Arbeitsgruppe.
BbgKVerf Im Ergebnis der Beratung mit den
Ortsvorstehern werden folgende
Änderungen empfohlen:

- Ziffer 1 Abs. 5 - **nicht förderfähig sind insbesondere:**

1. Spiegelstrich: ist zu ändern:

in: Veranstaltungen, die sich ausschließlich an die einzelnen eigenen Vereins- und
Verbandsmitglieder richten.

4. Spiegelstrich: ist zu ändern:

in: „- Bewirtungskosten bei Veranstaltungen im Sinne des § 46 Abs. 4 BbgKVerf, die
mehr als **30 %** der bewilligten Mittel betragen oder einen Betrag von max. **11,00 €** pro
teilgenommener Person übersteigen, ein ggfs. übersteigender beantragter Betrag wird
gekürzt.“

Hauptausschuss – 22.02.17

einstimmige Zustimmung
einschließlich den oben genannten
Änderungen

16/SVV/0536 Bebauungsplan Nr. 146 "Nordwestseite Ausschuss für Stadtentwicklung,
Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Bauen und Verkehr – 08.11.2016
Jacobs" Zustimmung 4:0:3 zu folgender
Änderung des räumlichen neuen Fassung:
Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss
und Zustimmung zu den Städtebaulichen
Verträgen sowie Auslegungsbeschluss zur
Flächennutzungsplan-Änderung
"Nordwestseite Jungfernsee / Nördliche
Parkanlage Villa Jacobs " (10/15)

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 146 „Nordwestseite
Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ wird entlang der Uferlinie des
Jungfernsees in die Teilbereiche der eigenständig weiterzuführenden Bebauungspläne
Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfernsee" und Nr. 146-2 "Nördliche Parkanlage Villa
Jacobs" geteilt. Auf Anlage 2 wird verzichtet.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfernsee" ist gemäß § 3
Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 4 und 5). Vor Auslegung des

Bebauungsplans sind die Planzeichnung und Begründung entsprechend anzupassen.

3. Dem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfersee" wird zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert (siehe Anlage 7).

		SVV 07.12.2017 – zurückgestellt, da noch weiterer Beratungsbedarf bestand
16/SVV/0657	Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> abgelehnt 0:5:0 <u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> abgelehnt 1:5:0 <u>Werksausschuss KIS</u> abgelehnt 0:10:0 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ff)</u> abgelehnt 0:4:3
16/SVV/0729	Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2017-2018	<u>SVV 25.01.17 zurück in den SBV überwiesen aufgrund von OBR Grube beantragten Änderungen</u> <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> Zustimmung 6:0:1 mit geänderter Anlage 2. (In der Anlage 2 vom 21.02.17 der DS sind alle vom Ausschuss empfohlenen Änderungen enthalten.)
16/SVV/0855	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "GeoForschungsZentrum Potsdam", 1. Änderung und Ergänzung, Abwägung und Satzungsbeschluss	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> einstimmige Zustimmung
16/SVV/0856	Flächennutzungsplan-Änderung "Am Havelblick" (01/15) Abwägung und Feststellungsbeschluss	<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> Zustimmung 2:0:3 <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ff)</u> Zustimmung 4:0:3
17/SVV/0020	Fortschreibung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> zurückgestellt

		<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (ff)</u> zurückgestellt
17/SVV/0057	Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> Zustimmung 3:0:2
		<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung
		<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 15:0:3
17/SVV/0058	Satzung über die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -abgabensatzung - AWS)	<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> einstimmige Zustimmung
		<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 5:0:1
		<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 16:0:2
17/SVV/0060	Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam	<u>Hauptausschuss</u> einstimmige Zustimmung mit folgenden Ergänzungen:

...

5. **Wenn künftig die Potsdam Marketing und Service GmbH in eine eigenständige GmbH überführt wird, ist für diese ein Aufsichtsrat zu bilden.**

Folgende Ergänzungen sollen im Rahmen der Umsetzung (Arbeitsplan Tourismuskonzept 2015, Marketingplan der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) in den Jahren 2017/18 geprüft werden:

1. **Mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) sind die dezentralen Qualitäten der Schlösserlandschaft stärker in den Focus der Werbung zu stellen.**
2. **Die Landeshauptstadt Potsdam wird gemeinsam mit der SPSG und den Hochschulen sowie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen weitere Maßnahmen planen, die zu einer deutlichen Belebung des Tagungs- und Kongresstourismus führen.**
3. **Die Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2017 ein, mit den Touristikverbänden und -unternehmen abgestimmtes Konzept für eine strategische Hotelbettenplanung vorzulegen.**
4. **Es ist dafür zu sorgen, dass Potsdam mit einem attraktiveren, kreativeren Auftritt auf wichtigen Reisemessen wie ITB oder WTM vertreten ist.**

5. Der Bereich Wirtschaftsförderung berichtet jährlich im Hauptausschuss zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen die im Handlungsfeld Kommunikation und Vertrieb aufgelistet sind - auch und insbesondere, welche Maßnahmen zur Vernetzung zwischen SPSG und Stadtmarketing umgesetzt wurden und welche Synergien entstanden sind. Ebenso ist über die Umsetzung der Maßnahmen des Handlungsfelds Marketing und Kultur zu berichten.
6. Die unter Q6 formulierte Maßnahme „Unternehmensverantwortung im Bereich Nachhaltigkeit“ wird hoch - statt als mittelfristig - eingestuft.
7. Zur Umsetzung der Maßnahme A5 (Steigerung der Erlebbarkeit in den „dunklen Jahreszeiten“ und bei Nacht durch Beleuchtung der Highlights) verweist die Stadtverordnetenversammlung auf den Beschluss vom 04.05.2016 (Lichtmasterplan - Vorlage: 16/SVV/0062), mit der der Oberbürgermeister beauftragt wurde, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten.
8. Die geplante Maßnahme A 15 (Entwicklung und Umsetzung klimafreundlicher und -neutraler Reiseangebote, Konzepte und Maßnahmen) wird mit der Priorität hoch eingestuft.

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Vorlagen der Fraktionen

15/SVV/0575	Unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit Beeinträchtigung	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion</u> durch Verwaltungshandeln erledigt
15/SVV/0694	Verkehrerschließung Krampnitz	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr – 13.12.2016</u> abgelehnt 2:4:1
16/SVV/0365	Zeppelinstraße, mikroskopische Simulation auf einer aktuellen Datenbasis	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> Zustimmung 5:0:2 zur neuen Fassung wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die Leistungsfähigkeit der Zeppelinstraße für die Verkehrsart ÖPNV auf der Basis aktueller Zahlen, die bei der Verwaltung und Potsdamer wissenschaftlichen Einrichtungen vorliegen, für die verschiedenen Teilstrecken zwischen den Knoten sowie die Knoten im Detail zu untersuchen.
2. In einer mikroskopischen Simulation ist die Auswirkung unter verschiedenen Verkehrsbelastungen für die Knoten und Teilstücke zwischen den Knoten sowie die Auswirkung einer einspurigen Verkehrsführung im nördlichen Bereich auf den ÖPNV darzustellen. In der Darstellung ist
 - eine Verstärkung der Tramlinie zum Bahnhof Pirschheide, verbunden mit einer Brechung der Buslinien zwischen Hauptbahnhof und Pirschheide sowie
 - die Wirkung einer optimierten Signalsteuerung, wie sie im Endausbau vorgesehen ist

einzu beziehen. Die in Potsdam dazu vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen und die vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse sind für die mikroskopische Simulation zu nutzen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind bis März 2017 erste Zwischenergebnisse/vorliegende Ergebnisse vorzustellen.

- | | | |
|--------------------|--|--|
| 16/SVV/0390 | Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung | <u>Hauptausschuss</u>
zurückgezogen |
| 16/SVV/0403 | Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion – 14.02.17</u>
zurückgestellt

<u>Ausschuss für Bildung und Sport - 21.02.17</u>
zurückgestellt

<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (ff) – 16.02.17</u>
zurückgestellt |
| 16/SVV/0422 | Kürze Bahnbauezeiten in Babelsberg
+ Ea Fraktion DIE LINKE | <u>Hauptausschuss</u>
Mit der Berichterstattung der DB AG, ist der Antrag als erledigt zu betrachten. |
| 16/SVV/0665 | Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam
+ NF Bündnis90/Die Grünen vom 05.01.2017 | <u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (ff) – 12.01.17</u>
Zustimmung 6:0:1 zur neuen Fassung Bündnis90/Die Grünen vom 05.01.2017 mit folgenden Änderungen: |

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für Carsharing in der Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen.

Das Ziel besteht darin, Carsharing in der Stadt zu stärken, unter Einbeziehung der Elektromobilität. Das Konzept soll die Potentiale ~~sowohl~~ **insbesondere** privater Initiativen ~~als auch kommerzieller Anbieter~~ beschreiben und aufzeigen, auf welche Art und Weise die Stadt **diese Potentialerschließung** unterstützen kann.

Dazu können beispielsweise die Unterstützung von Fördermittelanträgen durch Dritte, die Identifizierung von Standorten für Stellplätze und für Ladestationen, die Vernetzung und gemeinsame Werbung gehören.

In einer ersten Stufe kann dies fünf, in einer zweiten Stufe weitere Standorte sowie die Kooperation mit den Nachbargemeinden betreffen.

Für das Konzept sind die Erfahrungen anderer Städte in Deutschland sowie spezialisierter Verbände wie des bcs (Bundesverband CarSharing) und des VCD (Verkehrsclub Deutschland

e.V.) einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 2. Quartal 2017 Bericht zu erstatten.

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr - 07.02.17
einstimmige Zustimmung
zur neuen Fassung Bündnis90/Die
Grünen vom 05.01.2017

16/SVV/0745 Sanierungsprogramm des Bundes für
kommunale Einrichtungen

Ausschuss für Bildung und Sport
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung im letzten Satz
des Beschlusstextes:

...
Dem ~~Haupt~~**ausschuss** **Ausschuss für Bildung und Sport** ist nach Vorliegen der Richtlinien
zeitnah zu berichten.

Ausschuss für Finanzen
einstimmige Zustimmung zum
geänderten Beschlusstext des
Ausschusses für Bildung und Sport
und folgender Ergänzung im 1. Satz:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, zur Sanierung kommunaler Einrichtungen die
Antragstellung gemäß dem am 11.11.2016 vom Haushaltsausschuss des Bundetages
beschlossenen Sanierungsprogramm von zusätzlich 100 Mio. Euro vorzubereiten.

...

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft
einstimmige Zustimmung

Werksausschuss KIS
zurückgestellt

Hauptausschuss
zur Kenntnis genommen –
Antragsteller erklärt den Antrag für
erledigt

17/SVV/0010 Abfahrt Zentrum Ost
**+ Äa Fraktion DIE aNDERE vom
25.01.17**

Ausschuss für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche
Entwicklung
Zustimmung 3:1:1 zum neuen
Beschlusstext gemäß
Änderungsantrag der Fraktion DIE
aNDERE vom 25.01.17

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr
Zustimmung 4:1:1 zum neuen

		Beschlusstext gemäß Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 25.01.17
		<u>Hauptausschuss</u> Äa Fraktion DIE aNDERE vom 25.01.17 abgelehnt
		Antrag in der ursprünglichen Fassung abgelehnt 4:10:4
17/SVV/0011	Aufnahme von Inka Unverzagt in den Pool für Straßennamen	<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft</u> einstimmige Zustimmung
17/SVV/0012	Aufnahme von Hannah Arendt in den Pool für Straßennamen	<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft</u> einstimmige Zustimmung
17/SVV/0013	Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft</u> einstimmige Zustimmung
17/SVV/0014	Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam	<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft</u> zurückgestellt
		<u>Ortsbeirat Golm</u> abgelehnt
17/SVV/0036	Schleichwege in der Innenstadt schließen	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> einstimmige Zustimmung
17/SVV/0037	Mustergesellschaftsvertrag	<u>Hauptausschuss</u> zurückgestellt bis September 2017
17/SVV/0039	Rechtsgutachten zur Kita- Finanzierungspflicht des Landes	<u>Jugendhilfeausschuss</u> Antrag erledigt
		<u>Ausschuss für Finanzen</u> einstimmige Zustimmung
		<u>Hauptausschuss</u> einstimmige Zustimmung
17/SVV/0042	Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas	<u>Jugendhilfeausschuss</u> zurückgestellt
		<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt
		<u>Hauptausschuss</u> zurückgestellt
17/SVV/0040	Projekt "Türöffner- Zukunft Beruf" für die	<u>Jugendhilfeausschuss</u>

Landeshauptstadt nutzen

einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Bildung und Sport (ff)
einstimmige Zustimmung

17/SVV/0041 Gehwegsanierung im Ortsteil Fahrland

Ausschuss für Gesundheit, Soziales
und Inklusion – 14.02.17
zurückgestellt

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr – 21.02.17
zurückgestellt

Ortsbeirat Fahrland – 22.02.17
einstimmige Zustimmung

Ausschuss für Finanzen – 23.02.17
zurückgestellt

17/SVV/0044 Gehweg Hegelallee Nordseite

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr
Zustimmung 5:0:2 mit folgender
Änderung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich für eine Reparatur des Gehwegs in der Hegelallee (Nordseite) zu sorgen. ~~Dabei sind die Mosaikpflaster durch Gehwegplatten zu ersetzen.~~

Die Stadtverordneten sollen im Mai 2017 über die zu erwartenden Kosten und die Zeitplanung unterrichtet werden.

17/SVV/0045 Verkehrsberuhigung Lepsiusstraße

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr
Zustimmung 4:0:2

17/SVV/0046 Ampelschaltung Breite
Straße/Filmmuseum

Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen und Verkehr
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Fußgänger- und Radverkehrsampel auf der Breiten Straße in Höhe Filmmuseum von einer Bedarfs- auf eine Regelschaltung umzustellen ist.~~

Zudem soll geprüft werden, ob die bisherige Querungsfläche verbreitert und ob bessere Aufstellungsflächen für Radfahrer und Fußgänger markiert werden können.

Die Stadtverordneten sollen spätestens im Mai 2017 über die Prüfergebnisse zu informieren.

Und redaktionelle Änderung im

		letzten Satz: „sollen“ durch „sind“ ersetzen.
17/SVV/0052	Standorte Glascontainer	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr</u> zurückgestellt
		<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (ff)</u> zurückgestellt
17/SVV/0054	Potsdamer Baumschutz Verordnung (PBaumSchVO)	<u>Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung</u> abgelehnt 2:2:1
17/SVV/0056	Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft	<u>Ausschuss für Kultur und Wissenschaft</u> zurückgestellt
		<u>Hauptausschuss</u> zurückgestellt
17/SVV/0059	Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion</u> zurückgestellt
		<u>Jugendhilfeausschuss</u> zurückgestellt
		<u>Hauptausschuss</u> zurückgestellt

Vorab in den Ausschuss gegeben:

17/SVV/0156	Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016	<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 12:0:5 mit Ergänzung der Stellungnahme auf der Seite 2, Absatz 1 und 2 sowie eine Ergänzung in der Fußnote mit dem Verweis auf den Bericht der Enquete-Kommission – sh. Anlage
--------------------	--	--

Nicht öffentlicher Teil:

17/SVV/0017	Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Verkauf des Grundstücks Friedrich-Ebert-Straße Ecke Schloßstraße	<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 5:0:2
		<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 13:0:5

rot = Streichung
grün = Einfügung



Landeshauptstadt
Potsdam

2. Grundsätzliche Einschätzungen

Die weitere Entwicklung des Landes Brandenburg ist durch eine gegenläufige Entwicklung in seinen unterschiedlichen Teilräumen gekennzeichnet. Dabei können die Bevölkerungszuwächse im Raum um die Bundeshauptstadt Berlin die Bevölkerungsrückgänge in der Fläche des Landes Brandenburg nicht kompensieren. Zudem ändert sich die Finanzierungsstruktur des Landes durch das Auslaufen des Solidarpaktes, ~~und~~ das Greifen der Schuldenbremse, **den Rückgang der EU-Strukturfondsmittel und das Abschmelzung des Länderfinanzausgleichs**. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen.

Vor diesem Hintergrund befürwortet die Landeshauptstadt Potsdam Ansätze zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit und Leistungserstellung. Oberstes Ziel muss es dabei sein, die kommunale Selbstverwaltung im Land Brandenburg zu stärken. Sofern, um dieses Ziel zu erreichen, Änderungen von Verwaltungsstrukturen vorgenommen werden, ist es zwingend erforderlich, diese mit einer Funktionalreform zu verbinden. **Unter Wahrung dieser Prämissen kann dem, von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragenen, Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/2 des Landtags Brandenburg zugestimmt werden, wenn er formuliert: „Die Strukturen und Aufgaben des Landes, der Landkreise und der Städte und Gemeinden müssen an die sich grundlegend verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden.“¹**

Die Landeshauptstadt Potsdam ist aufgrund ihrer aktuellen Einwohnerzahl, der weiterhin stark dynamisch verlaufenden positiven Einwohnerentwicklung sowie der unternommenen und beschlossenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Haushaltsführung und Sicherung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit von jeglichen Überlegungen einer Einkreisung oder sonstigen Statusveränderungen ausgenommen und auch zukünftig auszunehmen. Dabei ist indessen darauf hinzuweisen, dass dies umfangreiche freiwillige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und zur Aufgabenkritik erfordert. Dies erkennend fasste die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam u. a. den Beschluss zur Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020 (Beschluss vom 2. April 2014 zur Vorlage 14/SVV/00639). Mit dieser Vorlage wurde bspw. eine Beschränkung freiwilliger Leistungen beschlossen. Darüber hinaus wurden begleitend zu den jeweiligen Haushalten freiwillige Haushaltskonsolidierungsprogramme – eine formelle Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 63 Abs. 5 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) bestand nicht – in Form von Zukunftsprogrammen (ZP)² aufgestellt.

Im Rahmen einer landesweiten Funktionalreform erklärt sich die Landeshauptstadt Potsdam zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben bereit, sofern dabei die nachfolgenden Bedingungen eingehalten werden. Die Verlagerung der Aufgabenerfüllung muss dazu führen, dass die Aufgaben bürgernäher und wirtschaftlicher erfüllt werden können. Zudem darf die Fachlichkeit (Rechtmäßigkeit und Qualität) der Aufgabenerfüllung nicht infrage gestellt werden. Des Weiteren bedarf es eines fairen, transparenten und partnerschaftlichen Aushandlungsprozesses, auch und gerade im Hinblick auf einen notwendigen Personal- und Vermögensübergang. Dies schließt eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Seite mit ein. Grundsätzlich darf es keine Aufgabenübertragung ohne eine ausreichende Finanzierung (Beachtung des Konnexitätsprinzips) der Aufgaben durch das Land Brandenburg geben. Zudem ist das Land zur vollständigen Übernahme der gesamten Kosten verpflichtet. Die Landeshauptstadt Potsdam wird keinem Verfahren zustimmen, bei dem einzelne Kostenblöcke (z.B. Overheadkosten/Gemeinkosten) nicht erstattet werden.

¹ Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/8000, Bericht der Enquete-Kommission 5/2 Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/2, „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“, S. 4.

² ZP 2017 (Vorlage 13/SVV/0045) für die Haushalte 2013/2014, ZP 2019 für die Haushalte 2015/2016 (Vorlage 14/SVV/1090), ZP 2020 für den Haushalt 2017 (Vorlage 16/SVV/0797).

**Einwohnerfragestunde in der
28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 01. März 2017**

1. Frage

Es gibt in Potsdam **zahlreiche Ärgernisse für Radfahrer_innen**, die seit langem bestehen.

**1.
Aus welchen Gründen werden diese nicht behoben?**

"Abgesenkte", aber scharfkantige Naturstein-Bordsteine wie z.B. an der Landtags-Ampel und im Hafenviertel.

Die widersprüchlichen Kennzeichnungen an mehreren Stellen im Stadtgebiet: Rad- und Gehweg auf dem Boden durch Markierung getrennt, aber Mischnutzung per Verkehrsschild ausgewiesen (z.B. auf Höhe vom Hotel Mercure).

Freigabe des Gehweges in der Kastanienallee und Kopernikusstraße (bis zur Fertigstellung der Neugestaltung) in beide Richtungen auf beiden Seiten (derzeit in zweiseitiger nur von der Fritz-Zubeil-Straße Richtung S-Bahnhof Babelsberg auf der rechten Seite freigegeben)

**2.
Was, jenseits vom Handeln des Ordnungsamtes, das in diesen Punkten kaum wirksam agiert, unternimmt die Stadtverwaltung, damit Paketdienste und andere Kurzzeitparker nicht Radwege und Radschutzstreifen (länger als 3 Minuten) zuparken (z.B. Großbeerenstraße), so dass Radfahrer_innen in den fließenden Verkehr ausweichen müssen?**

**3.
Warum werden auf Höhe von Bordsteinabsenkungen parkende Autos in Kreuzungsbereichen z.B. in Potsdam West und Babelsberg nicht grundsätzlich abgeschleppt, wo sie doch eine Gefahr für über die Straße gehende Menschen insbesondere Kinder sind und Rollstuhlfahrer_innen die Querung unmöglich machen, sondern nur im besten Fall Strafzettel verteilt, die von vielen Autofahrer_innen als teures Parkticket in Kauf genommen werden?**

2. Frage

In der Anfrage 12/SVV/0051 vom [9.10.2012](#) geht es um die Kompensationsbilanz im Zuge des Ausbaus der Nuthestraße in Potsdam.

Damals bestand ein Kompensationsdefizit von 134 Baumpflanzungen.

1.

Wo und wann wurden diese fehlenden Bäume nach gepflanzt?

In der Antwort der dritten Frage der Anfrage 12/SVV/0051 wurde die Fäll- und Nachpflanzbilanz der letzten zehn Jahre auf öffentlichen Grund, insbesondere bei Bäumen in städtischen Grünanlagen und im Straßenbegleitgrün, zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt.

2.

Wie ist die Fäll- und Nachpflanzbilanz auf privaten und öffentlichen Grund, insbesondere bei Bäumen in städtischen Grünanlagen und im Straßenbegleitgrün seit Führung eines Baumkatasters oder einer Statistik?

3. Frage

Betr.: Rederecht von Petenten im Eingaben- und Beschwerdeausschuss

Aus gegebenen Anlass frage ich:

1.

Welche Regelungen hat die SVV für ein Rederecht der Petenten im Eingaben- und Beschwerdeausschuss erlassen?

2.

Wie bewertet die SVV, wenn ein Rederecht verweigert wird, wie es in der Dezembersitzung des Ausschusses durch das Votum des Vorsitzenden Herrn Anger (CDU) geschah?

3.

Wie bewertet der OBM und die SVV die Bürgerfreundlichkeit der SVV, wenn Bürger als Petenten ohne Begründung nicht reden dürfen?

4.

War der Vorsitzende des Eingabenausschusses nicht befangen, da ich die Vergabepaxis von öffentlichen Aufträgen der VIP an einige Busunternehmen u. a. auch des Vorsitzenden, der Kommunalaufsicht und dem EU Kommissar anzeigte?

4. Frage

Die kürzliche Eröffnung des Museum Barberini ist für uns unmittelbare Anwohner nach der jahrelangen Bauzeit ein Segen und zugleich ein Fluch.

Der Fluch begründet sich im ruhenden Verkehr sowohl auf dem Alten Markt, als auch der ggw. Brauerstraße.

Daraus ergeben sich für uns zwei Fragen:

1.

Welches Konzept hat die Stadtverwaltung, um diesen zusätzlichen ruhenden Verkehr zu bewältigen und wie soll der knappe Parkraum bewirtschaftet werden?

2.

Kommt die durch die Bauträger / Bauherren gezahlte Ablösung für die, nach geltenden Recht, von ihnen zu schaffenden Parkflächen auch direkt den direkt betroffenen Anwohnern in der Burgstraße und Am Kanal zugute?

5. Frage

Betr.: Bau von preiswerten Wohnungen in Potsdam

In Potsdam werden bzw. sollen für Flüchtlinge 1.000 preiswerte Wohnungen gebaut.

1.

Gibt es ein ähnliches Programm auch für Potsdamer mit geringem Einkommen?

6. Frage

Betr.: Beabsichtigte Auflassung der Biosphäre

Ich habe gehört bzw. gelesen, die Biosphäre wird aus Kostengründen noch in diesem Jahr geschlossen.

Ich besuche öfter diese Anlage. Sie ist sehr attraktiv, lehrreich für Erwachsenen und ganz besonders für Kinder und Schülerinnen/Schüler. Sie kann den Biologie- und Geographieunterricht herrlich ergänzen. Am Sonntag, den 5. Februar 2017 gab es viele Besucher, oft Eltern mit ihren wissbegierigen Kindern.

1.

Ist das Schließen der aktuelle Stand?

2.

Wenn ja, sind wirklich alle Möglichkeiten mit Nachdruck ausgeschöpft worden, die Biosphäre in Potsdam zu erhalten?

3.

Haben sich keine Sponsoren gefunden, die neben dem Wiederaufbau des historischen Potsdams auch etwas für Erhaltenswertes der Gegenwart tun wollen?

4.

Warum ist es nicht gelungen, aus den Haushalten der Stadt, des Landes oder des Bundeshaushaltes das notwendige Geld bereit zu stellen?

5.

Aus dem Bundeshaushalt werden über 1 Million Euro zum Wiederaufbau der Garnionskirche bereitgestellt; ist dieser Bau wichtiger als die Erhaltung der Biosphäre?!

7. Frage

In diesen Tagen beginnen auf dem Areal zwischen den Straßen Albert-Einstein-Straße und Am Havelblick Räumungsarbeiten in deren Zuge die vormaligen Mietgaragen abgetragen werden und die ersten Baumarbeiten beginnen, die der Vorbereitung des Bauplatzes für die zukünftige Nutzung dienen. Die bisherig als Parkplatzflächen genutzten öffentlichen Straßenränder sind für die Zeit der Bauarbeiten (?) mit einem absoluten Halteverbot gekennzeichnet worden.

Im gleichen Zusammenhang steht die derzeitige Sperrung des Parkplatzareals am Leipziger Dreieck, im Winkel zwischen der Brauhausbergstraße und der Verlängerung der Albert-Einstein-Straße, gegenüber der nun ausgebauten alten Brauereigebäude. Die, so hoffe ich sehr, der Sanierung der Fläche und der anschließenden Zurverfügungstellung als neue Parkflächen für die Anwohnerparker (!).

Diese Entwicklungen und auch die noch anstehenden Planungen im o.b. Bereich der Stadt Potsdam, lassen mich als Anwohner der Albert-Einstein-Straße nicht unbehelligt und wecken in mir das Bedürfnis in Erfahrung zu bringen, wie die **Parkplatzsituation der Zukunft** bedacht worden ist. Ich denke, dass es sich lohnen könnte, hier bereits im Vorfeld der zu erwartenden Besiedlungsverdichtung in betr. Areal über dieses Problem nachzudenken.

Die Aktuelle Situation ist in der Albert-Einstein-Straße schon heute nicht besonders großzügig, was die Parkplatzsituation für die Mietshäuser anbetrifft. Auch die Bewirtschaftung der Parkflächen für Automobile am Straßenrand hat nicht eben zur Entschärfung der Situation beigetragen:

Es muss, besonders in den Abendstunden und des Nachts in zweiter Reihe auf dem Fahrstreifen geparkt werden. Die Ausweichmöglichkeiten auf die nicht bewirtschafteten Parkflächen auf dem Abschnitt Albert-Einstein-Straße, oberhalb der Hausnummer 25 und und Am Havelblick, stehen seit dem Beginn der dortigen Bauarbeiten mittelfristig nicht mehr zur Verfügung, womit schließlich ca. 20% der gesamten Parkflächen in diesem Bereich aktuell nicht genutzt werden können. Das empfinde ich als sehr viel!

Für die mittelfristige aber auch für die weitere Zukunft ist daher eine deutliche Verschlechterung der Parkplatzsituation zu befürchten. Angesichts der zu erwartenden Neuansiedlung von verkehrsintensiven Betrieben, wie etwa dem neuen Freizeitbad, einer Kindertagesstätte und nicht zu schweigen von hoffentlich vielen neuen Anwohnern, scheint mir eine Anpassung der Verkehrskonzeption unausweichlich.

Darum möchte ich in aller gebotenen Höflichkeit um die Aufklärung der Öffentlichkeit über diesen Sachverhalt bitten, und ggf. vorhandene Konzepte öffentlich zu machen. Falls es diese nicht gibt, befürchte - nicht nur ich allein - für die kommende Zeit in dieser schönen Lage eine verheerende Verkehrslage, welche die Sicherheit und das Wohlergehen der Bestandsbewohner erheblich beeinträchtigen wird.

Sehr gerne würde ich meine Befürchtungen durch eine Beantwortung dieser Anfrage zerstreut wissen, denn es geht mir nicht darum, mich über kurzfristige Unannehmlichkeiten zu beklagen oder gar die notwendige Entwicklung des Wohnbaubestandes in der Stadt Potsdam in Frage zu stellen. Vielmehr geht es mir darum, die Funktionalität der städtebaulichen und verkehrstechnischen Planungen im Auge der Verantwortlichen zu wissen, damit auch in Zukunft der Brauhausberg eine attraktive Wohngegend bleibt.

8. Frage

Vor 1 oder 2 Jahren hat die Stadt eine Firma beauftragt, den Zustand der Straßen, insbesondere um Winterschäden zu lokalisieren, digital zu erfassen.

1. **Mich interessiert, wie dieser Ansatz mittlerweile eingeschätzt wird: sinnvoll? Falls nicht sinnvoll, wieso nicht?**
2. **Wurde eine Kosten-/Nutzung-Rechnung vorgenommen?**
3. **Sind die Daten von damals inzwischen veraltet? Wenn ja, wird ein Nachfolgeauftrag vergeben?**

9. Frage

Als Gartenbesitzerin in der Sparte "Nuthe-Stern" direkt an der **Wetzlaer Straße** gelegen, ist für mich von großem Interesse,

1. **ob und wann diese Straße verlängert werden soll?**

Also eine zeitliche Vorgabe, wie lange man noch die relative Ruhe (Straßenbahn ausgeschlossen) genießen kann und ob sich Investitionen in den Garten überhaupt noch lohnen.
2. **Bei einer Verlängerung: wird die Sparte "entsorgt"?**
3. **Entsteht eine Schutzwand zur Gartenanlage hin?**

10. Frage

Betr.: Vorkaufsrecht aus der Nazizeit!

Am Groß Glienicker Seeufer (Südufer) wurde ein Ufergrundstück der Landeshauptstadt Potsdam geschenkt. Ein Nachbar dieses Grundstück hatte dagegen geklagt,

Ich frage daher den OBM:

1. **Kann ausgeschlossen werden, dass das Grundstück eines Tages verkauft werden soll und dann das Vorkaufsrecht zum Tragen kommt, wenn ja mit welcher Begründung?**

2. Welche Möglichkeiten bestehen, um das Vorkaufsrecht im Grundbuch löschen zu lassen, auch wenn der Nutznießer nicht zustimmt?
3. Sieht der Schenkungsvertrag ein Verbot des Weiterverkaufs vor?
4. Was müsste geschehen, damit das Vorkaufsrecht aus der Nazizeit gelöscht werden kann?

11. Frage

Betr.: Anrechnung sonstiger Einnahmen eines abgewählten Beigeordneten auf sein Ruhegehalt

Zu oben genanntem Thema gab es bereits eine Einwohnerfrage in der 21. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. Juni 2016:

3. Frage Einem arbeitslos gemeldeten Menschen werden sonstige Einkünfte beim Bezug des Arbeitslosengeldes angerechnet. Frage: Erhält ein/e abgewählte/r Wahlbeamter/in volles Ruhegehalt, auch wenn er/sie eine neue bezahlte Tätigkeit ausübt, oder wird das neue Gehalt beim Ruhegeld angerechnet?

Antwort: Eine Anrechnung von Erwerbseinkommen auf das Ruhegehalt erfolgt auch bei abgewählten Wahlbeamten. Dies ergibt sich aus § 74 des Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetzes. Gemäß § 74 Abs. 1 Brandenburgisches Beamtenversorgungsgesetz werden Versorgungsbezüge nur bis zu einer in § 74 Absatz 2 aufgeführten Höchstgrenze gezahlt, wenn Versorgungsberechtigte Erwerbs- oder Erwerb ersatzeinkommen beziehen. Was unter Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen definiert wird, ergibt sich aus § 74 Abs. 5 Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetz. Oberbürgermeister J. Jakobs

Anrechnung sonstiger Einnahmen eines abgewählten Beigeordneten auf sein Ruhegehalt?

Der OBM hatte auf die Einwohnerfrage Nr. 3, am 01. Juni 2016 mitgeteilt, dass Erwerbseinkommen auf die Bezüge eines abgewählten Beigeordneten anzurechnen sind.

Wie bewertet es der OBM, wenn ein abgewählter Beigeordneter mitteilt: „Ich arbeite und lebe in meiner Heimatstadt Berlin, ich wohne nur noch in Potsdam.“?

1. Welche Einkommen werden konkret angerechnet (z. B. aus Vermietung, aus Kapitalerträgen etc.)?
2. Wie wird vom Rathaus in einem solchen Fall sichergestellt, dass alle ggf. anzurechnenden Einkünfte, z. B. aus Kapitalerträgen und aus Vermietung bei der Auszahlung des Ruhegeldes auch sämtlich erfasst werden?
3. Welche Handlungen würde das Rathaus ergreifen?

4.
Wie viel Prozent des Ruhegehaltes werden an zur Zeit freigestellte Beigeordnete ausgezahlt?

12. Frage

1.
Können Sie mir sagen, wieviel Baumfällungen im Einflussbereich der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam seit 2005 genehmigt worden sind?

2.
Wann erfolgen die Ersatzpflanzungen für folgende mir zur Zeit bekannte Baumfällungen in Potsdam?

2016, eine Kastanie vor und eine Kastanie hinter der Kirche Peter und Paul – Bassinplatz
2016, 1 Linde Bassinplatz 2 Linden auf dem Platz der Einheit, eine davon 2016 gefällt 3
Rubinien in der Burgstraße/Stadtmitte Baum 54 und 55 in der Kurfürstenstraße 2015, PWG
1956-Neubau an der Franz. Kirche/ Stadtmitte, hier diverse Bäume, u.a. 7 Kastanien, die
Opfer eines Planungsfehler wurden 10 Straßenbäume „Am Kanal“ im Abschnitt zwischen der
„Alten Post“ und dem „extavium“ 2016, 2 Bäume in der Nähe des „Waschhauses“ Weiden im
Nuthepark Weiden an der langen Brücke wegen des Neubaus des Gebäudes der „Weißen
Flotte“ Diverse Bäume wegen der Bebauung des Uferbereiches „Alte Fahrt“

3.
Was tut die Stadt Potsdam aktiv für den Arten – und Klimaschutz? Mit welchen Maßnahmen will die Stadt das Artensterben stoppen?

13. Frage

Betr.: Zustand der Straßen in der Berliner Vorstadt

Die Straßen und Bürgersteige in der Berliner Vorstadt befinden sich - mit Ausnahme des sanierten Teiles der Mangerstraße - weitgehend in bejammernswertem, z.T. Besorgnis erregendem Zustand.

Es ist nur schwer vorstellbar, dass bei der mangelhaften Qualität dieses Teiles der Infrastruktur der Sorgfaltspflicht der Stadt gegenüber Senioren, Müttern mit Kinderwagen, Fahrrad- und Autofahrern u.a. und der allgemeinen öffentlichen Sicherheit Genüge getan sein soll.

1.
Wie sieht nach der Sanierung der Mangerstraße das weitere Konzept der Straßensanierung in der Berliner Vorstadt aus?

2.
Welche Budgetmittel sind im Jahr 2017 und in den Folgejahren für die Straßensanierung vorgesehen?

3.

Sind die Erträge aus den im Jahr 2016 aufgestellten Parkuhren und aus den laufenden Grundsteuer- und Nebenkostenerhöhungen zweckgebunden für die Sanierung der Straßen bestimmt?

14. Frage

Auch wenn es in der Vergangenheit explizit und ansatzweise Fragen nach der Einrichtung von "Tempo 30" in Potsdam bereits gab, möchte ich folgende Frage stellen.

1.

Gibt es unüberwindliche Gründe welche eine allgemeine Einrichtung von "Tempo 30" für alle und auf allen* Straßen in der Stadt Potsdam, mit sämtlichen Stadt- und Ortsteilen, unmöglich machen?

*exklusive Krafffahrstraßen und Autobahnen

Potsdam kann mit der flächendeckenden Einrichtung von "Tempo 30" als erste deutsche Stadt nicht nur maßstäblich Zeichen setzen, sondern vor allem auch folgende Kriterien mindestens signifikant positiv beeinflussen.

In erster Linie werden Unfälle und deren Folgen vermindert, insbesondere in Kombination mit unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern.

Emissionen in Bezug auf Abgasen und Lärm werden allerorts deutlich verringert.

Ebenfalls reduziert werden Abrieb von Reifen, Straßen und Bremsbelägen, welche sich als so genannter Feinstaub nun einmal nicht einfach auflösen.

Darüber hinaus sollte eine finanzielle Einsparung in Installation und Instandhaltung der noch notwendigen Beschilderung, aber auch aller Straßen, eine Folge sein.

Natürlich sind empfindliche Bereiche nach wie vor und zukünftig mit Geschwindigkeiten unter 30 km/h zu versehen, wie z.B. "Schritt-Tempo" vor Schulen oder schwer einsehbaren Bereichen.

Denkbar sind dann z.B. Ortstafeln mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h daran und entsprechend weniger Straßenbeschilderung innerhalb von Potsdam.

Außerhalb Deutschlands gibt es vorzeigbare "Tempo 30"-Städte - hierzulande führen tragische Unfälle (wenn überhaupt) zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf stark begrenzte Bereiche.

Dennoch, ist die 50 km/h Straße mal nicht in einem einwandfreien Zustand, ist innerhalb kurzer Zeit eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit gegeben.

Ich weise unbedingt noch einmal darauf hin, dass es mir mit der oben gestellten Frage nach einer flächendeckenden Einrichtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h statt der noch geltenden 50 km/h in Potsdam geht und keine einzelnen Einrichtungen von "Tempo 30" Zonen bzw. Straßen.

Potsdam, der 24.02.2017

Bericht vom Migrantenbeirat der LHP für die StVV der LHP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs,
sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Damen und Herren,

der aktuell amtierende Migrantenbeirat blickt inzwischen auf fast drei Jahre ehrenamtliche Arbeit zurück. Aufbauend auf das Engagement unserer Vorgänger haben wir als neugewählte Vertreter bestimmte Schwerpunkte weiter entwickelt und auf veränderte Realitäten reagiert. So haben wir uns zum Beispiel für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Potsdam eingesetzt, da wir davon überzeugt sind, dass diese Maßnahme eine positive Wirkung auf die Integration und auf die Bevölkerungsmischung in allen Stadtteilen hat. Das ist im Einklang mit dem Integrationskonzept der LHP.

Wir sind mit Vertretern des Migrantenbeirates in wichtigen Gremien wie der Asyl AG, dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion, dem Jugendhilfeausschuss und der AG zur Vorbereitung der Ausschreibung sowie der Verleihung des Integrationspreises präsent. Weiterhin sind wir vertreten beim der Service Stelle Tolerantes und Sicheres Potsdam (Tosip), im Fachgesprächskreis für Migration und Integration der LHP sowie in der Steuerungsgruppe zur Umsetzung und Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die LHP. Wir haben uns auch an dem Modelprojekt zum Beschwerdemanagement beteiligt.

Bereits zum zweiten Mal wurden wir vom *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)* eingeladen, um uns als Jury-Mitglied für die Vergabe von Fördergeld im Rahmen der Ausschreibung für *Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen im Land Brandenburg* zu beteiligen.

Des Weiteren beteiligen wir uns weiterhin regelmäßig an Fachdiskussionen, runden Tischen, und Integrationskonferenzen; dies oft auch auf Einladung von Fraktionen wie die Linke, die Grünen oder die SPD.

Mit einem Informationsstand sind wir bei mehreren Stadtteilstellen oder Festivals wie dem Toleranzfest, dem Afrika Festival oder auf der Seniorenwoche vertreten gewesen.

Im Rahmen der interkulturellen Woche veranstalteten wir im vergangenen Jahr im Thalia Kino einen Filmtag zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung. Anschließend zu den Filmen gab es eine Diskussion. Auch in diesem Rahmen kooperierten wir mit dem Verein *Social Visions*, um die Ergebnisse des Fotoprojekts *Syria on the Move* mit einer Ausstellung in der Wissenschaftsetage vorzustellen.

Inhaltlich haben wir uns im Laufe des vergangenen Jahres besonders intensiv mit dem Thema der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sowie mit der fachlichen Flüchtlingsberatung beschäftigt. Ein anderer, wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit betrifft die nach wie vor angespannte Personalsituation der Ausländerbehörde Potsdam und den damit verbundenen Folgen für die betroffenen Menschen.

Dieses Thema kam auch zur Sprache bei unserem jährlichen Treffen am 20. Mai 2016 mit dem Oberbürgermeister, Herrn Jakobs. Die Problematik mit der Terminvergabe in der Potsdamer Ausländerbehörde führte in den letzten Monaten dazu, dass sich Menschen wochen- oder sogar monatelang mit einem abgelaufenen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhielten. Bei nicht Wenigen hängen nach wie vor von der Entscheidung der ABH weitere wichtige Aspekte wie das Arbeitsverhältnis, die Wohnsituation, etc. ab. Die rechtlichen und existenziellen Rahmenbedingungen der Menschen, die monatelang auf einen Termin bei der

ABH warten müssen, dürfen bei allem Verständnis zur personellen Situation in der Behörde, nicht zur Disposition gestellt werden.

Das Gespräch mit dem OB verlief sehr positiv und die Mitglieder vom MB haben sich im Anschluss zu diesem Gespräch entschieden, ein Rederecht für die Sitzung des Hauptausschuss der StVV zu beantragen. Das Ziel war, erneut auf die Personal- und Arbeitssituation in der ABH Potsdam hinzuweisen und konkrete Fälle zu benennen, die von den Betroffenen an den Migrantenbeirat herangetragen wurden.

Am 10.11.2016 fand ein erstes Kennenlern-Treffen von den Mitgliedern von Migrantenbeirat mit dem neuen Sozialdezernenten, Herrn Mike Schubert, statt. Dabei konnten wir die anhaltende Personalproblematik der Terminvergabe in der Ausländerbehörde und die Fortführung der fachlichen Flüchtlingsberatung ebenfalls ansprechen.

Eine Fragestellung, die uns im letzten Jahr sehr beschäftigt hat, ist die Wirkung vom Migrantenbeirat innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Um unsere Arbeit weiterhin erfolgreich fortsetzen zu können, wollten wir gemeinsam über unsere Aktivitäten reflektieren und festhalten, was wir mit unserem Einsatz für Migranten und Flüchtlingen erreicht haben und wo wir uns neue Ziele für die zweite Hälfte der Amtsperiode setzen konnten.

Welche Migrantengruppen erreichen wir, wen möchten und sollten wir noch erreichen und für unsere Arbeit gewinnen? Was müssen wir dafür tun? Dazu haben wir uns am 29.08.2016 für eine Klausurtagung zusammengefunden, um ein gemeinsames Verständnis für unsere zweite Wahlhälfte als Migrantenbeirat der Stadt Potsdam zu entwickeln.

Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Klausur gehört, dass wir als gewähltes Team eine bessere Wirkung erzielen wollen, indem wir uns weniger Themen annehmen, damit wir diese aber konsequenter verfolgen können. Die nach unserer Ansicht bisher eher diffuse Aufgabenstellung des Migrantenbeirates als ein beratendes Mitglied von der StVV möchten wir in den nächsten zwei Jahren klarer herausarbeiten.

Um unsere Arbeit als ehrenamtliche Mitglieder vom MB zu reflektieren und effektiver strukturieren zu können, wollen wir auch in diesem Jahr eine Klausurtagung durchführen.

Eines der Ergebnisse unserer ersten Klausurtagung ist unser neuer Flyer im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit, um den Migrantenbeirat in Potsdam noch bekannter zu machen. Diesen Flyer haben wir allen Fraktionen in gedruckter Form zukommen lassen, aber ganz besonders die digitale Version in PDF Format wird uns ermöglichen, über unsere Website und weiteren Verlinkungen ein breiteres Publikum zu erreichen.

Wir möchten diesen Flyer persönlich in den Fraktionen vorstellen, um auf unsere Arbeit und auf unseren Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit aufmerksam zu machen. Bei der BüBü/FDP, SPD und bei der CDU/NRW Fraktion konnten wir das bereits im Februar machen. Im März sind wir zu Gast bei der Fraktion der Grünen, Die Linke und Die Andere.

Es ist mein ganz persönlicher Wunsch als Vorsitzende von MB, eine solide Basis zu schaffen, mit der nicht nur wir - als aktuell gewähltes Gremium - bestmöglich und im Verhältnis zu unseren Hauptbeschäftigungen arbeiten können, sondern auf die auch zukünftige Mitglieder vom Migrantenbeirat aufbauen und ihre Vision eines zeitgemäßen Migrantenbeirates entwickeln können.

Nach einer ersten Hälfte unseres Mandates, wo wir uns als Gremium u.a. für eine integrative und praktikable Unterbringung von Flüchtlingen eingesetzt haben, werden wir uns in diesem Jahr das Thema der Integration weiter annehmen. Welchen Beitrag können wir zur Integration von den Menschen leisten, die als Flüchtlinge nach Potsdam gekommen sind und sich jetzt in unserer Gesellschaft eine Existenz aufbauen möchten?

Auf Grund der angespannten Wohnungssituation in Potsdam blicken wir mit Sorge in die nähere Zukunft, was diese Integration von Flüchtlingen angeht. Sie werden wahrscheinlich – entgegen dem bisher vorgesehenen Zeitrahmen – länger in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben müssen. Beim MigrantInnenbeirat wünschen wir uns deswegen von unseren Beteiligungsrechten Gebrauch machen zu können und es ist unser Wunsch bei relevanten Angelegenheiten bezüglich der hier lebenden MigrantInnen und Migrantinnen sowie Flüchtlingen noch mehr einbezogen zu werden, um tragfähige Lösungen zu gestalten. Insbesondere betrifft dies die Auswahl der Träger von Gemeinschaftsunterkünften und Förderprojekten zur Integration und zur Steigerung der Toleranz in der LHP.

Wir bedanken uns bei Ihnen und ganz besonders bei der Integrationsbeauftragten, Frau Magdolna Grasnack, für Ihre bisherige Unterstützung und wir freuen uns auf ein weiteres erfolgreiches Jahr der Zusammenarbeit mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen,

Diana Gonzalez Olivo
Vorsitzende des MigrantInnenbeirats der LHP

DS	Vorschlagstitel	SIVV (1.3.2017)	Ausschuss für Finanzen (21.12.2016 / 11.1.2017 / 23.2.2017) Begründung, Erläuterung, Stimmverhalten	Hauptausschuss (8.2.2017)	Gesundheit, Soziales, Inklusion (20.12.2016, 17.1./14.2.2017)	Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwickl. (15.12.2016)	Ausschüsse Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr (23.11./13.12.2016)	Kultur und Wissenschaft (17.11.2016)	Bildung und Sport (15.11.2016)	Jugendhilfe (19.1., 21.2.2017)	DIE LINKE (6.2.2017)	SPD (16.2.2017)	CDU/AW (21.11.16)	Fractionen Bündnis90/ Die Grünen (14.11.2016)	Die Andere (28.11.2016)	Bürgerbündnis - FDP (13.2.2017)	AID	Ortsbeiräte Eiche Fahrland Groß Glienicke Grube Neu Fahrland Sackhorn Uet-Paaren
5 Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung																		
1.	(16/SVV/0674) Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1	6/0/0, 2/4/0 geä.bes. Annahme	Für den Abriss des Hotel Mercure sind keine finanziellen Mittel der Landeshauptstadt bereitzustellen. (6/0/0) Streichung des zweiten Satzes: Auf eine „Wiese des Volkes“ ist zu verzichten. (2/4/0)	geä.bes. Annahme	-	-	5/0/2, 2/5/0 geä.bes. Annahme	-	-	-	ung.bes. Annahme	geä.bes. Ann./Abl.	abgel. Ablehnung	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
2.	(16/SVV/0677) Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1	6/0/0 geä.bes. Annahme	Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind keine städtischen. (In keiner Form) Mittel einzusetzen. (6/0/0 - Originalformulierung lautete "öffentliche Gelder")	geä.bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
3.	(16/SVV/0678) Hundesteuer deutlich anheben ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1	0/6/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	erl. in Ums.	abgel. Ablehnung	-	-
4.	(16/SVV/0679) Reduzierung der Fraktionsfinanzierung ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 8 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	0/6/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-
5.	(16/SVV/0680) Gebühren für Feuerwerke erhöhen ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	0/5/1 abgel. Ablehnung	-	-	5/0/2 geä.bes. Annahme	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
10 Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)																		
6.	(16/SVV/0681) Tierheimneubau in Potsdam fördern ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 3 durch Verwaltungshandeln erledigt: 4	3/1/2 erl. in Ums.	Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Projekt des Tierschutzvereins Potsdam [...] ein Tierheim zu errichten.	erl. in Ums.	mehrheitlich erl. in Ums.	-	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. in Ums.	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
7.	(16/SVV/0682) Kita- und Hortgebühren anpassen und senken ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 3 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	0/5/2 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	offen	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	-	-	-
8.	(16/SVV/0684) Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 3 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2	7/0/0 erl. in Ums.	Die Landeshauptstadt Potsdam trägt stärker zur Finanzierung von Kita-Personal bei. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen [...]. Zur Kompensation von Ausfällen sind zusätzliche Mittel einzusetzen.	-	-	-	-	-	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	geä.bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	-	-	-
9.	(16/SVV/0685) Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	3/3/0 abgel. Ablehnung	-	-	2/0/5 abgel. Ablehnung	3/4/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	geä. bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-
10.	(16/SVV/0686) Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 4 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	5/1/1 geä.bes. Prüfauftrag	Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Funktionstüchtigkeit des Rechenzentrums im Rahmen der temporären Nutzung für die Kreativwirtschaft gesichert werden kann. [... val. 16/SVV/0322]	geä.bes. Prüfauftrag	-	-	2/5/0 abgel. Ablehnung	4/0/2 geä.bes. Prüfauftrag	-	-	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
11.	(16/SVV/0687) Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 5	7/0/0 erl. in Ums.	Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoilette mit Türen ist [...] zu erhöhen. Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.	-	-	einstimmig erl. in Ums.	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	erl. in Ums.	erl. in Ums.	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	-	-
12.	(16/SVV/0688) Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	0/6/1 abgel. Ablehnung	-	-	0/4/2 abgel. Ablehnung	3/4/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	-	-
13.	(16/SVV/0689) Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	6/0/0 ung.bes. Annahme	Die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse sind zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.	-	-	einstimmig ung.bes. Annahme	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-
14.	(16/SVV/0690) Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	5/0/2 geä.bes. Prüfauftrag	Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen: Übernahme der Fahrtkosten (über die Härtefallregelung hinaus) für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, Darüber hinaus [...]	geä. bes. Prüfauftrag	3/1/2 geä. bes. Prüfauftrag	-	-	-	6/0/0 geä.bes. Prüfauftrag	-	geä. bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
15.	(16/SVV/0691) Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	7/0/0 geä.bes. Prüfauftrag	Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen: Erhöhung der Förderung für die Betreuung behinderter Kinder durch die Schaffung entsprechender Angebote. [...]	-	geä. bes. Prüfauftrag	-	-	-	z.K.g. Annahme	ung. bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	-	-
5 Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)																		
16.	(16/SVV/0692) Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2	6/0/0 geä.bes. Prüfauftrag	Es ist zu prüfen, zukünftig Fahrradwege vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen. [...]	-	-	-	5/1/0 geä.bes. Prüfauftrag	-	-	-	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	erl. in Ums.	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
17.	(16/SVV/0693) Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	2/4/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	2/4/0 abgel. Ablehnung	-	-	-	-	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
18.	(16/SVV/0694) Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2	6/0/1 geä.bes. Prüfauftrag	Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Biosphäre zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen ist. [...]	geä. bes. Prüfauftrag	6/0/0 geä. bes. Prüfauftrag	-	-	-	6/0/0 geä.bes. Prüfauftrag	-	geä. bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	erl. in Ums.	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	-
19.	(16/SVV/0695) Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer Stadtgrundriss ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2	4/2/0, 0/6/0 geä.bes. Annahme	Das Konzept zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte [...] ist weiterhin umzusetzen. (4/2/0) Streichung des letzten Satzes: Der Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in 2017 ist weiterhin zu unterstützen. (0/6/0)	geä.bes. Annahme	-	-	4/2/0, 2/2/2 geä.bes. Annahme	-	-	-	abgel. Ablehnung	erl. in Ums.	ung.bes. Annahme	erl. in Ums.	abgel. Ablehnung	ung.bes. Annahme	-	-
20.	(16/SVV/0696) Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0	7/0/0 geä.bes. in Ums. - Prüfauftrag	Der KIS ist beauftragt, die laufende Instandhaltung zu sichern. Über die Instandhaltung hinaus möge der Oberbürgermeister prüfen, inwieweit der Sportplatz [...] zu erneuern ist (und ...) ob er im Rahmen der schulfachen Nutzung modernisiert [...] werden kann.	-	-	-	-	-	6/0/0 geä.bes. Annahme	-	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	-	-



Büro der
Stadtverordnetenversammlung

Potsdam, 01. März 2017

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

- | | | | |
|-------|---|---|--|
| 11.3 | Erste Sitzung zur Verlängerung der Geltungsdauer der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 36-3 "Speicherstadt-Süd", Teilbereich "Zur königlichen Hofbrauerei" der Landeshauptstadt Potsdam
17/SVV/0133 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung | Konsensliste: überweisen
SBV (ff), KOUL |
| 11.4 | Lärmaktionsplan 2016 für den Ballungsraum Potsdam: Fortschreibung Stufe 3
17/SVV/0136 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Bauaufsicht,
Denkmalpflege, Umwelt und Natur | Konsensliste: überweisen
SBV, KOUL (ff) und alle OBR |
| 11.5 | Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen
17/SVV/0142 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | Konsensliste: überweisen
GSI |
| 11.6 | Radweg Wetzlarer Straße
17/SVV/0143 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | Konsensliste: überweisen
SBV |
| 11.8 | Bebauungsplan Nr. 155 "Schulstandort Sandscholle", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung
17/SVV/0154 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung | Konsensliste: überweisen
SBV (ff), B/Sp. |
| 11.10 | Bebauungsplan Nr. 156 "Gewerbeflächen Friedrichspark", Aufstellungsbeschluss
17/SVV/0160 | Oberbürgermeister,
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung | Konsensliste: überweisen
SBV, OBR Marquardt,
Satzkorn und Uetz-Paaren |

11.11	Smart City - Potsdam Service App 17/SVV/0147	Fraktionen CDU/ANW, SPD Konsensliste: überweisen HA
11.13	Aufstellung von Abfallbehältern 17/SVV/0149	Fraktion CDU/ANW Konsensliste: überweisen KOUL
11.17	Ampelanlage Pappelallee/Erich-Mendelsohn- Allee 17/SVV/0164	Fraktion Bürgerbündnis-FDP Konsensliste: überweisen SBV
11.21	Prüfung Schulstandort Babelsberg 17/SVV/0168	Fraktion DIE aNDERE Konsensliste: überweisen B/Sp., HA, FA
11.22	Vergünstigungen im Nahverkehr bei erhöhten Luftschadstoffen 17/SVV/0169	Fraktionen SPD, CDU/ANW Konsensliste: überweisen KOUL, SBV, FA (ff)
11.24	Parkverbot auf dem Alten Markt 17/SVV/0171	Fraktion DIE aNDERE Konsensliste: überweisen SBV (ff), KOUL
11.25	Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018 17/SVV/0172	Fraktionen SPD, CDU/ANW Konsensliste: überweisen GSI, HA
11.26	Organisation des Verkehrs am Süden der Erich-Mendelsohn-Allee 17/SVV/0173	Fraktionen CDU/ANW, SPD Konsensliste: überweisen SBV
11.27	Weg zwischen Zeppelinstraße und Schafgraben 17/SVV/0174	Fraktionen SPD, CDU/ANW Konsensliste: überweisen SBV
11.28	Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt 17/SVV/0175	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Konsensliste: überweisen SBV, KOUL, HA
11.29	Regionalbahn nach Spandau 17/SVV/0176	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Konsensliste: überweisen HA

- 13 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung
an den Oberbürgermeister**
- 13.2.1 Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch)
17/SVV/0213 Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
**Konsensliste: überweisen
K/W**
- 13.3.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam, hier: Integrationslotsen
17/SVV/0212 Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
**Konsensliste: überweisen
GSI**
- 13.8.1 Wohnungstauschzentrale für Potsdam
17/SVV/0211 Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
**Konsensliste: überweisen
GSI, HA**
- 13.10.1 Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße
17/SVV/0157 Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
**Konsensliste: überweisen
SBV, KOUL**
- 13.13.1 Bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Mitte
17/SVV/0184 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
**Konsensliste: überweisen
HA, GSI**



Büro der
Stadtverordnetenversammlung

Potsdam, den 01.03.2017

Tagesordnungspunkte der 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt, zurückgezogen oder durch Verwaltungshandeln erledigt sind:

- | | | |
|------|--|--|
| 8.7 | Fortschreibung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam
17/SVV/0020 | Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
zurückstellen – fehlen Voten KOUL, SBV |
| 9.1 | Unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit Beeinträchtigung
15/SVV/0575 | Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
durch Verwaltungshandeln erledigt |
| 9.4 | Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung.
16/SVV/0390 | Fraktion AfD

vom Antragsteller
zurückgezogen |
| 9.5 | Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
16/SVV/0403 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zurückstellen – fehlen Voten GSI, B/Sp. KW (ff) |
| 9.6 | Kürze Bahnbauezeiten in Babelsberg
16/SVV/0422 | Fraktion SPD
mit BE DB AG erledigt |
| 9.8 | Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Einrichtungen
16/SVV/0745 | Fraktion CDU/ANW
zurückgezogen |
| 9.13 | Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
17/SVV/0014 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zurückstellen – fehlt Votum KW |
| 9.15 | Mustergesellschaftsvertrag
17/SVV/0037 | Fraktion DIE LINKE
zurückstellen – im HA bis September 2017 |

9.17	Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas 17/SVV/0042	Fraktion DIE LINKE zurückstellen – fehlen Voten JHA, FA, HA
9.19	Gehwegsanierung im Ortsteil Fahrland 17/SVV/0041	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen – fehlt Votum GSI, SBV, FA
9.23	Standorte Glascontainer 17/SVV/0052	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen – fehlt Votum SBV, KOUL
9.24	Potsdamer Baumschutz Verordnung (PBaumSchVO) 17/SVV/0054	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Antragsteller möchte diesen bis April 2017 zurückstellen
9.25	Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft 17/SVV/0056	Fraktion CDU/ANW zurückstellen – fehlt Votum KW, HA
9.26	Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP 17/SVV/0059	Fraktion CDU/ANW zurückstellen – fehlt Votum GSI, JHA, HA
11.1	Begrüßungsgeld für Neugeborene 17/SVV/0095	Fraktion AfD Antragsteller möchte diesen bis zur April-Sitzung zurückstellen

Stadtverordnetenversammlung

01.03.2017

Änderungen

zur Haushaltssatzung 2017
(16/SVV/0801)

zum Zukunftsprogramm 2020
(16/SVV/0797)

zum Wirtschaftsplan KIS 2017
(16/SVV/0798)

Inhalt:

Änderungen zur Haushaltssatzung zum Zukunftsprogramm und zum Wirtschaftsplan KIS

Beschluss SVV

Seite

1. Änderungen der Verwaltung Erläuterungen		5
A) Ergebnishaushalt Block A – E im Finanzausschuss einstimmig angenommen		12
B) ausschließlich Ergebnishaushalt (nicht zahlungswirksam)		16
C) investiver Finanzhaushalt		18
D) Stellenplan		20
E) nachzureichende Anlagen (Wirtschaftspläne)		24
2. Änderungsanträge der Fraktionen, Ortsbeiräte und Jugendhilfeausschuss		
2.1 Fraktionen Ergebnishaushalt und ZP im Finanzausschuss einstimmig angenommen		38
2.2 Fraktionen Investitionen im Finanzausschuss einstimmig angenommen		75
2.3 Fraktionen Prüfanträge und haushaltsbegleitende Anträge im Finanzausschuss einstimmig angenommen		85
2.4 Fraktionen Ergebnishaushalt im Finanzausschuss mehrheitlich angenommen		107
2.5 Fraktionen Ergebnishaushalt, H 10 und ZP im Finanzausschuss abgelehnt		111

	Beschluss SVV	Seite
2.6 Ortsbeirat Grube		120
2.7 Neuer Antrag ohne Votum Finanzausschuss		
3. Zukunftsprogramm 2020 – Endabstimmung		
4. Wirtschaftsplan KIS 2017		
4.1 Jugendhilfeausschuss		125
4.2 Wirtschaftsplan KIS 2017 mit beschlossenen Änderungen im Finanzausschuss einstimmig angenommen		
5. Bürgerhaushalt		
6. Sonstiges		
7. Endabstimmung Haushalt 2017		

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

1. Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Verwaltung

Anträge einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Folgende Änderungen könnten im Paket abgestimmt werden:

Änderungen der Verwaltung

Erläuterungen

- A) Ergebnishaushalt
- B) ausschließlich Ergebnishaushalt (nicht zahlungswirksam)
- C) investiver Finanzhaushalt
- D) Stellenplan
- E) nachzureichende Anlagen (Wirtschaftspläne)

Haushaltssatzung 2017 Erläuterungen Änderungsliste der Verwaltung

Vorbemerkung:

Die Änderungen im Ergebnishaushalt sind maßgebend davon geprägt, dass aufgrund nochmals deutlicher Verbesserungen auf der Ertragsseite ein **ausgeglichener Haushaltsentwurf** vorgelegt werden kann. So können durch die endgültigen Festsetzungen des Landes für das Jahr 2017 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 134.002.400 EUR eingeplant werden. Dies ist – verglichen mit dem eingebrachten Haushaltsentwurf – ein Mehrertrag von 7.318.600 EUR. Dies ist im Wesentlichen auf die nach der November-Steuerschätzung des „Arbeitskreises Steuerschätzung beim Bundesministerium der Finanzen“ verbesserte Ertragslage des Landeshaushaltes und damit auch der kommunalen Verbundmasse zurückzuführen. Zugleich konnte auch die Landeshauptstadt ihre Schätzung der kommunalen Steuererträge nach oben anpassen, so dass insgesamt bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln eine deutliche Steigerung angenommen werden kann.

Der Entwurf des Ergebnishaushaltes weist danach statt des bisherigen Fehlbetrages von 10.755.500 EUR einen leichten Überschuss in Höhe von 43.000 EUR aus.

Da sich diese (zahlungswirksamen) Verbesserungen auch in der Liquidität auswirken, konnten auch im Entwurf des (investiven) Finanzhaushalts Änderungen vorgenommen werden. So wird ein Gesamtbetrag von **10 Mio. EUR** dazu genutzt, den Anstieg des Gesamtkreditbetrages des Kommunalen Immobilien Service zu begrenzen. Ein Betrag von 6 Mio. EUR ist dafür vorgesehen, die geplante Kreditneuaufnahme des KIS im Jahr 2017 von bisherigen 46.713.454 Mio. EUR auf 40.713.454 zu reduzieren. Geplante und für Kreditaufnahmen vorgesehene Investitionen sollen insoweit nun mit Eigenmitteln finanziert werden – durch eine Erhöhung der investiven Zuweisungen der LHP an den KIS. Weitere 4 Mio. EUR dienen dazu, bestehende Kredite des KIS abzulösen. Dies geschieht ebenfalls durch entsprechende investive Zuweisungen. Der veränderte Entwurf des Wirtschaftsplanes 2017 des KIS sieht dies ebenso vor.

Die wesentlichen Inhalte der Änderungslisten der Verwaltung werden im Folgenden kurz erläutert.

Ergebnishaushalt:

Geschäftsbereich OBM:

Im Produkt 11131 ist eine Anpassung der Aufwendungen für Versicherungen für die gesetzliche Unfallversicherung in Höhe von 290.000 EUR erforderlich. Die Unfallkasse Brandenburg hat den Hebesatz für das Jahr 2017 angehoben.

In 2017 sind Aufwendungen für die Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung zu berücksichtigen. Die Aufwendungen werden durch die Inanspruchnahme einer vorsorglich gebildeten Rückstellung kompensiert.

Der EuGH hat mit Urteil vom 19.6.2014 festgestellt, dass die Bemessung des Grundgehalts von Beamten nach Lebensalter eine Altersdiskriminierung darstellt. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit verschiedenen Urteilen vom 30.10.2014 entschieden, dass den Beamten auf Grundlage des § 15 AGG ein Entschädigungsanspruch von 100 EUR/Monat zusteht. Unter Berücksichtigung der erfolgten Antragstellungen durch Beamte der LHP sowie von Verjährungsfristen wurde das Risiko über die Rückstellung im JA 2015 abgebildet. Derzeit ist noch eine Verfassungsbeschwerde in dieser Sache anhängig. Die Inanspruchnahme ist nunmehr im Haushalt 2017 abzubilden.

Geschäftsbereich 1:

Aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS ergibt sich eine Entlastung im Ergebnishaushalt. Im Produkt 11180 vermindern sich die Mieten in 2017 um 95.000 EUR und ab 2018 um 190.000 EUR jährlich.

Geschäftsbereich 2:

Aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS ergibt sich eine Entlastung im Ergebnishaushalt. Im Produkt 21100 Grundschulen vermindern sich die Mieten in 2018 um 58.500 EUR, in 2019 um 169.800 EUR und ab 2020 um 192.000 EUR jährlich.

Zudem vermindern sich die Mieten im Produkt 21800 Gesamtschulen in 2018 um 34.900 EUR, in 2019 um 104.600 EUR und ab 2020 um 104.600 EUR jährlich.

Weiterhin erhöhen sich die Mieten im Produkt 42410 Sportstätten und Bäder aufgrund der Errichtung der neuen Sportplätze Waldstadt I und Lerchensteig in 2018 um 26.500 EUR, in 2019 um 34.600 EUR und ab 2020 um 53.800 EUR jährlich.

Der Pavillon auf der Freundschaftsinsel verbleibt beim KIS. Für die Mieten und Betriebskosten werden im Unterprodukt 2840202 Kultursteuerung jährlich 12.200 EUR benötigt.

Die Richtlinie des MBS über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Sozialfonds wurde für die Jahre 2017 und 2018 verlängert. Daraus ergibt sich ein haushaltsneutraler Anstieg der Erträge und der entsprechenden Aufwendungen.

Zusätzlich wurden in den Plan Mittel des Bundes für das Projekt „Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements“ aufgenommen. Ertragssteigerung in den Jahren 2017 – 2019.

Beim Humboldt-Gymnasium wurde ein Planungsfehler in 2017 bereinigt. Es wurden 7.000 EUR für die Medienverkabelung nach Sanierung des Altbaus erfasst.

In dem Produkt Luftschiffhafen wurden in 2020 die Fördermittel des Landes zum Bauunterhalt analog den Vorjahren angepasst.

Für die Gedenkstätte Lindenstraße werden die Mittel, welche durch einen Vertrag zwischen der Gedenkstätte und dem KIS festgeschrieben sind, über einen entsprechenden Zuwendungsbescheid ausgereicht. Es erfolgte eine haushaltsneutrale Umschreibung in den entsprechenden Konten.

Im Produkt der Volkshochschule wird die Planung durch neue und erweiterte Kursangebote in den Erträgen und Aufwendungen haushaltsneutral erhöht. Grundlage für die Höhe der Honoraraufwendungen ist der Beschluss der SVV vom 03.12.2014 (14/SVV/0823).

Geschäftsbereich 3:

Für den Fachbereich Ordnung und Sicherheit wurden haushaltsneutral Planansätze den maßgeblichen Konten zugeordnet.

Weiterhin sind etwaige Nebenforderungen, welche sich aus einem noch zu entscheidenden Entschädigungsanspruch für geleistete Zuvielarbeit der Mitarbeitenden der Feuerwehr ergeben, für 2011 bis 2017 zu berücksichtigen. Diese werden durch die Inanspruchnahme der Rückstellung, welche für den Zeitraum 2011 bis 2016 gebildet wird, teilweise neutralisiert.

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hat die Mieten und Betriebskosten an KIS des zentralen Verwaltungsproduktes auf die erforderlichen Fachprodukte aufgeteilt. Die weiteren Sachaufwendungen die ebenfalls im zentralen Verwaltungsprodukt veranschlagt sind, wurden zum Teil der Fachbereichsleitung zugeordnet. Im Bereich Kindertagesbetreuung wurden die Inanspruchnahme von Rückstellungen und der entsprechende periodenfremde Aufwand ergebnisneutral in die Planung aufgenommen. Alle Änderungen sind haushaltsneutral.

Im Fachbereich Soziales und Gesundheit wurde die Erstattung von Trichinenuntersuchungsgebühren im Produkt Lebensmittelüberwachung aufgenommen. Die Planung der Pauschale für die Fundtierbetreuung wurde im Produkt Veterinäraufsicht angepasst. Die Bedarfsgemeinschaften und die daraus resultierende Bundesbeteiligung im Bereich des SGB II wurden gemäß den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Mieten für soziale Einrichtungen wurden leicht erhöht und Planungskorrekturen vorgenommen. Alle Änderungen sind haushaltsneutral.

Geschäftsbereich 4:

Im Geschäftsbereich 4 werden für die Unterstützung der Vergabestelle 2017 zusätzliche Mittel benötigt.

Bedingt durch nunmehr vorliegende Fördermittelbescheide erfolgt im Produkt Stadterneuerung bei den Sanierungsgebieten eine haushaltsneutrale Anpassung.

Für die Gemeindestraßen wurden die Ansätze hinsichtlich der aktuellen Bedarfe haushaltsneutral angepasst. Die Erträge aus dem Wochenmarkt wurden aktualisiert. Mittel für die Gewährleistung des gefahrenlosen Betriebes des Bootsplatzes Auf dem Kiewitt wurden aufgenommen. Im Bereich der öffentlichen Grünflächen wurden Ertragsansätze auf Grund der privatrechtlichen Nutzungsüberlassung den maßgeblichen Konten zugeordnet. Mit der Übergabe der Gebäude der Freundschaftsinsel vom KIS an den Bereich Grünflächen erfolgt eine haushaltsneutrale Umschichtung zwischen den Konten.

Allgemeine Finanzierungsmittel:

Im Haushaltsjahr 2017 erfolgt eine Anpassung der Erträge aus allgemeinen Zuweisungen aufgrund der vorliegenden endgültigen Festsetzungen des Landes für 2017. So können bei den Schlüsselzuweisungen 7.318.600 EUR zusätzlich eingeplant werden, insgesamt der Betrag von 134.002.400 EUR. Das Wachstum von 2016 zu 2017 bei den

Schlüsselzuweisungen für die LHP ergibt sich im Wesentlichen aus den positiven Auswirkungen der Steuerschätzung vom November 2016 auf den Landeshaushalt und damit einer verbesserten kommunalen Verbundmasse nach dem FAG sowie aus einer für die LHP niedrigeren Steuerkraft des (maßgeblichen) Jahres 2015. (Im Jahr 2015 hatte die Landeshauptstadt einen Gewerbesteuerertrag von 58,5 Mio. EUR; im Jahr 2014 waren es rund 67,1 Mio. EUR.)

Weiterhin ist eine positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zu verzeichnen, so dass auch hier eine Anpassung der Schätzung erfolgt. Analog dazu ist die Gewerbesteuerumlage anzupassen.

Zudem zeichnet sich eine positive Entwicklung der Zweitwohnungsteuer, der Vergnügungssteuer und der Abgaben von Spielbanken ab.

Personal

Auf Grund von Stellenbewertungen, erforderlichen Stellenmehrbedarfen und der Umsetzung der neuen Entgeltordnung kommt es insgesamt in allen Jahren zu Personalmehraufwendungen. Hierzu sind die Änderungsliste zum Stellenplan sowie eine entsprechende Übersichtstabelle mit der Zusammenfassung der Auswirkungen aus den Anpassungen Personalaufwendungen beigefügt.

Für die einzelnen Jahre kommt es insgesamt zu folgenden Aufwüchsen:

2017: 1.000.000 EUR
2018: 1.000.000 EUR
2019: 1.000.000 EUR
2020: 1.000.000 EUR

Fazit

Somit ergibt sich für den Ergebnishaushalt insgesamt folgende Entwicklung bei den Fehlbedarfen (Verbesserung: +; Verschlechterung: -):

2017: +10.798.500 EUR
2018: + 649.500 EUR
2019: + 809.400 EUR
2020: + 871.600 EUR

und demnach werden folgende Gesamtergebnisse ausgewiesen:

2017: + 43.000 EUR
2018: -7.554.900 EUR
2019: +1.785.800 EUR
2020: +3.632.800 EUR

Investiver Finanzhaushalt:

Geschäftsbereich 2

Der aktuelle Sportentwicklungsplan (SEP) der Landeshauptstadt Potsdam weist im Ergebnis einen Fehlbedarf an Freisportflächen insbesondere in der Sportart Fußball aus. Um diesem Fehlbedarf zu minimieren, konnte in Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) eine Förderung über das kommunale Infrastrukturprogramm (KIP) für die Errichtung von zwei Fußballplätzen in Aussicht gestellt werden. Für die Errichtung eines Sportplatzes am Lerchensteig sind neben den Einzahlungen in Höhe von 1.159.100 EUR städtische Eigenmittel in Höhe von 710.900 EUR vorgesehen. Der zweite Fußballplatz soll am Sportforum Waldstadt I errichtet werden. Hierfür sind Gesamtkosten in Höhe von 738.300 EUR erforderlich (Förderung in Höhe von 553.700 EUR). Soweit im kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfahren zum Wirtschaftsplan des KIS und zu dessen Kreditaufnahmen zur Sprache kommen sollte, dass es sich hier um freiwillige Angelegenheiten der LHP handeln dürfte und die dafür verwendeten Eigenmittel nach dem Subsidiaritätsgrundsatz zur Minderung der Kreditaufnahmen einzusetzen sind (Kreditaufnahme als „letztes Mittel“), wird hier anzuführen sein, dass es sich um die nicht ohne Weiteres wiederkehrende Chance handelt, erhebliche Fördermittel einzuwerben, und dass die an den KIS durch investive Zuwendungen überlassenen Eigenmittel im Jahr 2017 – auch durch die nun neu vorgesehenen 10 Mio. EUR (s.o. Vorbemerkungen) – einen deutlich höheren Betrag und Anteil ausmachen als in den Vorjahren.

Für die Grundschule am Humboldtring (37) wurde zur Errichtung einer dringend benötigten Zaunanlage ein Auszahlungsansatz in 2017 in Höhe von 60 TEUR berücksichtigt. Eine Finanzierung ist zu Lasten der Schulerweiterung der Schule 29 vorgesehen. Im Haushaltsjahr 2019 erfolgt sodann die Rückführung der 60 TEUR aus dem Maßnahmenpaket Abbau Sanierungsstau des Kommunalen Immobilien Service (KIS).

Aufgrund der positiven Entwicklung der Erträge im Ergebnishaushalt besteht die Möglichkeit, in 2017 insgesamt 6 Mio. EUR zur Eigenmittelstärkung des KIS für dringend erforderliche Sanierungen der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule (2.040.000 EUR) und der Grundschule Im Kirchsteigfeld (1.350.000 EUR) sowie für die Errichtung des Schulstandortes in Bornim (1.810.000 EUR) und für den beabsichtigten Schulstandort Rote Kaserne Ost (800.000 EUR) zur Verfügung zu stellen (s.o. die Vorbemerkungen).

Geschäftsbereich 3:

Der Fachbereich 35 plant die Anschaffung einer zentralen Software zur Vergabe von Kita-Plätzen. Hierfür werden Mittel aus den Maßnahmen spezifische „Einrichtungen der Jugendarbeit“, „krippenspezifische Ausstattung Tagespflegestellen“ sowie „Ausstattung Verwaltung Jugendhilfe“ umgeschichtet. In 2017 werden insgesamt 20.300 EUR und in 2018 12.000 EUR in die neue Maßnahme „Kita-Navigation“ haushaltsneutral umgeschichtet.

Um den Mehrbedarf von Hortplätzen an der Waldstadt Grundschule (27) zu decken, sollen zum Schuljahr 2017/2018 Modulanlagen auf dem Gelände errichtet werden. Für diese Maßnahme sollen dem KIS 2.000.000 EUR bereitgestellt werden, welche aus der Investitionsmaßnahme „Sanierung Stadthaus / Verwaltungscampus“ finanziert werden, welche voraussichtlich in späteren Jahren wieder zuzuführen sein werden.

Geschäftsbereich 4:

Im GB 4 wurde der Auszahlungsansatz für das „Sanierungsgebiet Am Findling“ jeweils um die zweckgebundenen Mehreinzahlungen erhöht. In 2017 sind dies 204.600 EUR, in 2018 um 266.200 EUR und in 2019 um 75.000 EUR.

Die Einzahlungen bei der „Refinanzierung von Straßenausbaubeiträgen an Träger“ erhöhen sich in 2017 einmalig um 375.000 EUR, da dieser Betrag dann an den Träger weiterzuleiten ist, erhöht sich demzufolge auch der Auszahlungsansatz in 2017 um 375.000 EUR.

Für die „Maßnahmen der Barrierefreiheit“ soll erstmalig eine neue Investitionsmaßnahme im Haushaltsplan 2017 ff. etabliert werden. Die Veranschlagung erfolgt mit einem jährlichen Ein- und Auszahlungsansatz in Höhe von 200.000 EUR.

Diese Änderungen des GB 4 sind haushaltsneutral.

Allgemeine Finanzierungsmittel

Im Haushaltsjahr 2017 erfolgt eine Anpassung der investiven Einzahlungen aus allgemeinen Zuweisungen aufgrund der vorliegenden Festsetzungen für 2017.

Bedingt durch positive Entwicklungen der Erträge im Ergebnishaushalt ist für den Kommunalen Immobilien Service (KIS) zur Reduzierung der KIS-Kreditsumme ein nachträglicher Investitionszuschuss in Höhe von 4 Mio. EUR in 2017 für kreditfinanzierte Maßnahmen vorgesehen, der zu den oben erläuterten 6 Mio. EUR (s.o. GB 2) hinzukommt und dazu dient, bereits vorhandene Kredite abzulösen.

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017

Die Änderungen wurden durch die Verwaltung eingereicht.

Stand: 20.02.2017

A) Ergebnishaushalt (Ergebnishaushalt = Finanzhaushalt / zahlungswirksam)

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017			Ansatz 2018			Planung 2019			Planung 2020			Bemerkung
				alt EUR	neu EUR	Veränderung 2017 EUR	alt EUR	neu EUR	Veränderung 2018 EUR	alt EUR	neu EUR	Veränderung 2019 EUR	alt EUR	neu EUR	Veränderung 2020 EUR	
		OBM														
1	93	1112100.5499000	Personal und Organisation sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	369.000	369.000										Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung siehe Ifd. Nr. 74
2	93	1113100.5441100	Allgemeine Rechtsangelegenheiten Aufwendungen für Versicherungen	1.363.100	1.653.100	290.000	1.399.100	1.689.100	290.000	1.399.100	1.689.100	290.000	1.444.100	1.734.100	290.000	Mehrbedarf gesetzliche Unfallkasse - aufgrund Erhöhung des Hebesatzes von 7,591 auf 9,3993
		Summe Aufwendungen		1.363.100	2.022.100	659.000	1.399.100	1.689.100	290.000	1.399.100	1.689.100	290.000	1.444.100	1.734.100	290.000	
		Saldo OBM		-1.363.100	-2.022.100	-659.000	-1.399.100	-1.689.100	-290.000	-1.399.100	-1.689.100	-290.000	-1.444.100	-1.734.100	-290.000	
		GB 1														
3	15	1118000.5231500	Verwaltungsgebäude Mieten an KIS	2.673.300	2.578.300	-95.000	2.466.800	2.276.800	-190.000	2.510.300	2.320.300	-190.000	3.191.800	3.001.800	-190.000	Entlastung im Ergebnishaushalt aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS
		Summe Aufwendungen		2.673.300	2.578.300	-95.000	2.466.800	2.276.800	-190.000	2.510.300	2.320.300	-190.000	3.191.800	3.001.800	-190.000	
		Saldo GB 1		-2.673.300	-2.578.300	95.000	-2.466.800	-2.276.800	190.000	-2.510.300	-2.320.300	190.000	-3.191.800	-3.001.800	190.000	
		GB 2														
4	21	2420000.4141000	Fördermaßnahmen für Schüler Zuweisung für laufende Zwecke vom Land	13.800	142.700	128.900	18.000	118.000	100.000							Verlängerung der Richtlinie des MBJS über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Sozialfonds siehe Ifd. Nr. 13
5	21	2430001.4140000	Sonstige schulische Aufgaben Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	0	100.400	100.400	0	103.800	103.800	0	90.800	90.800				Zuwendung vom Bund für das Projekt "Aufbau eines datenbasierten, kommunalen Bildungsmanagements"
6	21	4242001.4141000	Verpachtung von Sportanlagen LSH/RZ (BgA) Zuweisung für laufende Zwecke vom Land									0	150.000	150.000	150.000	Erwartete Fördermittel des Landes zum Bauunterhalt des Luftschiffhafens, analog Vorjahre
7	28	2710000.4461900	Volkshochschule Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	581.000	631.000	50.000	621.000	671.000	50.000	621.000	671.000	50.000	621.000	671.000	50.000	Mehrerträge durch neue und erweiterte Kursangebote siehe Ifd. Nr. 22
		Summe Erträge		594.800	874.100	279.300	639.000	892.800	253.800	621.000	761.800	140.800	621.000	821.000	200.000	
8	21	2110016.5231500	Grundschule Im Kirchsteigfeld (56) Mieten an KIS				341.800	319.100	-22.700	491.700	423.600	-68.100	492.800	424.700	-68.100	Entlastung im Ergebnishaushalt aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS
9	21	2110021.5231500	Grundschule Bornim (11) Mieten an KIS				448.400	412.600	-35.800	736.500	650.600	-85.900	739.200	653.300	-85.900	Entlastung im Ergebnishaushalt aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS
10	21	2110022.5231500	Grundschule Bornstedter Feld II (17) Mieten an KIS							842.500	826.700	-15.800	1.141.500	1.103.500	-38.000	Entlastung im Ergebnishaushalt aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS
11	21	2170002.5271930	Humboldt-Gymnasium (1) weitere Sachaufwendungen	2.700	9.700	7.000										Eingabefehler, Herrichtung Altbau nach Sanierung
12	21	2180005.5231500	Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule (46) Mieten an KIS				455.000	420.100	-34.900	617.200	512.600	-104.600	619.300	514.700	-104.600	Entlastung im Ergebnishaushalt aufgrund der erhöhten Investitionszuschüsse an den KIS
13	21	2420000.5318000	Fördermaßnahmen für Schüler Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	7.400	128.900	121.500	9.700	100.000	90.300	11.800	0	-11.800	11.800	0	-11.800	Verlängerung der Richtlinie des MBJS über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Sozialfonds siehe Ifd. Nr. 4
14	21	2420000.5318200	Fördermaßnahmen für Schüler Zuschüsse für laufende Zwecke natürliche Personen	6.400	7.400	1.000	8.300	9.700	1.400	10.200	11.800	1.600	10.200	11.800	1.600	Kontentausch, da versehentlich falsches Konto beplant
15	21	2420000.5493914	Fördermaßnahmen für Schüler Periodenfremde ordentliche Aufwendungen - Zuschüsse für laufende Zwecke an natürliche Personen	7.000	6.400	-600	7.000	8.300	1.300	7.000	10.200	3.200	7.000	10.200	3.200	
16	21	4241000.5231500	Sportstätten und Bäder Mieten an KIS				1.292.100	1.318.600	26.500	1.590.500	1.625.100	34.600	1.657.800	1.711.600	53.800	höhere Investkosten bei neuen SPL Waldstadt I und Lerchensteig

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2017	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018	Ansatz 2018	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019	Planung 2019	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020	Planung 2020	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
17	24	2520401.5231600	Gedenkstätte Lindenstraße Betriebskosten an KIS	70.500	0	-70.500	70.500	0	-70.500	70.500	0	-70.500	70.500	0	-70.500	Vertrag zwischen KIS und Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Ausreichung der Mittel über Zuwendungsbescheid
18	24	2520401.5315090	Gedenkstätte Lindenstraße Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen - an KIS	76.400	0	-76.400	76.400	0	-76.400	76.400	0	-76.400	76.400	0	-76.400	
19	24	2520401.5318000	Gedenkstätte Lindenstraße Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	236.800	383.700	146.900	236.800	383.700	146.900	236.800	383.700	146.900	236.800	383.700	146.900	
20	24	2840202.5231500	Kultursteuerung Mieten an KIS	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	Pavillon Freundschaftsinsel verbleibt beim KIS
21	24	2840202.5231600	Kultursteuerung Betriebskosten an KIS	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	
22	28	2710000.5019300	Volkshochschule Honorare	490.000	540.000	50.000	460.000	510.000	50.000	460.000	510.000	50.000	460.000	510.000	50.000	Erhöhung Honorare auf 30 EUR, Mehrbedarf durch neue und erweiterte Kursangebote siehe lfd. Nr. 7
		Summe Aufwendungen		955.500	1.146.600	191.100	3.464.300	3.552.600	88.300	5.209.400	5.024.800	-184.600	5.581.600	5.394.000	-187.600	
		Saldo GB 2		-360.700	-272.500	88.200	-2.825.300	-2.659.800	165.500	-4.588.400	-4.263.000	325.400	-4.960.600	-4.573.000	387.600	
		GB 3														
23	32	1220104.4131100	Ausländerangelegenheiten Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	30.100	0	-30.100	30.100	0	-30.100	30.100	0	-30.100	30.100	0	-30.100	
24	32	1220104.4481100	Ausländerangelegenheiten Erstattungen vom Land (öffentl. rechtl. Forderung)	0	30.100	30.100	0	30.100	30.100	0	30.100	30.100	0	30.100	30.100	
25	32	1220202.4131100	Bürgerservice Standesamt Zuweisung als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	51.500	0	-51.500	51.500	0	-51.500	51.500	0	-51.500	51.500	0	-51.500	
26	32	1220202.4481100	Bürgerservice Standesamt Erstattungen vom Land (öffentl. Rechtl. Forderung)	0	51.500	51.500	0	51.500	51.500	0	51.500	51.500	0	51.500	51.500	
27	38	3120000.4191000	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) Leistungsbeteiligung des Bundes bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	14.977.100	14.875.600	-101.500	15.713.800	15.609.800	-104.000	16.585.000	16.470.700	-114.300	16.568.500	16.454.200	-114.300	Minderertrag bei Bundesbeteiligung auf Grund geringerer Kosten bei der Unterkunft
		Summe Erträge		15.058.700	14.957.200	-101.500	15.795.400	15.691.400	-104.000	16.666.600	16.552.300	-114.300	16.650.100	16.535.800	-114.300	
28	37	1260000.5599900	Brandschutzaufgaben Sonstige Finanzaufwendungen - Zinsen	0	1.105.200	1.105.200										Mehrarbeit Feuerwehr Nebenaufwendungen 2011-2017 siehe lfd. Nr. 75
29	38	1220500.5271930	Lebensmittelüberwachung weitere Sachaufwendungen	0	7.500	7.500	0	7.500	7.500	0	7.500	7.500	0	7.500	7.500	Erstattung Trichinenuntersuchungsgebühr
30	38	1220600.5317100	Veterinäraufsicht Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	100.000	92.500	-7.500	100.000	92.500	-7.500	170.000	162.500	-7.500	170.000	162.500	-7.500	
31	38	3120000.5461000	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) Aufgabenbez. Leistungsbeteil. an AG's bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (nach § 22 SGB II)	37.389.700	37.139.700	-250.000	38.233.200	37.980.200	-253.000	38.215.900	37.952.600	-263.300	38.176.900	37.913.600	-263.300	Minderbedarf bei SGB-II Leistungen (sinkende Bedarfsgemeinschaften)
32	38	3155000.5458000	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	16.497.000	16.297.000	-200.000	17.165.000	16.965.000	-200.000	18.168.300	17.968.300	-200.000	18.425.800	18.225.800	-200.000	Planungskorrektur siehe lfd. Nr. 35
33	35	3515100.5231500	sonstige soziale Leistungen Bund - Bundeseltern geld Mieten an KIS	9.700	11.000	1.300										Anpassung Mieten siehe lfd. Nr. 34, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 47
34	35	3515100.5231600	sonstige soziale Leistungen Bund - Bundeseltern geld Betriebskosten an KIS	11.300	12.500	1.200										Anpassung Betriebskosten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 47
35	38	3517001.5318200	sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger Zuschüsse für laufende Zwecke natürliche Personen	123.000	323.000	200.000	123.000	323.000	200.000	123.000	323.000	200.000	123.000	323.000	200.000	Planungskorrektur siehe lfd. Nr. 32
36	38	3517002.5231200	Zuschüsse an Träger soziale Einrichtungen Mieten und Pachten - Gebäude	115.000	134.000	19.000	115.000	134.000	19.000	115.000	134.000	19.000	115.000	134.000	19.000	Anpassung Mieten
37	38	3517002.5318100	Zuschüsse an Träger soziale Einrichtungen Zuschüsse an freie Träger und Vereine	650.000	779.500	129.500	700.000	830.000	130.000	700.000	830.000	130.000	700.000	830.000	130.000	Mehrbedarf Förderprojekte

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2017	Veränderung 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2018	Veränderung 2018	Planung 2019	Planung 2019	Veränderung 2019	Planung 2020	Planung 2020	Veränderung 2020	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
38	35	3635000.5231500	Adoptionsvermittlung, Beistand, Amtspflegschaft u. - vormundschaft, Gerichtshilfe Mieten an KIS	51.300	71.700	20.400										Aufteilung Mieten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 47
39	35	3635000.5231600	Adoptionsvermittlung, Beistand, Amtspflegschaft u. - vormundschaft, Gerichtshilfe Betriebskosten an KIS	25.600	32.500	6.900										Aufteilung Betriebskosten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 40, 41, 43, 44, 46, 47
40	35	3639901.5231500	Fachbereichsleitung Kinder, Jugend und Familie - Potsdam überregionale Aufgaben Mieten an KIS	55.000	56.600	1.600										Aufteilung Mieten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 41, 43, 44, 46, 47
41	35	3639901.5231600	Fachbereichsleitung Kinder, Jugend und Familie - Potsdam überregionale Aufgaben Betriebskosten an KIS	22.900	24.400	1.500										Aufteilung Betriebskosten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 40, 43, 44, 46, 47
42	35	3639901.5271930	Fachbereichsleitung Kinder, Jugend und Familie - Potsdam überregionale Aufgaben weitere Sachaufwendungen	0	200	200										Aufteilung weitere Sachaufwendungen siehe lfd. Nr. 45
43	35	3639902.5231500	Verwaltung Jugend - Potsdam - zentrale und überregionale Aufgaben Mieten an KIS	247.800	205.400	-42.400										Aufteilung Mieten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 40, 41, 44, 46, 47
44	35	3639902.5231600	Verwaltung Jugend - Potsdam - zentrale und überregionale Aufgaben Betriebskosten an KIS	118.800	106.000	-12.800										Aufteilung Betriebskosten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 40, 41, 43, 46, 47
45	35	3639902.5271930	Verwaltung Jugend - Potsdam - zentrale und überregionale Aufgaben weitere Sachaufwendungen	6.500	6.300	-200										Aufteilung weitere Sachaufwendungen siehe lfd. Nr. 42
46	35	3650200.5231500	Betreuung von Kindern - freie Träger Mieten an KIS	22.200	41.300	19.100										Aufteilung Mieten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 47
47	35	3650200.5231600	Betreuung von Kindern - freie Träger Betriebskosten an KIS	25.200	28.400	3.200										Aufteilung Betriebskosten an KIS siehe lfd. Nr. 33, 34, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 47
48	35	3650200.5493913	Betreuung von Kindern - freie Träger Periodenfremde ordentliche Aufwendungen - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	1.717.300	1.717.300										Planung der der periodenfremden Aufwendungen für offene Betriebskostenabrechnungen Kindertageseinrichtungen aus Vorjahren, die durch Rückstellungen gedeckt sind siehe lfd. Nr. 76
		Summe Aufwendungen		55.471.000	58.192.000	2.721.000	56.436.200	56.332.200	-104.000	57.492.200	57.377.900	-114.300	57.710.700	57.596.400	-114.300	
		Saldo GB 3		-40.412.300	-43.234.800	-2.822.500	-40.640.800	-40.640.800	0	-40.825.600	-40.825.600	0	-41.060.600	-41.060.600	0	
		GB 4														
49	46	5110604.4140000	Soziale Stadt Stern/Drewitz-Stadterneuerung Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	0	49.700	49.700	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000				Fördermittel für den Sanierungsmanager Gartenstadt Drewitz siehe lfd. Nr. 56
50	46	5110623.4565500	Sanierungsgebiet "Am Findling" weitere sonstige ordentliche Erträge - Treuhandvermögen und Neubaugebiete	324.400	237.500	-86.900	69.400	106.200	36.800	0	25.000	25.000				Anpassung gemäß Förderbescheid siehe lfd. Nr. 57
51	47	5510000.4311000	Öffentliches Grün / Landschaftsbau Verwaltungsgebühren	13.000	6.000	-7.000	13.000	6.000	-7.000	13.000	6.000	-7.000	13.000	6.000	-7.000	Für Nutzung öffentl. Grünflächen wird privatrechtl. Entgelt erhoben
52	47	5510000.4565900	Öffentliches Grün / Landschaftsbau Sonstige ordentliche Erträge (privat-rechtliche Forderung)	0	7.000	7.000	0	7.000	7.000	0	7.000	7.000	0	7.000	7.000	
53	47	5730100.4321005	Märkte (BgA) Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte steuerfrei	148.500	159.200	10.700	150.000	161.100	11.100	151.700	162.200	10.500	151.700	162.900	11.200	Optimierung der Marktbetreibung zum Ausgleich der Erträge und Aufwendungen Marktbetrieb 103: Verwendung bei Gemeindestraßen
		Summe Erträge		485.900	459.400	-26.500	232.400	330.300	97.900	164.700	250.200	85.500	164.700	175.900	11.200	
54	4	1110400.5431590	Leitung GB 4 Sonstige Sachverständigen Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	125.000	205.000	80.000										Unterstützung Vergabestelle
55	47	1220300.5431590	Straßenverkehrsangelegenheiten Sonstige Sachverständigen Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	35.000	5.000	-30.000										Korrektur Eingabewert siehe lfd. Nr. 62
56	46	5110604.5315000	Soziale Stadt Stern/Drewitz-Stadterneuerung Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	0	49.700	49.700	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000				Weitergabe Fördermittel an ProPotsdam für den Sanierungsmanager Gartenstadt Drewitz siehe lfd. Nr. 49

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2017	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018	Ansatz 2018	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019	Planung 2019	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020	Planung 2020	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
57	46	5110623.5499500	Sanierungsgebiet "Am Findling" sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Treuhandvermögen und Neubaugebiete	324.400	237.500	-86.900	69.400	106.200	36.800	0	25.000	25.000				Anpassung gemäß Förderbescheid siehe lfd. Nr. 50
58	47	5410003.5221100	Gemeindestraßen - Straßenverkehrsanlagen Unterhaltung des sonstigen Vermögens	319.800	226.500	-93.300	344.600	633.300	288.700							Verschiebung nach tatsächlichen Bedarf
59	47	5410004.5221100	Gemeindestraßen - Verkehrsmanagement / Straßenbeleuchtung Unterhaltung des sonstigen Vermögens	587.800	214.600	-373.200	650.600	242.500	-408.100							
60	47	5410003.5221200	Gemeindestraßen - Straßenverkehrsanlagen Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	3.568.600	3.835.100	266.500	5.231.000	5.150.400	-80.600	3.395.100	3.295.100	-100.000	2.960.900	2.860.900	-100.000	
61	47	5410002.5221200	Gemeindestraßen - Straßenbäume, -grün Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	388.900	599.600	210.700	397.100	608.200	211.100	397.100	507.600	110.500	397.100	508.300	111.200	
62	47	5520203.5222400	BgA Naherholung Unterhaltung spezieller Ausstattungen	0	30.000	30.000										Gewährleistung gefahrloser Betrieb Bootsplatz Auf dem Kiewitt siehe lfd. Nr. 55
63	47	5410001.5241100	Gemeindestraßen - Verkehrsflächenverwaltung Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.000	5.000	-5.000	10.000	5.000	-5.000	10.000	5.000	-5.000	10.000	5.000	-5.000	Betriebsführungsvertrag für das Pumpwerk der Freundschaftsinsel wird von 471 an 472 übergeben
64	47	5510000.5455000	Öffentliches Grün / Landschaftsbau Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	
		Summe Aufwendungen		5.359.500	5.413.000	53.500	6.702.700	6.800.600	97.900	3.802.200	3.887.700	85.500	3.368.000	3.379.200	11.200	
		Saldo GB 4		-4.873.600	-4.953.600	-80.000	-6.470.300	-6.470.300	0	-3.637.500	-3.637.500	0	-3.203.300	-3.203.300	0	
		allgemeine Finanzierungsmittel														
65	103	6110100.4051000	Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	8.582.600	8.874.700	292.100										Festsetzung 2017
66	103	6110100.4111000	Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen Schlüsselzuweisungen vom Land	126.683.800	134.002.400	7.318.600										Festsetzung 2017
67	103	6110100.4113100	Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen Zuweisung als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	11.660.100	11.635.500	-24.600										Festsetzung 2017
68	11	6110200.4013100	Steuern Gewerbesteuer	62.000.000	65.000.000	3.000.000										positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens
69	11	6110200.4031100	Steuern Vergnügungsteuer nur Automaten	400.000	480.000	80.000										positive Entwicklung
70	11	6110200.4034100	Steuern Zweitwohnungsteuer	300.000	350.000	50.000										positive Entwicklung
71	11	6110200.4131200	Steuern Abgaben von Spielbanken	200.000	250.000	50.000										positive Entwicklung
		Summe Erträge		209.826.500	220.592.600	10.766.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
72	11	6110200.5341000	Steuern Gewerbesteuerumlage	4.720.000	4.900.000	180.000										Anpassung an Gewerbesteuer
		Summe Aufwendungen		4.720.000	4.900.000	180.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
		Saldo allgemeine Finanzierungsmittel		205.106.500	215.692.600	10.586.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
		alle GB														
73		diverse	Personalaufwendungen gesamt (wird den Unterprodukten entsprechend der Aufstellung zugeordnet)	119.639.200	120.639.200	1.000.000	119.698.300	120.698.300	1.000.000	119.970.900	120.970.900	1.000.000	120.902.200	121.902.200	1.000.000	Hinweis: in 2017 Inanspruchnahme Rückstellung in Höhe von 3.695.100 geplant (Feuerwehrtechnischer Dienst)
		Summe Aufwendungen		119.639.200	120.639.200	1.000.000	119.698.300	120.698.300	1.000.000	119.970.900	120.970.900	1.000.000	120.902.200	121.902.200	1.000.000	
		Saldo		-119.639.200	-120.639.200	-1.000.000	-119.698.300	-120.698.300	-1.000.000	-119.970.900	-120.970.900	-1.000.000	-120.902.200	-121.902.200	-1.000.000	
		Ergebnishaushalt = Finanzhaushalt / zahlungswirksam														
			Erträge Gesamt	225.965.900	236.883.300	10.917.400	16.666.800	16.914.500	247.700	17.452.300	17.564.300	112.000	17.435.800	17.532.700	96.900	
			Aufwendungen Gesamt	190.181.600	194.891.200	4.709.600	190.167.400	191.349.600	1.182.200	190.384.100	191.270.700	886.600	192.198.400	193.007.700	809.300	
			Differenz	35.784.300	41.992.100	6.207.800	-173.500.600	-174.435.100	-934.500	-172.931.800	-173.706.400	-774.600	-174.762.600	-175.475.000	-712.400	

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2017	Veränderung	Ansatz 2018	Ansatz 2018	Veränderung	Planung 2019	Planung 2019	Veränderung	Planung 2020	Planung 2020	Veränderung	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		2017 EUR	alt EUR		neu EUR	2018 EUR		alt EUR	neu EUR		
B) ausschließlich Ergebnishaushalt (nicht zahlungswirksam)																
OBM																
74	37	1112100.5494200	Personal und Organisation Inanspruchnahme sonstige Rückstellungen	0	-369.000	-369.000										Inanspruchnahme Rückstellung für Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung siehe lfd. Nr. 1
Summe Aufwendungen				0	-369.000	-369.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Saldo OBM				0	369.000	369.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
GB 3																
75	37	1260000.5082000	Brandschutzaufgaben Inanspruchnahme Rückstellungen nicht genomener Urlaub, geleistete Überstunden, Gleitzeitüberhänge	0	-920.400	-920.400										Inanspruchnahme Rückstellung Mehrarbeit Feuerwehr Nebenaufwendungen 2011-2016 siehe lfd. Nr. 28
76	35	3650200.5494200	Betreuung von Kindern - freie Träger	0	-1.717.300	-1.717.300										Planung der Inanspruchnahme von Rückstellung für offene Betriebskostenabrechnungen Kindertageseinrichtungen aus Vorjahren siehe lfd. Nr. 48
77	32	5370201.5494200	Abfallentsorgung Inanspruchnahme sonstige Rückstellungen	-523.800	0	523.800										
78	32	5370201.5494400	Abfallentsorgung Inanspruchnahme von Rückstellungen aus Gebührenüberdeckung	0	-523.800	-523.800										
Summe Aufwendungen				-523.800	-3.161.500	-2.637.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Saldo GB 3				523.800	3.161.500	2.637.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
GB 4																
79	47	5730100.4811900	Märkte (BgA) Erträge aus internen Leistungsbeziehungen für Sonstige	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	Ertrag nicht mehr als ILV; mit KLR abgestimmt siehe lfd. Nr. 80
Summe Erträge				25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	
80	47	1220300.5811900	Straßenverkehrsangelegenheiten Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen für Sonstige	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	Aufwand nicht mehr als ILV; mit KLR abgestimmt siehe lfd. Nr. 79
81	47	5510002.5711000	BgA Volkspark Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	2.180.000	596.000	-1.584.000	2.180.000	596.000	-1.584.000	2.180.000	596.000	-1.584.000	2.180.000	596.000	-1.584.000	Vorschauberechnung (Schätzung) Abschreibung Volkspark
Summe Aufwendungen				2.205.200	596.000	-1.609.200	2.205.200	596.000	-1.609.200	2.205.200	596.000	-1.609.200	2.205.200	596.000	-1.609.200	
Saldo GB 4				-2.180.000	-596.000	1.584.000	-2.180.000	-596.000	1.584.000	-2.180.000	-596.000	1.584.000	-2.180.000	-596.000	1.584.000	
Ergebnishaushalt (nicht zahlungswirksam)																
Erträge Gesamt				25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	25.200	0	-25.200	
Aufwendungen Gesamt				1.681.400	-2.934.500	-4.615.900	2.205.200	596.000	-1.609.200	2.205.200	596.000	-1.609.200	2.205.200	596.000	-1.609.200	
Differenz				-1.656.200	2.934.500	4.590.700	-2.180.000	-596.000	1.584.000	-2.180.000	-596.000	1.584.000	-2.180.000	-596.000	1.584.000	
Gesamtergebnishaushalt																
Erträge Gesamt				225.991.100	236.883.300	10.892.200	16.692.000	16.914.500	222.500	17.477.500	17.564.300	86.800	17.461.000	17.532.700	71.700	
Aufwendungen Gesamt				191.863.000	191.956.700	93.700	192.372.600	191.945.600	-427.000	192.589.300	191.866.700	-722.600	194.403.600	193.603.700	-799.900	
Differenz				34.128.100	44.926.600	10.798.500	-175.680.600	-175.031.100	649.500	-175.111.800	-174.302.400	809.400	-176.942.600	-176.071.000	871.600	
26 Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag				-10.755.500	43.000	10.798.500	-8.204.400	-7.554.900	649.500	976.400	1.785.800	809.400	2.761.200	3.632.800	871.600	
Haushaltssatzung																
- Ergänzung der Haushaltssatzung 2017:																
§ 8 Bewirtschaftungssperre																
Die bisherige Nr. 2.5 bleibt bestehen und wird wie folgt geändert:																
Aufwendungen und Auszahlungen des FB 21 (Bildung und Sport), welche den Bildungsauftrag als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe zur Gewährleistung des Schul- und Wohnheimbetriebes umfassen (Produkte 21100 – Grundschulen, 21600 – Oberschulen, 21700 – Gymnasien, 21800 – Gesamtschulen, 22100 – Förderschulen, Förderklassen, 23100 – Oberstufenzentren, 23500 – Schulen des Zweiten Bildungsweges, 36710 – Einrichtungen für junge Menschen wie Jugendwohnheime, Schulheime, Wohnheime für Auszubildende, Unterprodukt 2430002 –																

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2017	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018	Ansatz 2018	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019	Planung 2019	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020	Planung 2020	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
Schulspeisung Bisamkiez, Unterprodukt 2430001 – Sonstige schulische Aufgaben: 2430001.5271300 Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel, 2430001.5271700 Aufwendungen für Schülerwettbewerbe, 2430001.5493936 Periodenfremde ordentliche Aufwendungen – Erstattungen an Gemeinden)																
- Die Haushaltssatzung ist entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																
- Der Gesamtergebnishaushalt und der Gesamtfinanzhaushalt sind entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																
- Aus den Änderungslisten der Verwaltung/Fraktionen/Ortsbeiräte - Investitionen ergeben sich Veränderungen innerhalb der Abschreibungen und Sonderposten . Diese sind entsprechend anzupassen.																
- Die Kennzahlen der Produkte, Produktbeschreibungen sowie Erläuterungen sind entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																
- Der Wirtschaftsplan KIS ist an die Beschlüsse zur HH-Satzung anzupassen.																
- Die Angaben im Zukunftsprogramm 2020 sind den Beschlüssen anzupassen.																

Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2017

Änderungsliste der Verwaltung

Stand: 17.02.2017

Erläuterung:
Kontengruppe 68 Einzahlungen
Kontengruppe 78 Auszahlungen

C) investiver Finanzhaushalt

lfd. Nr.	Investnummer	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018 alt EUR	Planung 2018 neu EUR	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019 alt EUR	Planung 2019 neu EUR	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020 alt EUR	Planung 2020 neu EUR	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung	WP-KIS Änderung erforderlich
Allg. Finanzierungsmittel																	
1	0711006900001	6110100.6811000	Zuweisung vom Land Investpauschale gemäß FAG	7.611.900	7.676.200	64.300			0			0			0	lt. Festsetzungsbescheid vom 23.01.2017	
Summe Einzahlungen				7.611.900	7.676.200	64.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
2	neu	1118000.7815000	nachträglicher Investitionszuschuss an KIS für kreditfinanzierte Maßnahmen	0	4.000.000	4.000.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
3	15000005	1118000.7815000	Sanierung Stadthaus / Verwaltungscampus	3.267.700	1.267.700	-2.000.000	1.240.000	1.240.000	0	1.806.400	1.806.400	0	1.820.000	1.820.000	0	siehe lfd. Nr. 19	
Summe Auszahlungen				3.267.700	5.267.700	2.000.000	1.240.000	1.240.000	0	1.806.400	1.806.400	0	1.820.000	1.820.000	0		
GB 2																	
4	neu	4241000.6810000	Sportplatz Lerchensteig	0	1.159.100	1.159.100											ja
5	neu	4241000.6810000	Sportforum Waldstadt I	0	553.700	553.700			0								ja
Summe Einzahlungen				0	1.712.800	1.712.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
6	neu	2110013.7815000	GRS am Humboldtring (37) - Errichtung einer Zaunanlage	0	60.000	60.000											ja
7	21290004	2180009.7815000	Erweiterung in GES mit Schulerw.bau + 4-Feld Turnhalle	3.231.000	3.171.000	-60.000			0	0	60.000	60.000					ja
8	21990002	2430001.7815000	Maßnahmepaket KIS Abbau Sanierungsstau			0			0	1.857.000	1.797.000	-60.000					ja
9	neu	4241000.7815000	Sportplatz Lerchensteig	0	1.870.000	1.870.000											ja
10	neu	4241000.7815000	Sportforum Waldstadt I	0	738.300	738.300											ja
11	neu	2180005.7815000	Sanierung Schule 46	0	2.040.000	2.040.000											ja
12	neu	2110016.7815000	Sanierung Schule 56	0	1.350.000	1.350.000											ja
13	21110003	2110021.7815000	Neubau Schule, Turnhalle - Grundschule Bornim (11)	0	1.810.000	1.810.000											ja
14	neu	2110022.7815000	Rote Kaserne Ost - Ankauf Grundstück	0	800.000	800.000											ja
Summe Auszahlungen				3.231.000	11.839.300	8.608.300	0	0	0	1.857.000	1.857.000	0	0	0	0		
GB 3																	
Summe Einzahlungen				0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
15	0735000180003	3660000.7831000	spezifische Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit	10.000	0	-10.000	9.500	0	-9.500								siehe lfd. Nr. 18
16	0735000180002	3610000.7832000	krippenspezifische Ausstattung Tagespflegestellen (0-3 Jahre)	5.100	0	-5.100	4.800	2.300	-2.500								siehe lfd. Nr. 18
17	0735000180001	3639902.7832000	Ausstattung Verwaltung der Jugendhilfe	10.200	5.000	-5.200	9.700	9.700	0								siehe lfd. Nr. 18
18	35000025	3639902.7834000	Kita-Navigation	0	20.300	20.300	0	12.000	12.000								siehe lfd. Nr. 15; 16; 17
19	neu	3650200.7815000	Hort an der GS 27 Waldstadt	0	2.000.000	2.000.000			0								Bereitstellung von Mitteln für eine Container-Lösung zur Deckung des Hortmehrabbedarfs an der GS 27 - siehe lfd. Nr. 3
Summe Auszahlungen				25.300	2.025.300	2.000.000	24.000	24.000	0								
GB 4																	
20	46000005	5110623.6810000	Sanierungsgebiet Am Findling	253.900	356.200	102.300	26.300	159.400	133.100	0	37.500	37.500					Fördermittel vom Bund laut Bescheid siehe lfd. Nr. 24
21	46000005	5110623.6811000	Sanierungsgebiet Am Findling	253.900	356.200	102.300	26.300	159.400	133.100	0	37.500	37.500					Fördermittel vom Land laut Bescheid siehe lfd. Nr. 24
22	0747005990001	5410001.6881100	Refinanzierung von Straßenausbaubeiträgen an Träger	25.000	400.000	375.000			0								Beitragseinzahlungen gemäß § 8 KAG für Maßnahmen in der Gartenstadt Drewitz, diese sind nach Zahlungseingang an das Treuhandkonto Stadtkontor zu überstellen - siehe lfd. Nr. 25
23	neu	5410003.6881100	Maßnahmen der Barrierefreiheit	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000		Beitragseinzahlungen sollen Maßnahmen der Barrierefreiheit - Barcelona Erklärung - finanzieren siehe lfd. Nr. 26
Summe Einzahlungen				532.800	1.312.400	779.600	52.600	518.800	466.200	0	275.000	275.000	0	200.000	200.000		
24	46000005	5110623.7888000	Sanierungsgebiet Am Findling	973.100	1.177.700	204.600	208.300	474.500	266.200	0	75.000	75.000					Aufstockung der Auszahlungsermächtigung entsprechend der zweckgebundenen Einzahlungen siehe lfd. Nr. 20; 21,
25	0747005990001	5410001.7818000	Refinanzierung von Straßenausbaubeiträgen an Träger	25.000	400.000	375.000			0								Aufstockung der Auszahlungsermächtigung entsprechend der zweckgebundenen Einzahlungen siehe lfd. Nr. 22

lfd. Nr.	Investnummer	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018 alt EUR	Planung 2018 neu EUR	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019 alt EUR	Planung 2019 neu EUR	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020 alt EUR	Planung 2020 neu EUR	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung	WP-KIS Änderung erforderlich
26	neu	5410003.7852000	Maßnahmen der Barrierefreiheit	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	Veranschlagung der Auszahlungsermächtigung entsprechend der veranschlagten Einzahlungen, Haushaltsvermerk: Auszahlung nur in Höhe der Einzahlung- sollte hinterlegt werden siehe lfd. Nr. 23	
Summe Auszahlungen				998.100	1.777.700	779.600	208.300	674.500	466.200	0	275.000	275.000	0	200.000	200.000		
			Einzahlungen Gesamt	8.144.700	10.701.400	2.556.700	52.600	518.800	466.200	0	275.000	275.000	0	200.000	200.000		
			Auszahlungen Gesamt	7.522.100	20.910.000	13.387.900	1.472.300	1.938.500	466.200	3.663.400	3.938.400	275.000	1.820.000	2.020.000	200.000		
			Differenz	622.600	-10.208.600	-10.831.200	-1.419.700	-1.419.700	0	-3.663.400	-3.663.400	0	-1.820.000	-1.820.000	0		
Finanzierungstätigkeit																	
			Saldo			-10.831.200			0			0			0		

Verpflichtungsermächtigungen:

lfd. Nr.	Investnummer	Produktkonto	Bezeichnung	VE 2017 gesamt alt EUR	VE 2017 gesamt neu EUR	Veränderung 2017 EUR	VE 2018 alt EUR	VE 2018 neu EUR	Veränderung 2018 EUR	VE 2019 alt EUR	VE 2019 neu EUR	Veränderung 2019 EUR	VE 2020 alt EUR	VE 2020 neu EUR	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung	WP-KIS Änderung erforderlich
25	35000025	3639902.7834000	Kita-Navigation	0	12.000	12.000	0	12.000	-12.000								

Stellenmehrbedarf

neue Stellen - mit PK-Erstattung

Inanspruchnahme nur nach Vorlage des Zuwendungsbescheides - keine Personalaufwendungen geplant von 2017 bis 2020

464 000 13	SB Innenentwicklungsmanagement	E 11	0,25	VZE	5110701	PK-Erstattung vorl. Stellenwert
241 000 24	Museumspädagoge	E 10	1,00	VZE	2520100	PK-Erstattung vorl. Stellenwert
932 300 94	personalwirtschaftliche Reserve	E 9a	1,00	VZE	1112203	PK-Erstattung vorl. Stellenwert

2,25 VZE

neue Stellen - ohne PK-Erstattung

Inanspruchnahme nach Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, nicht aber vor dem 01.07.2017 - PK ab 07/2017

905 000 09	Schwerbehindertenvertretung	E 6	1,00	VZE	1114302	vorl. Stellenwert
372 501 89 bis 372 502 93	Einsatzkraft	A 7	5,00	VZE	1260000	16/SVV/0802 Gefahrenabwehr- bedarfsplanung der LHP Potsdam 2017 bis 2021
372 501 94 bis 372 501 98	Einsatzkraft, Notfallsanitäter/in	A 9mD	5,00	VZE	1260000	
373 000 12	SB vorbeugender Brandschutz	A 11	1,00	VZE	1260000	

12,00 VZE

Stellenverlagerungen

	Stellennummer				Unterprodukt		Stellenbezeichnung	
	alt	neu			alt	neu	alt	neu
1	142 000 08	141 000 16	1,000	E 11	1119100	1119002	SB Bilanz-,Jahesabschlussanalyse	SB IT-Benchmarking
2		280 000 02	0,500	E 6		2710000	932 300 16 aus Überhang wurde halbiert und verlgart, bisher keine PK	SB Verwaltung
3	461 000 09	464 000 13	0,750	E 11	5110701	5110300	SB Projektmanagement	SB Innenentwicklungsmanagement (Forschungsprojekt)
4	243 000 10	932 300 90	0,125	E 9b	2840202	1112203	SB Jugend, Soziokultur	
5	300 000 11	932 300 91	1,000	E 9b	1110300	1112203	SB Integrationsbegleitung	
6	300 000 12	932 300 92	1,000	E 9b	1110300	1112203	SB Integrationsbegleitung	
7	383 100 40	932 300 93	1,000	E 9b	3130000	1112203	SB Leistungen SGB XII, AsylbLG	
8	463 000 13	932 300 94	1,000	E 11	5110500	1112203	SB Beurteilung von Bauvorhaben	
9	932 300 58	932 300 58	1,000	E 6	1112203	1112203	Reserve Schulsekretariate	
10		200 000 11	0,250	E 9a	1112203	1110200	Mehrbedarf 2017	
11		200 000 12	0,250	E 9c	1112203	1110200	Mehrbedarf 2017	
12		211 000 13	0,025	E 6	1112203	2349900	Mehrbedarf 2017	
13		212 100 22	0,750	E 9a	1112203	2430001	Mehrbedarf 2017	
14		212 300 07	0,750	E 9a	1112203	2439900	Mehrbedarf 2017	
15		211 000 13	0,250	E 7	1112203	2439900	Mehrbedarf 2017	
16		240 000 08	1,000	E 10	1112203	2840500	Mehrbedarf 2017	
17		245 000 14	0,750	E 9b	1112203	2840105	Mehrbedarf 2017	
18		290 300 46	0,500	E 9b	1112203	2630000	Mehrbedarf 2017	
19		421 300 04	1,000	E 12	1112203	5110100	Mehrbedarf 2017	
20		441 500 10	1,000	E 10	1112203	5210000	Mehrbedarf 2017	
21		441 300 17	0,125	E 10	1112203	5120000	Mehrbedarf 2017	
22		443 200 21	1,000	E 10	1112203	5610000	Mehrbedarf 2017	
23		461 000 28	1,000	E 11	1112203	5110701	Mehrbedarf 2017	
24		463 000 16	1,000	E 11	1112203	5110500	Mehrbedarf 2017	
25		464 000 14	0,250	E 11	1112203	5110300	Mehrbedarf 2017	
26		474 400 06	1,000	E 10	1112203	5410003	Mehrbedarf 2017	
27		932 000 12	1,000	E 10	1112203	1112100	Mehrbedarf 2017	
28	932 330 01		1,000	E 9	1112203		entfällt	
29	932 330 02		1,000	E 9	1112203		entfällt	
30	932 330 03		1,000	E 9	1112203		entfällt	
31	932 330 04		1,000	E 9	1112203		entfällt	
32	932 330 05		1,000	E 8	1112203		entfällt	
33	932 330 06		1,000	E 8	1112203		entfällt	
34	932 330 07		1,000	E 8	1112203		entfällt	
35	932 330 08		1,000	E 8	1112203		entfällt	
36	932 330 09		1,000	E 9	1112203		entfällt	
37	300 100 27	384 000 03	1,000	E 10	3420000	3112000	SB Projektmanagement	SB Verwaltung Seniorenbeirat 0,50 VZE
38	932 330 02	920 000 07	1,000	E 9b	1112203	1114801	Mehrbedarf 2017	SB Projektsteuerung
39	932 330 04	932 100 28	1,000	E 9b	1112203	1112100	Mehrbedarf 2017	SB Konfliktmanagement, Prävention
40	932 330 16	931 100 10	1,000	E 10	1112203	1113100	Mehrbedarf 2017	Jurist/in
41	932 330 20	922 000 10	1,000	E 6	1112203	1114100	Mehrbedarf 2017	SB Büro SVV

Stellenbewertungen

lfd. Nr.	Stelle	VZE	Unterprodukt	Stellenwerte	
				alt	neu
1	322 400 25	1,00	1220104	E 9	E 10
2	103 200 01	1,00	1111200	A 12	E 11
3	142 000 01	1,00	1119100	E 13	A 13 hD
4	372 501 49	1,00	1260000	E 9	A 10
5	372 501 50	1,00	1260000	E 9	A 10
6	372 501 53	1,00	1260000	E 8	A 10
7	372 501 54	1,00	1260000	E 8	A 10
8	371 400 48	1,00	1270100	A 7	E 11
9	932 300 46	1,00	1112203	E 9	E 5
10	372 501 73	1,00	1270000	E 5	E 6
11	372 501 74	1,00	1270000	E 5	E 6
12	372 501 75	1,00	1270000	E 5	E 6
13	372 501 76	1,00	1270000	E 5	E 6
14	117 200 12	1,00	1110007	E 9	E 7
15	922 000 05	1,00	1114100	E 9	E 10
16	143 000 31	1,00	1112400	E 11	E 12
17	143 000 12	1,00	1112400	E 11	E 12
18	143 000 13	1,00	1112400	E 11	E 12
19	143 000 15	1,00	1112400	E 11	E 12
20	143 000 30	1,00	1112400	E 11	E 12
21	143 000 21	1,00	1112400	E 11	E 12
22	242 000 15	1,00	2520200	E 12	E 10
23	200 000 03	1,00	1110200	E 11	E 12
24	353 000 01	1,00	3939902	E 12	S 18
25	321 110 13	1,00	1220202	E 6	E 8
26	321 120 07	1,00	1220202	E 6	E 8
27	321 120 05	1,00	1220202	E 6	E 8
28	321 120 14	1,00	1220202	E 6	E 8
29	321 120 17	1,00	1220202	E 6	E 8
30	112 100 02	1,00	1111002	E 11	E 12
31	neue EGO	3,00	1112203	E 3	E 4
32	neue EGO	60,00	1112203	E 5	E 6
33	neue EGO	60,00	1112203	E 6	E 7
34	neue EGO	175,00	1112203	E 8	E 9a
35	neue EGO	190,00	1112203	E 9	E 9b
36	neue EGO	150,00	1112203	E 9	E 9c
37	neue EGO	10,00	1112203	E 10	E 11
38	neue EGO	14,00	1112203	E 11	E 12
39	371	1,00	1270100	A 11	A 12
40	371	8,00	1270100	A 9mD	A 9gD
41	371	18,00	1270100	A 8	A 9mD
42	920 000 07	1,00	1114801	E 9b	E 13
43	932 100 28	1,00	1112100	E 9b	S 15
44	931 100 10	1,00	1113100	E 10	E 13
45	922 000 10	1,00	1114100	E 11	E 6

Stellen mit PK-Erstattung

organisatorische Zuordnung zum 01.01.2017		Produkt	Bezeichnung	HHJ 2017 alt	HHJ 2017 neu
GB	FB				
2	24	25201	Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte	0,00	1,00
2	24	25202	Naturkundemuseum (gBgA)	0,00	1,00
3	38	41400	Verwaltungsaufgaben Gesundheitschutz/Gesundheitspflege	1,00	0,50
3	300 1	34200	Arbeitsförderung	29,75	29,25
4	46	51107	Verkehrsentwicklung	0,75	1,00

Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH Potsdam

Wirtschaftsplan 2017 - Erfolgsplan

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
Umsatzerlöse	184.349.887	189.626.617	190.861.230	194.910.518
Zuwendungen / Zuschüsse	6.706.403	5.983.725	5.915.579	5.826.215
sonstige Erträge	17.546.914	16.788.943	16.161.793	17.555.958
betriebliche Erträge gesamt	208.603.203	212.399.286	212.938.602	218.292.691
Materialaufwendungen	63.457.727	66.459.164	63.201.528	65.023.115
Personalaufwendungen	98.646.613	105.813.902	102.439.799	110.782.474
Abschreibungen	8.480.425	8.305.711	8.212.018	8.015.563
sonstige betriebliche Aufwendungen	33.204.984	28.429.799	35.705.484	31.429.137
betriebliche Aufwendungen gesamt	203.789.749	209.008.575	209.558.830	215.250.288
EBIT	4.813.454	3.390.711	3.379.772	3.042.402
Zinsergebnis und Steuern	-755.705	-1.035.700	-818.309	-649.183
Jahresergebnis	4.057.750	2.355.011	2.561.463	2.393.219

+ = Überschuss
- = Fehlbetrag

Wirtschaftsplan 2017 - Finanzplan

in EUR

Ermittlung Finanzmittelfond	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.860.555,59	7.452.981,23	7.302.641,60	10.210.440,69	12.443.866,87
Kontokorrentkredite	-5.728.240,60	-1.859.056,69	0,00	0,00	0,00
Finanzmittelfond per 31.12.	132.314,99	5.593.924,54	7.302.641,60	10.210.440,69	12.443.866,87

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	132.314,99	5.442.612,68	5.593.924,54	10.210.440,69
CF aus laufender Geschäftstätigkeit	10.597.312,99	5.526.126,26	8.698.707,47	8.015.510,88
CF aus der Investitionstätigkeit	-2.992.895,12	-5.957.517,84	332.101,77	-6.203.550,63
CF aus der Finanzierungstätigkeit	-2.142.808,32	2.291.420,50	-4.414.293,09	421.465,92
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	5.461.609,55	1.860.028,92	4.616.516,15	2.233.426,18
Finanzmittelfond am Ende der Periode	5.593.924,54	7.302.641,60	10.210.440,69	12.443.866,87

Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in
Potsdam gemeinnützige GmbH

Wirtschaftsplan 2017 - Erfolgsplan

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Umsatzerlöse	153.072	155.500	159.150
Zuwendungen / Zuschüsse	1.136.091	1.116.905	1.133.765
sonstige Erträge	123.318	90.291	102.990
betriebliche Erträge gesamt	1.412.481	1.362.696	1.395.905
Materialaufwendungen	3.384	1.900	1.700
Personalaufwendungen	637.417	658.695	690.231
Abschreibungen	10.426	6.700	16.700
sonstige betriebliche Aufwendungen	751.914	684.796	687.274
betriebliche Aufwendungen gesamt	1.403.141	1.352.091	1.395.905
EBIT	9.340	10.605	0
Zinsergebnis und Steuern			
Jahresergebnis	9.340	10.605	0

+ = Überschuss
- = Fehlbetrag

Wirtschaftsplan 2017 - Finanzplan

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	182.000,00	140.400,00	140.400,00
CF aus laufender Geschäftstätigkeit	-28.200,00		-6.500,00
CF aus der Investitionstätigkeit	-13.400,00		-6.000,00
CF aus der Finanzierungstätigkeit	0,00		0,00
zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelbestandes	-41.600,00	0,00	-12.500,00
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	140.400,00	140.400,00	127.900,00

Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH

Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH
Wirtschaftsplan 2017 - Erfolgsplan

Stand: 21.10.2016

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Umsatzerlöse	1.476.925,51 €	1.246.164	1.276.850
Zuwendungen / Zuschüsse	2.656.790	2.703.800	2.776.400
sonstige Erträge	86.141	41.000	16.500
betriebliche Erträge gesamt	4.219.856	3.990.964	4.069.750
Materialaufwendungen	2.328.266	2.113.369	2.186.719
Personalaufwendungen	1.056.335	1.007.715	1.056.086
Abschreibungen	44.750	54.000	23.830
sonstige betriebliche Aufwendungen	776.946	835.980	803.116
betriebliche Aufwendungen gesamt	4.206.297	4.011.064	4.069.750
EBIT	13.559	-20.100	0
Zinsergebnis und Steuern	74	100	
Jahresergebnis + = Überschuss - = Fehlbetrag	13.633	-20.000	0

Stadtwerke Potsdam GmbH

Wirtschaftsplan 2017 - Erfolgsplan

in TEUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Umsatzerlöse	0	14.414	15.362
Sonstige betriebliche Erträge	11.042	591	1.164
Materialaufwand	0	-9.630	-10.934
Personalaufwand	-2.990	-3.928	-4.600
Abschreibungen	-749	-1.472	-2.705
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-12.247	-2.795	-2.773
Zinsertrag	97	87	126
Zinsaufwand	-720	-617	-723
Erträge aus Beteiligungen	17.073	17.804	18.420
Ergebnisabführung	-19.104	-23.480	-27.873
Zuschuss der LHP	12.862	13.205	14.258
Ergebnis vor Ertragssteuern	5.264	4.179	-278
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.538	-1.500	-1.750
Jahresergebnis	3.726	2.679	-2.028

+ = Überschuss
- = Fehlbetrag

Wirtschaftsplan 2017 - Finanzplan

in TEUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Mittelherkunft	48.357	78.269	87.498
Umsatzerlöse	0	14.414	15.362
sonstige Erträge (einnahmewirksam)	10.895	502	1.040
Finanzergebnis (soweit positiv)	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	17.073	17.804	18.420
Zuschüsse der LHP	12.862	13.205	14.258
Liquiditätsabfluss (+)/ zufluss (-)	-7.175	9.712	17.976
Kreditaufnahmen	11.600	18.185	14.595
Tilgung von vergebenen Darlehen	422	618	766
Sonstiges	2.680	3.829	5.081
Mittelverwendung	48.357	78.269	87.498
Ergebnisabführungen	19.104	23.480	27.873
Investitionen	11.104	22.516	18.182
Kredittilgungen	422	817	2.025
Investitionsdarlehen an Tochterunternehmen	1.000	2.185	3.847
Materialaufwand	0	9.630	10.934
Personalaufwand	2.990	3.928	4.600
Sonstiger betrieblicher Aufwand/Sonstige Steuern (ausgabewirksam)	12.093	2.795	2.773
Fnanzergebnis (soweit negativ)	642	531	598
Sonstiges	1.003	12.387	16.666

Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH

Wirtschaftsplan 2017 - Erfolgsplan

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Umsatzerlöse	1.370.057	1.502.830	1.363.890
Zuwendungen / Zuschüsse			
sonstige Erträge	714.712	605.800	637.000
betriebliche Erträge gesamt	2.084.769	2.108.630	2.000.890
Materialaufwendungen	493.996	531.000	426.000
Personalaufwendungen	282.010	265.700	326.784
Abschreibungen	805.082	833.158	833.158
sonstige betriebliche Aufwendungen	166.523	170.835	190.000
betriebliche Aufwendungen gesamt	1.747.611	1.800.693	1.775.942
EBIT	337.158	307.937	224.948
Zinsergebnis und Steuern	-318.984	-291.019	-240.808
Jahresergebnis	18.174	16.918	-15.860
	+ = Überschuss - = Fehlbetrag		

Wirtschaftsplan 2017 - Finanzplan

in EUR

Bezeichnung	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	-158.000,00	431.000,00	587.088,00
CF aus laufender Geschäftstätigkeit	668.000,00	615.968,00	670.619,00
CF aus der Investitionstätigkeit	-540.000,00	87.642,00	-301.258,00
CF aus der Finanzierungstätigkeit	461.000,00	-547.522,00	-522.505,00
zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelbestandes	589.000,00	156.088,00	-153.144,00
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	431.000,00	587.088,00	433.944,00

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.1 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Fraktionen

Anträge einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Folgende Anträge könnten im Paket abgestimmt werden:

Ergebnishaushalt (E) – lfd. Nr.:

- E 17 - Frühstücksangebot an Grundschulen
- E 19 - kostenloses Schulessen für Bedürftige
- E 10 - Helmholtz-Gymnasium
- E 20 - Kultur
- E 2 - Jugend
- E 13 - Denkmalpflege
- E 14 - Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Zukunftsprogramm (ZP) – lfd. Nr.:

- ZP 1 – Streichung der Kostendifferenzierung für das Internat LSH

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017

Anträge einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Stand: 23.02.2017

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Ergebnishaushalt - Bildung und Sport (21)								
E 17	Finanzausschuss	Frühstücksangebot an Grundschulen Zur Sicherung eines kostenlosen Frühstücks für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler wird mit dem Schuljahr 2017/2018 ein Modellprojekt an Potsdamer Grundschulen gestartet. Dazu werden 50.000 EUR im Schulbedarf eingestellt.	50.000		Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um 50.000 EUR	Zusammenfassung der Anträge E1 Fraktionen SPD und CDU/ANW und E7 Fraktion DIE LINKE, Deckungsvorschlag Antragsteller SPD/CDU/ANW	7/0/0	
E 1	SPD/CDU/ANW	Schulfrühstück Für ein Modellprojekt Schulfrühstück sollen im Haushalt 2017 50.000 EUR eingeplant werden. <u>Begründung:</u> Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Beschluss 16/SVV/0639 die Prüfung der Möglichkeit zur Einrichtung eines Angebotes von kostenfreiem Frühstück an Potsdamer Schulen für von Armut betroffene Schülerinnen und Schüler beschlossen. Wenn sich bereits im Jahr 2017 umsetzungsreife Lösungen an einzelnen Schulen dafür abzeichnen, soll mit dem vorliegenden Antrag Vorsorge getroffen werden, dass die ggf. erforderlichen Mittel bereitstehen.	50.000		Antragsteller: Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um 50.000 EUR.	keine Abstimmung/ neuer Antrag Finanzausschuss lfd. Nr. E 17		
E 7	DIE LINKE	Frühstücksangebot an Grundschulen Zur Sicherung eines kostenlosen Frühstücks für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler wird mit dem Schuljahr 2017/2018 ein Modellprojekt an fünf Potsdamer Grundschulen gestartet. Dazu werden 50.000 EUR im Schulbedarf eingestellt.	50.000		Antragsteller: Minderaufwendungen für Kassenkreditzinsen und aus Mehrbeträgen aus Geldanlagezinsen	keine Abstimmung/ neuer Antrag Finanzausschuss lfd. Nr. E 17		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
		<u>Begründung:</u> Mit einem Modellversuch sollen an fünf Potsdamer Grundschulen in einem ersten Schritt die Voraussetzungen für die Einführung eines kostenlosen Frühstücksangebots für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Grundschulen getestet werden.						

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 19	SPD/ CDU/ANW	<p>Tischvorlage Finanzausschuss Kostenloses Schulessen für Bedürftige Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Beantragung des kostenreduzierten Schulessens für diejenigen sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler zu vereinfachen, die sich dem Antragsverfahren nach BuT unterwerfen. Ziel ist es, dass ein gesonderter Antrag auf Gewährung des kostenlosen Essens für BuT-anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler verzichtbar ist. Für alle anderen Schülerinnen und Schüler ist das bestehende einfachere Verfahren für kostenfreies Schulessen fortzuführen. Ziel ist es, die Verfahrensanpassung zum Schuljahresbeginn 2017/18 anwenden zu können. In Vorbereitung der Umstellung ist der Stadtverordnetenversammlung bis Juli 2017 darüber zu berichten. Der Bericht soll neben der Verfahrensdarstellung auch Angaben über die bisherigen Teilnehmerzahlen in den verschiedenen Anspruchskreisen enthalten.</p> <p><u>Begründung:</u> Rund 1.200 Schülerinnen und Schüler erhalten in Potsdam kostenfreies Schulessen. Eine bestimmte Zahl der Anspruchsberechtigten beantragt darüber hinaus ermäßigtes Schulessen nach dem BuT (1 EUR). Ziel der Verfahrensanpassung ist es, automatisch das kostenlose Schulessen auf diesen Kreis auszudehnen, ohne dass es einer weiteren Beantragung bedarf. Zu beachten ist, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten nach BuT weit kleiner ist und eine Antragsstellung im Sozialamt erforderlich ist, während das kostenfreie Schulessen weiterhin unkompliziert durch die Mehrzahl der Betroffenen direkt in der Schule beantragt werden kann.</p>	50.000		Minderaufwendungen für Kassenmarktkreditzinsen, Mehreinnahmen aus Geldanlagezinsen	im Finanzausschuss ausgeteilte Tischvorlage vorgelegt und abgestimmt	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 6	DIE LINKE	<p>Kostenloses Schulessen für Bedürftige Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Beantragung des kostenreduzierten Schulessens für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler dahingehend zu vereinfachen, dass ein gesonderter Antrag auf Gewährung des kostenlosen Essens in Grundschulen nicht mehr erforderlich ist.</p> <p><u>Begründung:</u> Das gegenwärtig angewandte Verfahren für die Bereitstellung kostenlosen Schulessens für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler setzt voraus, dass sich die Betroffenen mit einem Antrag zu Härtefällen erklären. Dieser Schritt sollte entfallen, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen.</p>	50.000		<p>Antragssteller: Minderaufwendungen für Kassenmarktkreditzinsen, Mehreinnahmen aus Geldanlagezinsen</p>			

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 10	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Im Produkt 21700 - Gymnasien – wird der Ansatz „Aufwendungen für Schülerwettbewerbe, Sport, Spiele, Schülerveranstaltungen, -preise, AG's, Kurse oder Abschlussgaben“ (Sachkonto 5271700) von 9.600 EUR um 2.000 EUR auf 11.600 EUR verstärkt. Der Mehrbetrag von 2.000 EUR ist zu verwenden für die Unterstützung des Helmholtz-Gymnasiums bei Finanzierung der der Teilnahme des ausgezeichneten Chors des Gymnasiums an den World Choir Games 2018 in Südafrika. Es ist schon für 2017 in den Haushalt einzustellen, damit das Helmholtz-Gymnasium die in 2017 entstehenden Kosten für die Reise zum Austragungsort finanzieren kann.</p> <p><u>Begründung:</u> Der Bedarf von 2.000 Euro ist als Zuschuss zu den hohen Reisekosten gedacht. Der Chor des Helmholtz-Gymnasiums mit seinen etwa 50 Sängern nahm bereits mehrmals mit großem Erfolg an den World Choir Games teil, zuletzt 2014 in Riga und 2016 in Sotschi, wo sie beide Male in der Auswahl "Champion Competition" je eine Silbermedaille mit nach Hause brachten - für einen Schulchor ungewöhnlich hervorragend. Der Chor war der einzige deutsche Schulchor, der in der Kategorie der "Champions" antrat. Nun konnte sich der Chor für die renommierten World Choir Games von 4.-14. Juli 2018 in Tshwane, Südafrika, qualifizieren. Die Anmeldung dazu muss im Sommer 2017 erfolgen. Bisher war der Chor der einzige Teilnehmer aus dem Land Brandenburg und damit ein kultureller Botschafter für unsere Landeshauptstadt in aller Welt. Auch liegen aus Pretoria, neben dem offiziellen Wettbewerbsprogramm, bereits vier Anfragen für Begegnungskonzerte von dort ansässigen Schulen mit Jugendchören vor, es wird gemeinsame Konzerte und Erkundungen geben. Die singenden Schülerinnen und Schüler suchen den interkulturellen Austausch mit anderen Schulen. Die Landeshauptstadt Potsdam wird mit der Teilnahme des Helmholtz-Chores an den World Choir Games weit über die Grenzen des Landes hinaus ihrem Renommee als Kulturstadt gerecht werden.</p>	2.000		<p>Antragsteller: Minderung des Ansatzes für Bürobedarf (Sachkonto 5431100) im Produkt 41123 – Zentrale Dienste um 2.000 EUR auf 453.000 EUR.</p>	<p>Deckungsvorschlag neu Verwaltung: in FB 21 aussteuern 2170003.5431930 Helmholtz-Gymnasium sonstige Geschäftsaufwendungen (Deckungskreis 2100 FB 21 - Schulen Geschäftsaufwendungen der Ansatz im DK 2100 beträgt 182.400) Beschluss: eine Dotierung zu Gunsten dieser Maßnahme, Deckung Vorschlag Verwaltung</p>	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Kultur (FB 24)								
E 20	Finanzausschuss	Kultur Zusammenfassung der Anträge E 3, E 4, E 5, E 8, E 11, E 12 Fabrik e.V. (50.000 EUR) T-Werk e.V. Potsdam (50.000 EUR) Waschhaus (35.000 EUR) Poetenpack (15.000 EUR) Fete de la Musique (10.000 EUR) Musik an der Erlöserkirche (5.000 EUR) Offener Kunstverein (10.000 EUR) Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. (5.000 EUR) Sinfonieorchester Collegium musicum Potsdam e.V. (15.000 EUR) Theaterschiff Potsdam (10.000 EUR) Brandenburgischer Kunstverein Potsdam e.V. (9.700 EUR) Kunstschule Potsdam e.V. (20.000 EUR) Kulturfestivals "Unidram" und Tanztage (50.000 EUR)	205.700 (284.700)			Deckung: Pacht Freiland 56.000 entfällt, im W-Plan SWP enthalten Umwidmung im Kulturred 23.000 2840101.5318100 Verwarnungs- und Bußgelder 1220400.4561100 87.700	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 3	SPD/ CDU/ANW	<p>Kultur Erhöhung der Ansätze im Produkt 28401 für/um: Fabrik 50.000 EUR T-Werk 50.000 EUR Waschhaus 35.000 EUR Poetenpack 10.000 EUR Fete de la Musique 10.000 EUR Musik an der Erlöserkirche 5.000 EUR Offener Kunstverein 5.000 EUR Kunstverein Kunsthaus Potsdam 1.700 EUR</p> <p><u>Begründung</u> Ziel der Erhöhung der Mittelansätze für die genannten Träger ist eine Annäherung der Gehälter im Kulturbereich bei freien Trägern an die im öffentlichen Dienst bestehenden Vergütungen. Bei Musik an der Erlöserkirche, dem offenen Kunstverein und dem Kunstverein Kunsthaus Potsdam geht es auch um die Aufstockung bzw. Verstetigung von Teilzeitkräften. Die Mittel für die Fete de la Musique sollen der Absicherung der Durchführung dienen.</p> <p>Bandprobenraum 8.000 EUR siehe Investitionen</p>	166.700		<p>Antragsteller: Die im Planentwurf des Haushaltes 2017 im Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) im Produkt 2840101 und hier im Konto 5318100 vorgesehene Pacht für das Freiland, in Höhe von ca. 56.000 EUR sind nicht erforderlich. Die damit freiwerdenden Mittel werden hier zur anteiligen Deckung verwendet. Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 87.700 EUR. Weitere 23.000 EUR sind im Budget des Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) enthalten bzw. ggf. auszusteuern.</p>	<p>Deckung: Pacht Freiland 56.000 EUR entfällt, im W-Plan SWP enthalten Umwidmung im Kulturstamt 23.000 EUR 2840101.5318100 Verwarnungs- und Bußgelder 1220400.4561100 87.700 EUR</p> <p>siehe auch DIE LINKE lfd. Nr. E 8, Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. E 11</p>		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 8	DIE LINKE	<p>Stärkung Freie Träger Kultur: Für Freie Träger der Kultur werden zusätzlich 95.000 EUR in den Haushalt 2017 eingestellt. Die Zuwendungen für folgende Träger werden erhöht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 50.000 EUR für den fabrik e.V. - 15.000 EUR für das Sinfonieorchester Collegium musicum Potsdam e.V. - 10.000 EUR für das Theaterschiff Potsdam - 10.000 EUR für den Offenen Kunstverein - 5.000 EUR für den Brandenburger Kunstverein Potsdam e.V. - 5.000 EUR für den Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. <p><u>Begründung:</u> Seit geraumer Zeit machen Freie Träger belegbar auf Finanznöte aufmerksam. Befragungen im Fachbereich haben Defizite bei der Finanzierung ergeben, die mit den genannten Summen nicht aufgehoben, jedoch gemildert werden können Seit Jahren sind überjährige Finanzierungsverträge überfällig. Deshalb soll dieser Finanzierungsantrag einen Übergang vermitteln.</p>	95.000		<p>Antragsteller: Minderaufwendungen für Kassenkreditzinsen und aus Mehrerträgen aus Geldanlagezinsen</p>	<p>ggf. Verwarnungs- und Bußgelder 1220400.4561100</p> <p>siehe auch SPD/ CDU/ANW lfd. Nr. E 3 Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. E 11</p>		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 4	SPD/ CDU/ANW	<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Brandenburgischen Kunstverein Potsdam e.V. mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von EUR 9.700 in 2017 zu fördern.</p> <p><u>Begründung:</u> Mit dem Motto "Kunstvermittlung ohne Berührungängste" setzt der Brandenburgische Kunstverein das von der LHP geforderte Konzept für sein Angebot an ein breites Publikum im Ausstellungspavillon auf der Freundschaftsinsel seit 2011 erfolgreich um. Hier kommen viele Besucher, die zum ersten Mal in den Kontakt mit zeitgenössischer Kunst international erfolgreicher Künstler*innen kommen. Dies war zuvor in der Hinterhof-Remise nur selten der Fall. Seit mehr als zehn Jahren stagniert die institutionelle Förderung. Sie beträgt 20.300 EUR als anteilige Förderung einer einzigen Personalstelle. Seit 2011 hat sich der Aufwand vervielfacht. Es müssen an diesem herausfordernden Ort innovative Konzepte entwickelt werden, um zwischen gläsernen Wänden herausragende Kunst wirksam zu präsentieren. Der erhöhte Publikumszuspruch bedarf mehr Begleitung/Betreuung. Ebenso die fünf bis sechs Ausstellungsprojekte im Jahr, von denen nur wenige externe Fördermittel erhalten. Desweiteren wird ein Drittel der künstlerischen Leitungsstelle, die Bild-Transporte, jede unvermeidliche Versicherung, jede Handwerksleistung sowie Telefon und Porto aus Spenden plus Einzelanträgen derzeit mühsam gedeckt. Der seit Jahren angemeldete Mehrbedarf setzt sich zusammen aus: 6.000 EUR für Vermittlungsaufwendungen (Führungen, Erstellung von Materialien und neuen Präsentationskonzepten u.v.m.) sowie 1.700 EUR anteilige Finanzierung für Transporte plus 2.000 EUR für Versicherungskosten. Die regionale und überregionale Presse, Fachzeitschriften und Rundfunk haben die Arbeit des Brandenburgischen Kunstvereins Potsdam mehrfach gewürdigt. Der BKV hält die Machbarkeitsgrenze für sein Engagement für erreicht und benötigt dringend finanzielle Unterstützung.</p>	9.700		Antragsteller: Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 9.700 EUR.			

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 5	SPD/ CDU/ANW	<p>Förderung der Kunstschule Potsdam e.V Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Kunstschule Potsdam e.V. im Kulturhaus Babelsberg mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von EUR 20.000 in 2017 zu fördern.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Kunstschule Potsdam ist seit 1991 eine Einrichtung der außerschulischen kulturellen Bildung. Sie musste in den zurückliegenden Jahren akute Sparmaßnahmen bewältigen, um den fortlaufenden Betrieb und das Bestehen zu sichern. Trotz Unterstützung durch einen Förderverein und privaten Spenden konnten viele Projekte nicht realisiert werden. Die besagte finanzielle Unterstützung wird für eine Personalstelle, Material und für Marketing der Kunstschule Potsdam dringend benötigt. Wichtiges Anliegen ist die Sensibilisierung der Kunstschüler gegenüber ihrer Umwelt und die Entwicklung gestalterischer Fähigkeiten. Die Kunstschule bietet nachmittags und abends ein vielfältiges fortlaufendes Kursprogramm an. Daneben gibt es an den Vormittagen Angebote zur künstlerischen Früherziehung für Kitagruppen, sowie Angebote für Schulklassen. Ebenso können sich Begabte wie interessierte Jugendliche in der Begabtenförderung auf ein künstlerisches Hochschulstudium und dessen Bewerbung vorbereiten. Die Kurse, Wochenendworkshops und Projekte, geleitet von diplomierten Künstlerinnen und Künstlern, richten sich an Kinder ab 4 Jahren, Jugendliche, Erwachsene, Senioren und an Einzelpersonen wie Gruppen.</p>	20.000 abzüglich Fördermittel		Antragsteller: Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 20.000 EUR.			

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 11	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 28401 – Kulturpflege wird der Ansatz für Transferleistungen (Zuschüsse an freie Träger und Vereine; Sachkonto 5732100) von 1.988.000 EUR um 50.000 EUR auf 2.038.000 EUR erhöht. Die 50.000 EUR Verstärkung des Produkts werden zu gleichen Teilen zur verbesserten Förderung der Kulturfestivals „Unidram“ und „Tanztage Potsdam“ eingesetzt. Der Ansatz für Transferleistungen im Produkt Kulturpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 50.000 EUR jährlich mit derselben Zweckbindung verstärkt.</p> <p><u>Begründung:</u> Die genannten Kulturfestivals gehören mittlerweile zur kulturellen Tradition Potsdams. Sie strahlen weit über den lokalen Wirkungskreis hinaus aus und erfreuen sich außerordentlichen Zuspruchs. Die erforderlichen Aufwendungen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, so dass trotz des ebenfalls gestiegenen Eigenanteils an der Finanzierung eine Verstärkung der Förderung zur Weiterführung der Festivals geboten ist.</p>	50.000		<p>Antragsteller: Minderung des Ansatzes Sach- & Dienstleitungen; dort Sachkonto 5291100 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen im Produkt 57100 - Wirtschaftsförderung - von 462.800 EUR um 50.000 EUR. Die Minderung des geplanten Ansatzes im Produkt Wirtschaftsförderung scheint gerechtfertigt. Der Planansatz übersteigt den Planansatz für das Jahr 2016 ebenso, wie der für die Folgejahre der Mittelfristplanung um mehr als die vorgeschlagenen 50.000 EUR (Ansatz 2016: 302.600 EUR). Eine Begründung für den außerordentlich hohen Bedarf ausschließlich im Jahr 2017 ist nicht ersichtlich.</p>	<p>Deckung: Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um ca. 50.000 EUR.</p> <p>siehe auch SPD/CDU/ANW lfd. Nr. E 3, DIE LINKE lfd. Nr. E 8</p>		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 12	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 28401-Kulturpflege wird der Ansatz für Transferleistungen (Zuschüsse an freie Träger und Vereine, Sachkonto 5318100) von 2.038.000 EUR (vgl. Drucksache 16/SVV/0801, deshalb diese Summe) um weitere 15.000,00 EUR auf 2.053.000 EUR erhöht. Die 15.000,00 EUR Verstärkung des Produkts werden für Verbesserung des Produktionsbetriebes des freien Theaters "Poetenpack", insbesondere für die Absicherung der Betriebskosten und eines möglichen Umzuges des Lagers für Theaterproduktionskulissen, die Bühnentechnik und von Kostümen aus 22 Produktionen, dringend benötigt. Eine Havarie im Lager führte bei anhaltender Feuchtigkeit zur Beschädigung von Theaterkulissen. Begleitend zum Haushalt bitten wir die Stadtverwaltung darum, bei der Suche nach geeigneten, neuen Räumen, entsprechend zu unterstützen.</p> <p>Der Ansatz für Transferleistungen im Produkt Kulturpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 15.000,00 EUR jährlich mit derselben Zweckbindung verstärkt.</p>	15.000		<p>Antragsteller: Minderung des Ansatzes für Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (Sachkonto 5201100) im Produkt 12201 (Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten) von jetzt veranschlagten 363.600 EUR um 15.000 EUR auf 348.600 EUR</p>	<p>Deckung: Verwarnungs- und Bußgelder 1220400.4561100</p> <p>siehe auch SPD/CDU/ANW lfd. Nr. H 5</p>	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
		<p><u>Begründung:</u> Das freie Theater "Poetenpack" arbeitet sehr erfolgreich mit derzeit 22 Produktionen. 10 - 12 Theaterinszenierungen sind ständig Bestandteil des Spielplanes und jährlich kommen 1-3 Produktionen hinzu. Das Theater hat derzeit ein Lager für Theaterkulissen, und für Bühnenausstattungen und Bühnentechnik, einen Kostümfundus und einen gut geeigneten Proberaum. Für die Räume werden sowohl von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) als Vermieter, als auch vom Co-Nutzer, Potsdamer See-Sport-Club (PSSC) und durch das Theater "Poetenpack" anteilig Betriebskosten für Strom, Wasser und Heizung fällig. Eine Miete wurde nicht mehr erhoben, weil die Gebäude zeitnah zum 31.12.2017, der Planung der SPSG zufolge, für die weitere Ausgestaltung des UNESCO Weltkulturerbes, Babelsberger Park, abgerissen werden sollen. Eine Sanierung der Gebäude wird nicht mehr in Aussicht gestellt und der Pachtvertrag mit dem PSSC wird vermutlich nicht weiter verlängert. Durch die heftigen Wetterlagen mit Regen ist nun akut in die Lagerräume für die Kulissen und Bühnen sehr viel Regenwasser eingedrungen. Dadurch sind die Decken und Böden der Räume feucht. Elektrische Raumtrockner, die hohe Stromkosten erzeugen, können keine Dauerlösung sein. Andererseits ist der Spielbetrieb des Theaters hochgradig gefährdet, wenn Kulissen und Bühnenausstattungen, für insgesamt 22 Produktionen immer wieder neu angeschafft werden müssen. Für eine dauerhafte Lösung wäre eine Trockenlegung und Abdichtung der Gebäude dringend erforderlich. Wenn keine Sanierung mehr erfolgt, sind große Raumteile des Lagers für das Theater Poetenpack unbrauchbar. Deshalb ist es auch erforderlich im Jahr 2017 nach einer neuen Lösung für die Lagerung und den Proberaum für insgesamt ca. 600 Quadratmeter Nutzfläche (Lager, Kulissen und Technik, Kostümfundus, Proberaum und Büro) zu suchen.</p>						

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV	
Kinder, Jugend und Familie (FB 35)									
E 2	SPD/ CDU/ANW	<p>Jugend Erhöhung der Ansätze für/um: Medienwerkstatt 25.000 EUR Kinder- und Jugendtelefon 10.000 EUR</p> <p><u>Begründung</u> Das Voranschreiten der Digitalisierung im Bereich der Medien hat einen Anstieg des Bedarfes an einer sach- und fachgerechten Ausbildung von Multiplikatoren zur Folge, die im Kinder- und Jugendbereich unter Beachtung der aktuellen technischen und sozialen Entwicklungen den schulischen Einfluss sichern. Lehrer und Erzieher sollen in ausreichendem Umfang in die Lage versetzt werden, sowohl auf die technischen Instrumente und Funktionsweisen, als auch die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung reagieren zu können. Die Medienwerkstatt leistet bei steigender Nachfrage dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Der Mittelansatz ist daher zu verstärken, um der wachsenden Bedeutung und Nachfrage gerecht zu werden.</p> <p>Das Kinder- und Jugendtelefon leistet in besonderer Weise einen Beitrag, Kindern und Jugendlichen einen geschützten Zugang zu Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu vermitteln. Der professionelle Rahmen der zum großen Teil ehrenamtlich geleisteten Arbeit muss gesichert werden, um das kostenlose Angebot in erforderlicher Quali- und Quantität weiterhin zu sichern.</p>	35.000			<p>Antragstellr: Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um ca. 35.000 EUR.</p>		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt (GB 4)								
E 13	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 52300 – Denkmalpflege - wird der Ansatz für Zuschüsse für natürliche (Sachkonto 5318200) von 44.000 EUR um 56.000 EUR 31.000 EUR auf 100.000 EUR 75.000 EUR erhöht. Der Ansatz für Zuschüsse an natürliche Personen im Produkt Denkmalpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 56.000 EUR jährlich verstärkt.</p> <p><u>Begründung</u> Das Stadtbild von Potsdam wird von zahlreichen Denkmälern, auch in privater Hand, geprägt. Die Unterstützung privater Eigentümer bei dem im öffentlichen Interesse gebotenen Erhalt der Denkmäler reicht oft nicht aus. Die vorgeschlagene Verstärkung des Ansatzes wäre geeignet, die angespannte Lage ein wenig zu entspannen.</p>	31.000		erwartete Mehreinnahmen Baugenehmigungen i. H. v. 31.000 € (Produkt 52100 Bauordnung, Kt: 4311000 Verwaltungsgebühren) 5210000.4311000	teilweise Erhöhung um 31.000 auf 75.000 möglich Erhöhung der Zuschüsse durch erwartete Mehreinnahmen Baugenehmigungen i. H. v. 31.000 € (Produkt 52100 Bauordnung, Kt: 4311000 Verwaltungsgebühren) 5210000.4311000	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 14	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 55100 - Öffentliches Grün/Landschaftsbau - wird der Ansatz für Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Sachkonto 5221200) von derzeit 280.000 EUR auf 350.000 EUR verstärkt.</p> <p><u>Begründung</u> Die für die Unterhaltung von Bäumen in Grünanlagen der LH Potsdam benötigten Mittel reichen seit Jahren nicht, um den akuten Bedarf zu decken. Die vorgeschlagene Verstärkung der Mittel soll diesem Missstand etwas abhelfen. Die Verstärkung soll auch die Folgejahre berücksichtigt werden.</p>	70.000		<p>Antragsteller: Minderung des Ansatzes für Gerichts-, Anwalts-, Notar-, Gerichtsvollzieherkosten und Sachverständigenkosten (Sachkonto 5431530) im Produkt 57302 (Biosphärenhalle) von geplanten 3.000.000 EUR um 70.000 EUR auf 2.930.000 EUR. Für die eingeplanten Kosten gibt es keinerlei nachvollziehbare Begründung. Weder in den zurückliegenden Jahren, noch in den Folgejahren sind in diesem Sachkonto Mittel veranschlagt. Auch der Umstand, dass hierfür Rückstellungen in Anspruch genommen werden sollen, überzeugt nicht. In den zurückliegenden Haushaltsjahren wurden im Produkt Biosphärenhalle keine Zuführungen für Rückstellungen</p>	Deckung: Übernachungssteuer 6110200.4039500	7/0/0	

Zukunftsprogramm 2020					
lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
ZP 1	SPD CDU/ANW	<p>Prüfauftrag Prüfung der Streichung der Kostendifferenzierung für das Internat LSH mit dem Ziel der Kostengleichheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner</p> <p><u>Begründung:</u> Alle Sportschülerinnen und Sportschüler, die die Sportschule besuchen und im Internat im LSH leben, sollen die gleiche Miete bezahlen. Die Internatsmiete für Leistungssportler und Sportler ohne leistungssportliche Perspektive zu differenzieren, wie es im Zukunftsprogramm enthalten ist, lehnen wir ab.</p>		7/0/0	

EA



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungsvorschlag:

Für ein Modellprojekt Schulfrühstück sollen im Haushalt 2017 50.000 Euro eingeplant werden.

Deckung 2017:

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um 50.000 Euro.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Beschluss 16/SVV/0639 die Prüfung der Möglichkeit zur Einrichtung eines Angebotes von kostenfreiem Frühstück an Potsdamer Schulen für von Armut betroffene Schülerinnen und Schüler beschlossen. Wenn sich bereits im Jahr 2017 umsetzungsreife Lösungen an einzelnen Schulen dafür abzeichnen, soll mit dem vorliegenden Antrag Vorsorge getroffen werden, dass die ggf. erforderlichen Mittel bereitstehen.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Frühstücksangebot an Grundschulen

Erstellungsdatum 13.02.2017
Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

zur Sicherung eines kostenlosen Frühstücks für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler wird mit dem Schuljahr 2017/2018 ein Modellprojekt an fünf Potsdamer Grundschulen gestartet. Dazu werden **50.000 Euro** im Schulbedarf eingestellt.

Deckungsquelle: 50.000 Euro aus Minderaufwendungen für Kassenkreditzinsen und aus Mehrbeträgen aus Geldanlagezinsen

Begründung:

Mit einem Modellversuch sollen an fünf Potsdamer Grundschulen in einem ersten Schritt die Voraussetzungen für die Einführung eines kostenlosen Frühstücksangebots für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Grundschulen getestet werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: **Fraktion DIE LINKE**

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: **Kostenloses Schulessen für Bedürftige**

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Beantragung des kostenreduzierten Schulessens für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler dahingehend zu vereinfachen, dass ein gesonderter Antrag auf Gewährung des kostenlosen Essens in Grundschulen nicht mehr erforderlich ist.

Deckungsquelle: 50.000 Euro aus Minderaufwendungen für Kassenmarktkreditzinsen, Mehreinnahmen aus Geldanlagezinsen

Begründung:

Das gegenwärtig angewandte Verfahren für die Bereitstellung kostenlosen Schulessens für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler setzt voraus, dass sich die Betroffenen mit einem Antrag zu Härtefällen erklären. Dieser Schritt sollte entfallen, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

E 10



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum	20.01.2017
Eingang 902:	

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Produkt 21700 - Gymnasien – wird der Ansatz „Aufwendungen für Schülerwettbewerbe, Sport, Spiele, Schülerveranstaltungen, -preise, AG's, Kurse oder Abschlussgaben“ (Sachkonto 5271700) von 9.600 € um 2.000 € auf 11.600 € verstärkt. Der Mehrbetrag von 2.000 € ist zu verwenden für die Unterstützung des Helmholtz-Gymnasiums bei Finanzierung der der Teilnahme des ausgezeichneten Chors des Gymnasiums an den World Choir Games 2018 in Südafrika. Es ist schon für 2017 in den Haushalt einzustellen, damit das Helmholtz-Gymnasium die in 2017 entstehenden Kosten für die Reise zum Austragungsort finanzieren kann.

Begründung:

Der Bedarf von 2.000 Euro ist als Zuschuss zu den hohen Reisekosten gedacht.

Der Chor des Helmholtz-Gymnasiums mit seinen etwa 50 Sängern nahm bereits mehrmals mit großem Erfolg an den World Choir Games teil, zuletzt 2014 in Riga und 2016 in Sotschi, wo sie beide Male in der Auswahl "Champion Competition" je eine Silbermedaille mit nach Hause brachten - für einen Schulchor außergewöhnlich hervorragend. Der Chor war der einzige deutsche Schulchor, der in der Kategorie der "Champions" antrat.

Nun konnte sich der Chor für die renommierten World Choir Games von 4.-14. Juli 2018 in Tshwane, Südafrika, qualifizieren.

Die Anmeldung dazu muss im Sommer 2017 erfolgen. Bisher war der Chor der einzige Teilnehmer aus dem Land Brandenburg und damit ein kultureller Botschafter für unsere Landeshauptstadt in aller Welt. Auch liegen aus Pretoria, neben dem offiziellen Wettbewerbsprogramm, bereits vier Anfragen für Begegnungskonzerte von dort ansässigen Schulen mit Jugendchören vor, es wird gemeinsame Konzerte und Erkundungen geben. Die singenden Schülerinnen und Schüler suchen den interkulturellen Austausch mit anderen Schulen.

Die Landeshauptstadt Potsdam wird mit der Teilnahme des Helmholtz-Chores an den World Choir Games weit über die Grenzen des Landes hinaus ihrem Renommee als Kulturstadt gerecht werden.

(Fortsetzung umseitig)

Die zur Deckung vorgeschlagene Minderung des Ansatzes für Bürobedarf im Produkt Zentrale Dienste

entspricht einer Minderung um 0.44 %. Es kann erwartet werden, dass der Bereich zentrale Steuerung eine solche Einsparung realisiert und mit einem um 42 % gegenüber 2016 erhöhtem Ansatz auskommt.

Finanzbedarf 2017: 2.000 €

Deckung 2017:

Minderung des Ansatzes für Bürobedarf (Sachkonto 5431100) im Produkt 11123 – Zentrale Dienste um 2.000 € auf 453.000 €.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

E 3
1 1

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.16

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:

Erhöhung der Ansätze im Produkt 28401 für/um:

Fabrik	50.000 €
T-Werk	50.000 €
Waschhaus	35.000 €
Poetenpack	10.000 €
Fete de la Musique	10.000 €
Musik an der Erlöserkirche	5.000 €
Offener Kunstverein	5.000 €
Kunstverein Kunsthaus Potsdam	1.700 €
Bandprobenraum (einmalig investiv)	8.000 €
Gesamt:	174.700

Deckung 2017:

Die im Planentwurf des Haushaltes 2017 im Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) im Produkt 2840101 und hier im Konto 5318100 vorgesehene Pacht für das Freiland, in Höhe von ca. 56.000 Euro sind nicht erforderlich. Die damit freiwerdenden Mittel werden hier zur anteiligen Deckung verwendet.

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 87.700 Euro.

Weitere 23.000 Euro sind im Budget des Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) enthalten bzw. ggf. auszusteuern.

Bandprobenraum: Erhöhung der investiven Auszahlungen (Gedeckt durch erhöhte investive Schlüsselzuweisungen in 2017).

Begründung:

Ziel der Erhöhung der Mittelansätze für die genannten Träger ist eine Annäherung der Gehälter im Kulturbereich bei freien Trägern an die im öffentlichen Dienst bestehenden Vergütungen. Bei Musik an der Erlöserkirche, dem offenen Kunstverein und dem Kunstverein Kunsthaus Potsdam geht es auch um die Aufstockung bzw. Verstetigung von Teilzeitkräften.

Die Mittel für die Fete de la Musique sollen der Absicherung der Durchführung dienen.

Der im Bahnhof Golm entstehende Bandprobenraum ist Ersatz für einen im Zuge der Schulerweiterung in Bornim aufgegebenen Bandprobenraum. Die Zuwendung wird mit einer Zweckbindung (Bandprobenraum) versehen.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: **Fraktion DIE LINKE**

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: **Stärkung Freie Träger Kultur**

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für Freie Träger der Kultur werden **zusätzlich 95.000 Euro** in den Haushalt 2017 eingestellt.

Die Zuwendungen für folgende Träger werden erhöht:

- 50.000 Euro für den fabrik e.V.
- 15.000 Euro für das Sinfonieorchester Collegium musicum Potsdam e.V.
- 10.000 Euro für das Theaterschiff Potsdam
- 10.000 Euro für den Offenen Kunstverein
- 5.000 Euro für den Brandenburger Kunstverein Potsdam e.V.
- 5.000 Euro für den Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V.

Deckungsquelle: 95.000 Euro aus Minderaufwendungen für Kassenkreditzinsen und aus Mehrerträgen aus Geldanlagezinsen

Begründung:

Seit geraumer Zeit machen Freie Träger belegbar auf Finanznöte aufmerksam. Befragungen im Fachbereich haben Defizite bei der Finanzierung ergeben, die mit den genannten Summen nicht aufgehoben, jedoch gemildert werden können Seit Jahren sind überjährige Finanzierungsverträge überfällig. Deshalb soll dieser Finanzierungsantrag einen Übergang vermitteln.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

E 4



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Brandenburgischen Kunstverein Potsdam e.V. mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von EUR 9.700 in 2017 zu fördern.

Begründung:

Mit dem Motto "Kunstvermittlung ohne Berührungsängste" setzt der Brandenburgische Kunstverein das von der LHP geforderte Konzept für sein Angebot an ein breites Publikum im Ausstellungspavillon auf der Freundschaftsinsel seit 2011 erfolgreich um. Hier kommen viele Besucher, die zum ersten Mal in den Kontakt mit zeitgenössischer Kunst international erfolgreicher Künstler*innen kommen. Dies war zuvor in der Hinterhof-Remise nur selten der Fall. Seit mehr als zehn Jahren stagniert die institutionelle Förderung. Sie beträgt 20.300 € als anteilige Förderung einer einzigen Personalstelle. Seit 2011 hat sich der Aufwand vervielfacht. Es müssen an diesem herausfordernden Ort innovative Konzepte entwickelt werden, um zwischen gläsernen Wänden herausragende Kunst wirksam zu präsentieren. Der erhöhte Publikumszuspruch bedarf mehr Begleitung/Betreuung. Ebenso die fünf bis sechs Ausstellungsprojekte im Jahr, von denen nur wenige externe Fördermittel erhalten. Desweiteren wird ein Drittel der künstlerischen Leitungsstelle, die Bild-Transporte, jede unvermeidliche Versicherung, jede Handwerksleistung sowie Telefon und Porto aus Spenden plus Einzelanträgen derzeit mühsam gedeckt. Der seit Jahren angemeldete Mehrbedarf setzt sich zusammen aus: 6.000 € für Vermittlungsaufwendungen (Führungen, Erstellung von Materialien und neuen Präsentationskonzepten u.v.m.) sowie 1.700 € anteilige Finanzierung für Transporte plus 2.000 € für Versicherungskosten. Die regionale und überregionale Presse, Fachzeitschriften und Rundfunk haben die Arbeit des Brandenburgischen Kunstvereins Potsdam mehrfach gewürdigt. Der BKV hält die Machbarkeitsgrenze für sein Engagement für erreicht und benötigt dringend finanzielle Unterstützung.

Finanzbedarf 2017:

ca. 9.700 Euro

Deckung 2017:

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 9.700 Euro.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801
 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum _____
Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Förderung der Kunstschule Potsdam e.V.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Kunstschule Potsdam e.V. im Kulturhaus Babelsberg mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von EUR 20.000 in 2017 zu fördern.

Begründung:

Die Kunstschule Potsdam ist seit 1991 eine Einrichtung der außerschulischen kulturellen Bildung. Sie musste in den zurückliegenden Jahren akute Sparmaßnahmen bewältigen, um den fortlaufenden Betrieb und das Bestehen zu sichern. Trotz Unterstützung durch einen Förderverein und privaten Spenden konnten viele Projekte nicht realisiert werden. Die besagte finanzielle Unterstützung wird für eine Personalstelle, Material und für Marketing der Kunstschule Potsdam dringend benötigt.

Wichtiges Anliegen ist die Sensibilisierung der Kunstschüler gegenüber ihrer Umwelt und die Entwicklung gestalterischer Fähigkeiten. Die Kunstschule bietet nachmittags und abends ein vielfältiges fortlaufendes Kursprogramm an. Daneben gibt es an den Vormittagen Angebote zur künstlerischen Früherziehung für Kitagruppen, sowie Angebote für Schulklassen. Ebenso können sich Begabte wie interessierte Jugendliche in der Begabtenförderung auf ein künstlerisches Hochschulstudium und dessen Bewerbung vorbereiten.

Die Kurse, Wochenendworkshops und Projekte, geleitet von diplomierten Künstlerinnen und Künstlern, richten sich an Kinder ab 4 Jahren, Jugendliche, Erwachsene, Senioren und an Einzelpersonen wie Gruppen.

Finanzbedarf 2017:

20.000 Euro abzüglich Fördermittel

Deckung 2017:

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 20.000 Euro.

Unterschrift

EM



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 20.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Anderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 28401 – Kulturpflege wird der Ansatz für Transferleistungen (Zuschüsse an freie Träger und Vereine; Sachkonto 5732100) von 1.988.000 € um 50.000 € auf 2.038.000 € erhöht. Die 50.000 € Verstärkung des Produkts werden zu gleichen Teilen zur verbesserten Förderung der Kulturfestivals „Unidram“ und „Tanztage Potsdam“ eingesetzt.

Der Ansatz für Transferleistungen im Produkt Kulturpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 50.000 € jährlich mit derselben Zweckbindung verstärkt.

Begründung:

Die genannten Kulturfestivals gehören mittlerweile zur kulturellen Tradition Potsdams. Sie strahlen weit über den lokalen Wirkungskreis hinaus aus und erfreuen sich außerordentlichen Zuspruchs.

Die erforderlichen Aufwendungen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, so dass trotz des ebenfalls gestiegenen Eigenanteils an der Finanzierung eine Verstärkung der Förderung zur Weiterführung der Festivals geboten ist.

Finanzbedarf 2017: 50.000 €

Deckung 2017:

Minderung des Ansatzes Sach- & Dienstleistungen; dort Sachkonto 5291100 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen im Produkt 57100 - Wirtschaftsförderung - von 462.800 € um 50.000 €.

Die Minderung des geplanten Ansatzes im Produkt Wirtschaftsförderung scheint gerechtfertigt. Der Planansatz übersteigt den Planansatz für das Jahr 2016 ebenso, wie der für die Folgejahre der Mittelfristplanung um mehr als die vorgeschlagenen 50.000 € (Ansatz 2016: 302.600 €).

Eine Begründung für den außerordentlich hohen Bedarf ausschließlich im Jahr 2017 ist nicht ersichtlich.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 30.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 28401- Kulturpflege wird der Ansatz für Transferleistungen (Zuschüsse an freie Träger und Vereine, Sachkonto 5318100) von 2.038.000 € (vgl. Drucksache 16/SVV/0801, deshalb diese Summe) um weitere 15.000,00 € auf 2.053.000 € erhöht. Die 15.000,00 € Verstärkung des Produkts werden für Verbesserung des Produktionsbetriebes des freien Theaters "Poeten-pack", insbesondere für die Absicherung der Betriebskosten und eines möglichen Umzuges des Lagers für Theaterproduktionskulissen, die Bühnentechnik und von Kostümen aus 22 Produktionen, dringend benötigt. Eine Havarie im Lager führte bei anhaltender Feuchtigkeit zur Beschädigung von Theaterkulissen.

Begleitend zum Haushalt bitten wir die Stadtverwaltung darum, bei der Suche nach geeigneten, neuen Räumen, entsprechend zu unterstützen.

Der Ansatz für Transferleistungen im Produkt Kulturpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 15.000,00 € jährlich mit derselben Zweckbindung verstärkt.

Begründung:

Das freie Theater "Poetenpack" arbeitet sehr erfolgreich mit derzeit 22 Produktionen. 10 - 12 Theaterinszenierungen sind ständig Bestandteil des Spielplanes und jährlich kommen 1-3 Produktionen hinzu. Das Theater hat derzeit ein Lager für Theaterkulissen, und für Bühnenausstattungen und Bühnentechnik, einen Kostümfundus und einen gut geeigneten Proberaum.

Für die Räume werden sowohl von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) als Vermieter, als auch vom Co-Nutzer, Potsdamer See-Sport-Club (PSSC) und durch das Theater "Poetenpack" anteilig Betriebskosten für Strom, Wasser und Heizung fällig. Eine Miete wurde nicht mehr erhoben, weil die Gebäude zeitnah zum 31.12.2017, der Planung der SPSG zufolge, für die weitere Ausgestaltung des UNESCO Weltkulturerbes, Babelsberger Park, abgerissen werden sollen. Eine Sanierung der Gebäude wird nicht mehr in Aussicht gestellt und der Pachtvertrag mit dem PSSC wird vermutlich nicht weiter verlängert.

Durch die heftigen Wetterlagen mit Regen ist nun akut in die Lagerräume für die Kulissen und Bühnen sehr viel Regenwasser eingedrungen. Dadurch sind die Decken und Böden der Räume feucht.

Elektrische Raumtrockner, die hohe Stromkosten erzeugen, können keine Dauerlösung sein. Andererseits ist der Spielbetrieb des Theaters hochgradig gefährdet, wenn Kulissen und Bühnenausstattungen, für insgesamt 22 Produktionen immer wieder neu angeschafft werden müssen. Für eine dauerhafte Lösung wäre eine Trockenlegung und Abdichtung der Gebäude dringend erforderlich. Wenn keine Sanierung mehr erfolgt, sind große Raumteile des Lagers für das Theater Poetenpack unbrauchbar. Deshalb ist es auch erforderlich im Jahr 2017 nach einer neuen Lösung für die Lagerung und den Proberaum für insgesamt ca. 600 Quadratmeter Nutzfläche (Lager, Kulissen und Technik, Kostümfundus, Proberaum und Büro) zu suchen.

Deckung 2017:

Minderung des Ansatzes für Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (Sachkonto 5291100) im Produkt 12201 (Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten) von jetzt veranschlagten 363.600 € um 15.000 € auf 348.600 €

Begründung für den Deckungsvorschlag:

Im Produkt Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 394,6 T€ (ist) im Jahr 2013 auf 404,1 T€ (ist) im Jahr 2014 gestiegen. Für 2015 liegen noch keine Ist-Zahlen vor. Geplant waren für 2015 439,6 T€ und für 2016 518,7 T€. Demgegenüber sind im HH-Plan für 2017 946 T€ eingeplant, das entspricht einer Steigerung von 84 % gegenüber 2016.

Auch für das Sachkonto „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“ ist ein erheblicher Zuwachs geplant, ohne dass erkennbar wäre, wofür ein solcher Zuwachs benötigt wird. In allen vorliegenden Jahresabschlüssen blieben die tatsächlichen Ausgaben hinter den geplanten zurück. Deshalb scheint es ohne Schaden zulässig, die vorgeschlagene Deckungsquelle in Anspruch zu nehmen.

Auch in der Mittelfristplanung sind ähnlich hohe Ausgaben geplant, obwohl absehbar ist, dass sie nicht in vollem Umfang benötigt werden, so dass eine Minderung hier eine Verstärkung für die Bedarfe des Poetenpacks dauerhaft vorgesehen werden könnte.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:
Erhöhung der Ansätze für/um:

Wer	2017
Medienwerkstatt	25.000
Kinder- und Jugendtelefon	10.000
Gesamt:	35.000

Deckung 2017:

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 um ca. 35.000 Euro.

Begründung:

Das Voranschreiten der Digitalisierung im Bereich der Medien hat einen Anstieg des Bedarfes an einer sach- und fachgerechten Ausbildung von Multiplikatoren zur Folge, die im Kinder- und Jugendbereich unter Beachtung der aktuellen technischen und sozialen Entwicklungen den schulischen Einfluss sichern. Lehrer und Erzieher sollen in ausreichendem Umfang in die Lage versetzt werden, sowohl auf die technischen Instrumente und Funktionsweisen, als auch die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung reagieren zu können. Die Medienwerkstatt leistet bei steigender Nachfrage dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Der Mittelansatz ist daher zu verstärken, um der wachsenden Bedeutung und Nachfrage gerecht zu werden.

Das Kinder- und Jugendtelefon leistet in besonderer Weise einen Beitrag, Kindern und Jugendlichen einen geschützten Zugang zu Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu vermitteln. Der professionelle Rahmen der zum großen Teil ehrenamtlich geleisteten Arbeit muss gesichert werden, um das kostenlose Angebot in erforderlicher Quali- und Quantität weiterhin zu sichern.

Unterschrift

E 13



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 20.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Anderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 52300 – Denkmalpflege - wird der Ansatz für Zuschüsse für natürliche (Sachkonto 5318200) von 44.000 € um 56.000 € auf 100.000 € erhöht. Der Ansatz für Zuschüsse an natürliche Personen im Produkt Denkmalpflege wird auch in der Mittelfristplanung um 56.000 € jährlich verstärkt.

Begründung:

Das Stadtbild von Potsdam wird von zahlreichen Denkmälern, auch in privater Hand, geprägt. Die Unterstützung privater Eigentümer bei dem im öffentlichen Interesse gebotenen Erhalt der Denkmäler reicht oft nicht aus. Die vorgeschlagene Verstärkung des Ansatzes wäre geeignet, die angespannte Lage ein wenig zu entspannen.

Finanzbedarf 2017: 56.000 €

11131 - allgemeine Rechtsangelegenheiten - von 1.250.000 € um 56.000 €. Die Minderung des geplanten Ansatzes im Produkt Allgemeine Rechtsangelegenheiten scheint gerechtfertigt. Der Planansatz übersteigt den Planansatz für das Jahr 2016 um mehr als 35 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass – ausweislich der vorliegenden Jahresabschlüsse – die tatsächlichen Ausgaben immer hinter den geplanten Ansätzen zurückgeblieben sind. Eine Verstärkung des Planansatzes um 30 % statt der bisher veranschlagten 36 % ist vertretbar. Die gilt auch für die Mittelfristplanung.

Unterschrift

E 14



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 20.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 55100 - Öffentliches Grün/Landschaftsbau - wird der Ansatz für Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Sachkonto 5221200) von derzeit 280.000 € auf 350.000 € verstärkt.

Begründung:

Die für die Unterhaltung von Bäumen in Grünanlagen der LH Potsdam benötigten Mittel reichen seit Jahren nicht, um den akuten Bedarf zu decken. Die vorgeschlagene Verstärkung der Mittel soll diesem Missstand etwas abhelfen. Die Verstärkung soll auch die Folgejahre berücksichtigt werden.

Finanzbedarf 2017: 70.000 €

Deckung 2017:

Minderung des Ansatzes für Gerichts-, Anwalts-, Notar-, Gerichtsvollzieherkosten und Sachverständigenkosten (Sachkonto 5431530) im Produkt 57302 (Biosphärenhalle) von geplanten 3.000.000 € um 70.000 € auf 2.930.000 €. Für die eingeplanten Kosten gibt es keinerlei nachvollziehbare Begründung. Weder in den zurückliegenden Jahren, noch in den Folgejahren sind in diesem Sachkonto Mittel veranschlagt.

Auch der Umstand, dass hierfür Rückstellungen in Anspruch genommen werden sollen, überzeugt nicht. In den zurückliegenden Haushaltsjahren wurden im Produkt Biosphärenhalle keine Zuführungen für Rückstellungen geplant.

Unterschrift

8P 1



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0797

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Zukunftsprogramm 2020

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	SVV		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Prüfung der Streichung der Kostendifferenzierung für das Internat LSH mit dem Ziel der Kostengleichheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner

Begründung:

Alle Sportschülerinnen und Sportschüler, die die Sportschule besuchen und im Internat im LSH leben, sollen die gleiche Miete bezahlen. Die Internatsmiete für Leistungssportler und Sportler ohne leistungssportliche Perspektive zu differenzieren, wie es im Zukunftsprogramm enthalten ist, lehnen wir ab.

Unterschrift

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.2 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Fraktionen

Anträge einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Folgende Anträge könnten im Paket abgestimmt werden:

Investitionshaushalt (I) – lfd. Nr.:

- I 2 - Beleuchtung Sportanlage am Kahleberg
- I 1 - Bandprobenraum
- I 3 - Aufstellung Plastik Weltkugel
- I 4 - Uferweg Speicherstadt

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Investitionen (I) - Bildung und Sport (FB 21)								
I 2	SPD/CDU/A NW	<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung einer Beleuchtung an der Sportanlage am Kahleberg einzuleiten und eine Realisierung in 2018 zu prüfen.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Sportanlage am Kahleberg ist eine der wenigen Sportstätten in Potsdam die von Vereinen, der breiten Öffentlichkeit sowie dem Oberstufenzentrum II genutzt wird. Der Sportplatz ist auf Platz 5 der Prioritätenliste des FB 21 und eine umfassende Sanierung mittelfristig nicht geplant. Im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam wurde der Vorschlag der Sanierung der Sportanlage am Kahleberg unter der Nummer 20 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen. Insgesamt 5.526 Potsdamerinnen und Potsdamern haben den Vorschlag bei der abschließenden Votierung unterstützt.</p>	5.000		Antragsteller: Erhöhung der investiven Auszahlungen (Gedeckt durch erhöhte investive Schlüsselzuweisungen in 2017).		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Kultur (FB 24)								
I 1	SPD/ CDU/ANW	Bandprobenraum 8.000 EUR <u>Begründung:</u> Der im Bahnhof Golm entstehende Bandprobenraum ist Ersatz für einen im Zuge der Schulerweiterung in Bornim aufgegebenen Bandprobenraum. Die Zuwendung wird mit einer Zweckbindung (Bandprobenraum) versehen. siehe Antrag Kultur Ergebnishaushalt	8.000		Antragsteller: Erhöhung der investiven Auszahlungen (Gedeckt durch erhöhte investive Schlüsselzuweisungen in 2017).		7/0/0	
I 3	DIE LINKE	Aufstellung der Plastik Weltkugel Es sind die Voraussetzungen für die Aufstellung der Plastik „Weltkugel“ in der Neustädter Havelbucht im Jahr 2017 zu schaffen. Dafür sind 93.000 EUR erforderlich. Diese Summe ist hälftig von der Stadt bereitzustellen. Für die andere Hälfte der Summe sind Sponsoren zu gewinnen. <u>Begründung:</u> Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mehrfach für die Wiederaufstellung der Plastik „Transparente Weltkugel“ ausgesprochen, die ursprünglich vor der Stadt- und Landesbibliothek gestanden hat. Ziel ist es, die Plastik in diesem Jahr in der Neustädter Havelbucht aufzustellen. Die notwendige Finanzierung soll zu 50 Prozent von der Stadt bereitgestellt werden. Für die andere Hälfte sollen Sponsoren gewonnen werden.	93.000 davon LHP 46.500		Antragsteller: 46.500 EUR sind über die leicht erhöhten investiven Zuweisungen des Landes zu finanzieren		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt (GB 4)								
14	DIE LINKE	<p>Uferweg Speicherstadt</p> <p>Die notwendigen Planungskosten für den Bau des Uferwegs in der Speicherstadt sind konkret im Haushalt auszuweisen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Es ist vorgesehen, dass die Planung des Uferwegs in der Speicherstadt mit Mitteln des Geschäftsbereiches erfolgen soll. Um klare Voraussetzungen zu sichern, sollen die Planungskosten ausdrücklich im Haushalt ausgewiesen werden.</p>				siehe Vorschlag im Anhang	7/0/0	

1.7.6 Übersicht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

Angaben in EUR

Haushaltsplan (Entwurf)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2017-2020
Planung Ergebnishaushalt (Sachausgaben ohne Personalaufwand)	543.600 €	543.600 €	549.900 €	560.000 €	560.000 €	560.000 €	2.229.900 €
Invest-Eigenmittel	800.000 €	800.000 €	992.900 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	2.192.900 €
Invest-Fördermittel	167.100 €	406.299 €	0 €	1.200.000 €	1.200.000 €	0 €	2.400.000 €
geplantes Gesamtbudget	1.510.700 €	1.749.899 €	1.542.800 €	2.160.000 €	2.160.000 €	960.000 €	6.822.800 €

In 2016 konnten mit einem Budget von **1.749.899 EUR** u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

investiv:

- Neubau von Wegen oder deren grundhafte Erneuerung sowie Erweiterung des Fahrradparkens u.a.: 800.000 €
 Radweg Schlaatz - Drewitz
 Fahrradabstellanlage Bahnhof Charlottenhof
 Restmaßnahmen Uferweg Templiner See Seminaris

konsumtiv

- partielle Erneuerungen von Straßen und Wegen,
 Fahrbahnaufweitungen sowie Fahrbahnmarkierung,
 Anpassungen von Lichtsignalanlagen 450.000 €
 - Fahrbahnmarkierung, Anpassungen von Lichtsignalanlagen 55.000 €
 - Konzepte, Planungsleistungen und Öffentlichkeitsarbeit 38.600 €

In 2017 sollen mit einem Gesamtbudget von **1.542.800 EUR** folgende Maßnahme durchgeführt werden:

investiv:

- Neubau von Wegen oder deren grundhafte Erneuerung, darunter u.a. 992.900 €
 Uferweg Leipziger Straße Wasserwerk "Speicherstadt" (Planungsanpassungen) davon 40.000 €
 Fuß-/Radbrücke zwischen Potsdam und Werder (Planung)
 Radschnellverbindungen Stahnsdorf - Potsdam (Planung)
 Gangsteg Templiner Damm (1. Anteil gemäß Kostenteilung mit der DB)
 Fahrradabstellanlage Bahnhof Griebnitzsee

konsumtiv

- partielle Erneuerungen von Straßen und Wegen,
 Fahrbahnaufweitungen sowie Fahrbahnmarkierung,
 Anpassungen von Lichtsignalanlagen 511.300 €
 - Konzepte, Planungsleistungen und Öffentlichkeitsarbeit 38.600 €



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung einer Beleuchtung an der Sportanlage am Kahleberg einzuleiten und eine Realisierung in 2018 zu prüfen.

Begründung:

Die Sportanlage am Kahleberg ist eine der wenigen Sportstätten in Potsdam die von Vereinen, der breiten Öffentlichkeit sowie dem Oberstufenzentrum II genutzt wird. Der Sportplatz ist auf Platz 5 der Prioritätenliste des FB 21 und eine umfassende Sanierung mittelfristig nicht geplant. Im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam wurde der Vorschlag der Sanierung der Sportanlage am Kahleberg unter der Nummer 20 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen. Insgesamt 5.526 Potsdamerinnen und Potsdamern haben den Vorschlag bei der abschließenden Votierung unterstützt.

Finanzbedarf 2017:

5.000 Euro

Deckung 2017:

Erhöhung der investiven Auszahlungen (Gedeckt durch erhöhte investive Schlüsselzuweisungen in 2017).

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

E 3
1 1

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.16

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:

Erhöhung der Ansätze im Produkt 28401 für/um:

Fabrik	50.000 €
T-Werk	50.000 €
Waschhaus	35.000 €
Poetenpack	10.000 €
Fete de la Musique	10.000 €
Musik an der Erlöserkirche	5.000 €
Offener Kunstverein	5.000 €
Kunstverein Kunsthaus Potsdam	1.700 €
Bandprobenraum (einmalig investiv)	8.000 €
Gesamt:	174.700

Deckung 2017:

Die im Planentwurf des Haushaltes 2017 im Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) im Produkt 2840101 und hier im Konto 5318100 vorgesehene Pacht für das Freiland, in Höhe von ca. 56.000 Euro sind nicht erforderlich. Die damit freiwerdenden Mittel werden hier zur anteiligen Deckung verwendet.

Vor dem Hintergrund des IST-Ergebnisses des Jahresabschluss 2014: Mehrertrag beim Bußgeld im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (FB 32) hier Produktkonto: 1220400.4561100 Erhöhung um ca. 87.700 Euro.

Weitere 23.000 Euro sind im Budget des Fachbereich Kultur und Museum (FB 24) enthalten bzw. ggf. auszusteuern.

Bandprobenraum: Erhöhung der investiven Auszahlungen (Gedeckt durch erhöhte investive Schlüsselzuweisungen in 2017).

Begründung:

Ziel der Erhöhung der Mittelansätze für die genannten Träger ist eine Annäherung der Gehälter im Kulturbereich bei freien Trägern an die im öffentlichen Dienst bestehenden Vergütungen. Bei Musik an der Erlöserkirche, dem offenen Kunstverein und dem Kunstverein Kunsthaus Potsdam geht es auch um die Aufstockung bzw. Verstetigung von Teilzeitkräften.

Die Mittel für die Fete de la Musique sollen der Absicherung der Durchführung dienen.

Der im Bahnhof Golm entstehende Bandprobenraum ist Ersatz für einen im Zuge der Schulerweiterung in Bornim aufgegebenen Bandprobenraum. Die Zuwendung wird mit einer Zweckbindung (Bandprobenraum) versehen.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
- Ergänzungsantrag**
- Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: **Aufstellung der Plastik Weltkugel**

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sind die Voraussetzungen für die Aufstellung der Plastik „Weltkugel“ in der Neustädter Havelbucht im Jahr 2017 zu schaffen.

Dafür sind 93.000 Euro erforderlich.

Diese Summe ist hälftig von der Stadt bereitzustellen. Für die andere Hälfte der Summe sind Sponsoren zu gewinnen.

Deckungsquelle: 46.500 Euro sind über die leicht erhöhten investiven Zuweisungen des Landes zu finanzieren.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mehrfach für die Wiederaufstellung der Plastik „Transparente Weltkugel“ ausgesprochen, die ursprünglich vor der Stadt- und Landesbibliothek gestanden hat. Ziel ist es, die Plastik in diesem Jahr in der Neustädter Havelbucht aufzustellen. Die notwendige Finanzierung soll zu 50 Prozent von der Stadt bereitgestellt werden. Für die andere Hälfte sollen Sponsoren gewonnen werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Uferweg Speicherstadt

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die notwendigen Planungskosten für den Bau des Uferwegs in der Speicherstadt sind konkret im Haushalt auszuweisen.

Begründung:

Es ist vorgesehen, dass die Planung des Uferwegs in der Speicherstadt mit Mitteln des Geschäftsbereiches erfolgen soll. Um klare Voraussetzungen zu sichern, sollen die Planungskosten ausdrücklich im Haushalt ausgewiesen werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.3 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Fraktionen

Anträge einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Folgende Anträge könnten im Paket abgestimmt werden:

Prüfaufträge (P) und Haushaltsbegleitende Anträge (H) – lfd. Nr.:

- H 8 - Verbesserung IT an Schulen
- H 12 - IT-Ausstattung
- H 6 - Änderung Sportanlagen-Nutzungs- und Vergabeordnung der LHP
- P 1 - Sportanlage Templiner Straße
- H 1 - Förderung/Vertragsgestaltung Kultur und Soziales
- H 5 - Finanzierung Theater Poetenpack
- H 3 - Rechtsgutachten
- H 2 - Gehwege
- H 4 - Kinderspielplätze
- H 11 - WerkStadt für Beteiligung
- H 7 - Reduzierung KIS-Kreditsumme
- H 13 - Bessere Betreuungsqualität in den Kitas
- H 14 - Bessere Betreuungsqualität in den Kitas

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Prüfaufträge (P) und Haushaltsbegleitende (H) Anträge					
H 8	DIE LINKE	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Verbesserung IT an Schulen</p> <p>Schülerinnen und Schüler müssen heute auch digital lernen und arbeiten können. Dafür bedarf es der richtigen Angebote und Werkzeuge für gute Bildung im 21. Jahrhundert.</p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit modernen Angeboten die digitale Bildung an Potsdams Schulen zu verbessern.</p> <p>Potsdams Schulen brauchen neue Angebote für das digitale Lernen und eine angemessene technische und personelle Betreuung der Schulen. Hierfür sind die entsprechenden personellen und finanziellen Vorkehrungen im Haushalt 2018/2019 zu treffen.</p> <p>Dabei möge der Oberbürgermeister auch die organisatorische Zuständigkeit prüfen und optimieren, um so Organisation, Steuerung und IT-Einsatz zu vereinheitlichen. Potsdam braucht gemeinsame technische Standards und schrittweise einen einheitlichen Betrieb einer modernen digitalen Infrastruktur.</p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im November 2017 über den erreichten Stand in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die wachsende Zahl von Schulen und die stark angestiegene Nutzung moderner Medien im Unterricht erfordern den schrittweisen Ausbau der dafür erforderlichen Ressourcen.</p>		7/0/0	
H 12	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>haushaltsbegleitend - geänderte Fassung</p> <p>Es <u>wird angestrebt</u>, die im Investitionsplan für 2017 geplanten Mittel für IT-Ausstattung für die Folgejahre auf Grund einer unteretzten Bedarfsanalyse fortzuschreiben.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Mittel für IT-Ausstattung werden benötigt, um die längst überfälligen Maßnahmen zur Ertüchtigung und Modernisierung sowohl der zentralen Einrichtungen, als auch der verwaltungs- weiten technischen Ausstattung zu realisieren und die zahlreich benötigten Fachverfahren einzuführen bzw. anzupassen. Diese Aufgabe ist nicht im Jahr 2017 abgeschlossen und auch mit den in den Folgejahren sinkenden Mitteln zu finanzieren. Vielmehr handelt es sich um eine anspruchsvolle Aufgabe, insbesondere vor dem Hintergrund der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung etwa zum E-Government, die auch in den Jahren der Mittelfristplanung Investitionen mindestens in der Höhe, wie sie für 2017 geplant sind, erfordern.</p>		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Bildung und Sport (FB 21)					
H 6	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend Änderung Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam Streichung der Kostenpflichtigkeit der Nutzung von Flutlichtanlagen (Energiekosten) aus der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 15. August 2000, letzte Änderung 2012 aus Gründen der Gleichbehandlung der kostenfreien Nutzung von Sportanlagen für Vereine (Anpassung bzw. Streichung Punkt 6.12 der Ordnung) <u>Begründung:</u> In Potsdam können Vereine Sportstätten kostenfrei nutzen. Das ist eine wichtige Säule der Sportförderung der Landeshauptstadt. Abweichend davon werden Vereinen die Energiekosten für Flutlichtanlagen in Rechnung gestellt (Gründe, Höhe etc. siehe Kleine Anfrage (16/SVV/0488) Das ist eine Ungleichbehandlung, die abgeschafft werden soll. Außerdem steht der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Dafür muss die Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam kostenneutral überarbeitet und geändert werden.</p>		7/0/0	
P 1	SPD/ CDU/ANW	<p>Prüfauftrag Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen eines Förderprogramms der Kunstrasenplatz auf der Sportanlage an der Templiner Straße zeitnah saniert werden kann. <u>Begründung:</u> 1997 wurde der Kunstrasenplatz gebaut und ist seitdem nicht modernisiert worden. Er ist der älteste Kunstrasenplatz in Potsdam und zählt damit zu den ältesten Kunstrasenplätzen – in Nutzung – im Land Brandenburg. Im Zuge der Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung des FB 21 wurden für die anstehenden Herausforderungen im Bereich der Sportstätten drei Kategorien entwickelt. In der Kategorie I „Dringendster Handlungsbedarf“ hat die Sportanlage an der Templiner Straße die höchste Priorität erhalten. Insbesondere für den Landesstützpunkt Hockey sind die aktuellen Zustände eine Herausforderung.</p>		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Kultur und Museum (FB 24)					
H 1	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Die Landeshauptstadt Potsdam strebt bei der Förderung/Vertragsgestaltung in den Bereichen Kultur und Soziales mindestens zweijährige Laufzeiten an, die bei Erreichen von zuvor zu vereinbarenden Zielvorgaben nach Ablauf des ersten Jahres um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Dafür soll im Jahr 2017 geprüft werden, ob und für welche Träger das erfolgen kann. Das Ergebnis soll im Doppelhaushalt 2018/19 umgesetzt werden.</p> <p>Die Umsetzung steht unter Haushaltsvorbehalt 2018 ff.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Für die Träger von Projekten in den Bereichen Kultur und Soziales soll sich mit Beschlussfassung die Planungssicherheit perspektivisch erhöhen. Gleichzeitig kann die Verwaltung durch die konsequente Einführung von Zielvorgaben die Mittelverwendung besser steuern. Insbesondere Projekte, die einen größeren Zeitvorlauf benötigen, können so besser umgesetzt werden.</p>		7/0/0	
H 5	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Die Landeshauptstadt nimmt Gespräche mit der Stadt Magdeburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die Finanzierung des Theaters Poetenpack auf. Ziel sollte es sein, dass die öffentlichen Zuschüsse sich beidseitig erhöhen und nicht einseitig die Landeshauptstadt Potsdam von Jahr zu Jahr mehr Mittel bereitstellt.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Durch die Haushaltsbeschlüsse wurde die Förderung der Arbeit des Theaters Poetenpack durch die Landeshauptstadt Potsdam stetig erhöht. Das Theater Poetenpack ist jedoch nicht nur in der Landeshauptstadt Potsdam tätig. Wesentlicher Akteur ist ebenso die Stadt Magdeburg und das Land Sachsen-Anhalt. Hier sollten daher Gespräche aufgenommen werden, damit im Rahmen der Förderung kein Ungleichgewicht entsteht, sondern beispielsweise von Jahr zu Jahr die Fördermittelgeber wechselseitig ihre Förderung und deren Höhe überprüfen.</p>	siehe auch Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. E 12	7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Kinder, Jugend und Familie (FB 35)					
H 3	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Die Landeshauptstadt Potsdam lässt ein Rechtsgutachten erstellen, in dem geklärt wird, inwieweit das Land Brandenburg für die Beteiligung an den Kosten für Betreuungsmehraufwände in den Kindertagesstätten der LHP verantwortlich ist.</p> <p><u>Begründung:</u> Sowohl ein Gutachten der Bertelsmann-Stiftung als auch die Resonanz einer Elternpetition haben gezeigt, dass in Potsdam die vorgesehenen Betreuungszeiten wegen der überdurchschnittlich hohen Inanspruchnahme nicht in ausreichendem Maß gegenfinanziert sind. Daher kann es insbesondere in den Randzeiten zu Personalmangel kommen. Mit dem Gutachten soll auf den Landesgesetzgeber Einfluss genommen werden, die bestehenden Regelungen an die tatsächlichen Bedarfe anzupassen.</p>	<p>siehe auch Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE lfd. Nr. H 9</p> <p>neu Änderungsantrag SPD/DIE LINKE/CDU/ANW lfd. Nr. H 13</p>	7/0/0	

Ifd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt (GB 4)					
H 2	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Im GB 4 ist die Aufnahme folgender Gehwege in die Prioritätenliste zur Instandsetzung/Sanierung vorzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gehwegsanieerung betrifft die Straße „Auf dem Kiewitt“, Potsdam-West. 2. Gehwegsanieerung am Schlaatz 3. Gehwegvorstreckung „Haeckelstraße“, hier Zugang zum Schulkomplex, Haeckelstraße 74 4. Gehweg Lerchensteig: Flüchtlingsheim Zugang 1 Ost bis zur Haltestelle (vgl. Zusage MV 15/SVV/0507) <p>Zusätzlich: Die Errichtung der LSA Stahnsdorfer Str./August-Bebel-Str. ist in der Prioritätenliste vorzuziehen, die Erneuerung der LSA August-Bebel-Str./Großbeerenstr. erst danach zu planen</p> <p>Soweit die Anwohnerbefragungen über den Straßenausbau im Bereich des B-Planes 21 in Groß Glienicke zu einem abschlägigen Ergebnis führen, ist auf den Ausbau zu verzichten und sind die vorgesehenen Mittel zugunsten der o.g. Vorhaben einzusetzen.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Unterhaltung und Sanierung von Gehwegen weist einen Planungsrückstand auf. Häufig werden lediglich die aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht unabweislichen Maßnahmen durchgeführt. Die genannten Vorhaben sind dringlich und sollen daher in der weiteren Planung prioritär eingeordnet werden.</p> <p>LSA: Mit der Drucksache 16/SVV/0443 stellt die Verwaltung zwar einerseits die Erfordernis für die Installation einer signaltechnisch gesicherten Querungshilfe im Kreuzungsbereich August-Bebel-Straße/Stahnsdorfer Straße fest und empfiehlt die Einrichtung einer Fußgängersignalanlage. Bei dem kontinuierlicher Anstieg an Fußgängerquerungen in diesem Bereich würde damit das objektive Sicherheitsniveau und auch das Sicherheitsgefühl speziell von Kindern, Älteren und mobilitätseingeschränkten Personen erhöht. Andererseits wird aufgrund der fehlenden investiven Mittel in der Investitionsplanung 2015 bis 2019 die Errichtung erst mittelfristig für ab 2020 vorgeschlagen. Im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer ist hier eine Anpassung der Investitionsplanung angebracht, die im Haushalt entsprechend zu berücksichtigen ist.</p>		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
H 4	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Haushaltsreste des Ergebnishaushalts 2016 im GB 4 sind unter Beachtung von § 24 Abs. 1 KomHKV prioritär zusätzlich für den Unterhalt bzw. die Instandsetzung/Modernisierung von Kinderspielplätzen vorzusehen.</p> <p>Deckungskreise GB 4: Haushaltsreste unter Beachtung der einschlägigen Regelungen der Haushaltsatzung 2017, der KomHKV sowie des allgemein verbindlichen Haushaltsgrundsatzes des Haushaltsvorbehalts.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die geplanten Mittelansätze für Instandhaltung/Modernisierung und Neubau von Kinderspielplätzen reichen nicht aus, um den bestehenden Bedarf in vollem Umfang zu decken. Soweit sich im Haushalt des Geschäftsbereiches im Verlauf des Haushaltsjahres Ausgabenreste abzeichnen, weil Vorhaben nicht oder nicht zeitgerecht durchgeführt bzw. abgerechnet werden können, sind diese Mittel prioritär zugunsten von Kinderspielplätzen umzuschichten. Der Deckungskreis ist entsprechend auszubringen und darzustellen.</p>		7/0/0	
Oberbürgermeister GB 9					
H 11		<p>haushaltsbegleitend</p> <p>Anpassung des Budgets der WerkStadt für Beteiligung</p> <p>Auf Basis der Evaluationsergebnisse des DiFu und der Erkenntnisse aus der Modellprojektphase sollen die für eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung der WerkStadt für Beteiligung zusätzlich erforderlichen Ressourcen festgestellt werden. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sollen in der Haushaltsplanung 2018/19 berücksichtigt werden.</p> <p>Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2017 Bericht zu erstatten.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Schon beim Beschluss der Stadtverordneten zur Weiterführung des Projektes Büro für Bürgerbeteiligung jetzt WerkStadt für Beteiligung wurde deutlich, dass die WerkStadt für Beteiligung mit der Projektförderung der Modellphase nicht ausreichend finanziert ist. Die Vertreter*innen des Büros und des Trägers des Externen Teils, dem mitmachen e.V. trugen dies im zuständigen Hauptausschuss vor. Dies deckte sich auch mit der Einschätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DiFu), die das Modellprojekt evaluierte. In diesem Zusammenhang wurde durch die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und den externen Träger eine Kostenschätzung erarbeitet. Um die personell/zeitlichen und materiellen Bedarfe der Arbeit der WerkStadt zu decken, wären danach ca. 100.000,- EUR zusätzlich erforderlich. Mit der durchzuführenden Ressourcenanalyse soll diese Schätzung untersetzt werden, um die notwendigen Mittel zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe im kommenden Haushalt einplanen zu können.</p>		7/0/0	

Ifd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
GB übergreifend					
H 7	SPD/ CDU/ANW	<p>haushaltsbegleitend Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Sinne eines ausgewogenen und ausgeglichenen Haushalts, dafür Sorge zu tragen, dass die möglichen Mehreinnahmen in 2017 von ca. 10 Mio. EUR vollständig zur Reduzierung der KIS Kreditsumme vorzusehen sind.</p> <p><u>Begründung:</u> Die wachsende Stadt Potsdam hat zahlreiche Aufgaben zu erfüllen. Der Neubau und die Sanierung von Schulen, Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und andere Verkehrsprojekte sind nur einige davon. Eine solide finanzielle Basis ist unerlässlich um diesen Aufgaben jetzt und in Zukunft nachzukommen. Ziel muss es also auch sein, den städtischen Haushalt dauerhaft zu konsolidieren, und einer steigenden Pro-Kopf-Verschuldung entgegenzuwirken.</p>		7/0/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
H 13	Finanz- ausschuss	<p>haushaltsbegleitend Bessere Betreuungsqualität in den Kitas Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen. Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern. Dazu soll auch das Rechtsgutachten zu Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll. Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von 1.500.000 EUR jährlich einzuplanen. Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden. Zusätzlich sind im Rahmen des Haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 EUR bereitzustellen. Der OBM wird aufgefordert, einmal im Quartal über den erreichten Stand zu informieren. <u>Begründung:</u> Die Finanzierung der tatsächlichen Betreuungssituation soll nicht allein vom ungewissen Ausgang einer rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Land abhängen. Gleichermaßen ist die finanzielle Vorsorge zu treffen, dass das obere Ziel unseres Handelns - das Wohl der Kinder- jederzeit erreicht werden kann.</p>	<p>Zusammenfassung der Anträge E 18 SPD/CDU/ANW und Antrag H 9 DIE LINKE, Jugendhilfeausschuss</p> <p>unter Beachtung der Einhaltung des FB/GB-Budgets gem. § 7 Nr. 3 Entwurf der Haushaltssatzung 2017</p>	7/0/0	
H 9	DIE LINKE	<p>haushaltsbegleitend Bessere Betreuungsqualität in den Kitas Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächliche Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen. Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern. Dazu soll auch das Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll. Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von ca. 4.000.000 EUR 1.500.000 EUR jährlich einzuplanen. Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden. <i>Zusätzlich sind im Rahmen des Haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 EUR bereitzustellen. - Abstimmung in der Fassung des Jugendhilfeausschusses</i> Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einmal im Quartal im Jugendhilfeausschuss über den erreichten Stand zu informieren. <u>Begründung:</u> Die Personalsituation in den Potsdamer Kitas muss dringend und unverzüglich verbessert werden. Die Stadt soll deshalb den erforderlichen Eigenanteil bei der Personalfinanzierung auch unabhängig von zusätzlichen Landesmitteln aufbringen. In Abhängigkeit vom Ergebnis des Rechtsgutachtens sind ggf. weitergehende Vorkehrungen mit der Haushaltsplanung 2018/19 zu treffen.</p>	<p>Änderungsantrag Fraktionen SPD/ CDU/ANW lfd. Nr. H 3</p> <p>neu Finanzausschuss lfd. Nr. H 13</p>		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
H 14	SPD CDU/ANW	<p>neuer Antrag haushaltsbegleitend Bessere Betreuungsqualität in den Kitas</p> <p>Soweit sich im Ergebnis des einzuholenden Rechtsgutachtens oder andere Sachverhalte abzeichnet, dass durch das Land keine zusätzliche Kostenbeteiligung zur Finanzierung des tatsächlichen Betreuungsschlüssel eintritt, wird der Oberbürgermeister beauftragt im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/19 jeweils 1,5 Millionen Euro zusätzlich für die weitere Verbesserung der Kita-Qualität einzustellen.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Finanzierung der tatsächlichen Betreuungssituation soll nicht alleinig vom ungewissen Ausgang einer rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Land abhängen. Gleichmaßen ist die finanzielle Vorsorge zu treffen, dass das obere Ziel unseres Handelns - das Wohl der Kinder- jederzeit erreicht werden kann.</p>		jährlich 1,5 Mio.	neu Finanzausschuss lfd. Nr. H 13		7/0/0	
	Jugendhilfeausschuss	<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen.</p> <p>Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern.</p> <p>Dazu soll auch das Rechtsgutachten zu Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll.</p> <p>Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von 1.500.000 EUR jährlich einzuplanen.</p> <p>Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden. Zusätzlich sind im Rahmen des haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 EUR bereitzustellen.</p> <p>Der OBM wird aufgefordert, einmal im Quartal über den erreichten Stand zu informieren.</p>	500.000			neu Finanzausschuss lfd. Nr. H 13		

H 8



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Verbesserung IT an Schulen
- haushaltsbegleitender Beschluss -

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Schülerinnen und Schüler müssen heute auch digital lernen und arbeiten können. Dafür bedarf es der richtigen Angebote und Werkzeuge für gute Bildung im 21. Jahrhundert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit modernen Angeboten die digitale Bildung an Potsdams Schulen zu verbessern.

Potsdams Schulen brauchen neue Angebote für das digitale Lernen und eine angemessene technische und personelle Betreuung der Schulen.

Hierfür sind die entsprechenden personellen und finanziellen Vorkehrungen im Haushalt 2018/2019 zu treffen.

Dabei möge der Oberbürgermeister auch die organisatorische Zuständigkeit prüfen und optimieren, um so Organisation, Steuerung und IT-Einsatz zu vereinheitlichen.

Potsdam braucht gemeinsame technische Standards und schrittweise einen einheitlichen Betrieb einer modernen digitalen Infrastruktur.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im November 2017 über den erreichten Stand in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Begründung:

Die wachsende Zahl von Schulen und die stark angestiegene Nutzung moderner Medien im Unterricht erfordern den schrittweisen Ausbau der dafür erforderlichen Ressourcen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

H 6



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017/ Änderung Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	SVV		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Streichung der Kostenpflichtigkeit der Nutzung von Flutlichtanlagen (Energiekosten) aus der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 15. August 2000, letzte Änderung 2012, aus Gründen der Gleichbehandlung bei der kostenfreien Nutzung von Sportanlagen für Vereine (Anpassung bzw. Streichung Punkt 6.12 der Ordnung).

Begründung:

In Potsdam können Vereine Sportstätten kostenfrei nutzen. Das ist eine wichtige Säule der Sportförderung der Landeshauptstadt. Abweichend davon werden Vereinen die Energiekosten für Flutlichtanlagen in Rechnung gestellt (Gründe, Höhe etc. siehe Kleine Anfrage (16/SVV/0488) Das ist eine Ungleichbehandlung, die abgeschafft werden soll. Außerdem steht der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Einnahmen.

Dafür muss die Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam kostenneutral überarbeitet und geändert werden.

Unterschrift

PA



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum _____

Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen eines Förderprogramms der Kunstrasenplatz auf der Sportanlage an der Templiner Straße zeitnah saniert werden kann.

Begründung:

1997 wurde der Kunstrasenplatz gebaut und ist seitdem nicht modernisiert worden. Er ist der älteste Kunstrasenplatz in Potsdam und zählt damit zu den ältesten Kunstrasenplätzen – in Nutzung – im Land Brandenburg. Im Zuge der Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung des FB 21 wurden für die anstehenden Herausforderungen im Bereich der Sportstätten drei Kategorien entwickelt. In der Kategorie I „Dringendster Handlungsbedarf“ hat die Sportanlage an der Templiner Straße die höchste Priorität erhalten. Insbesondere für den Landesstützpunkt Hockey sind die aktuellen Zustände eine Herausforderung.

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.17

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Ergänzungsvorschlag:

Die Landeshauptstadt Potsdam strebt bei der Förderung/Vertragsgestaltung in den Bereichen Kultur und Soziales mindestens zweijährige Laufzeiten an, die bei Erreichen von zuvor zu vereinbarenden Zielvorgaben nach Ablauf des ersten Jahres um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Dafür soll im Jahr 2017 geprüft werden, ob und für welche Träger das erfolgen kann. Das Ergebnis soll im Doppelhaushalt 2018/19 umgesetzt werden.

Deckung 2017:

Die Umsetzung steht unter Haushaltsvorbehalt 2018 ff.

Begründung:

Für die Träger von Projekten in den Bereichen Kultur und Soziales soll sich mit Beschlussfassung die Planungssicherheit perspektivisch erhöhen. Gleichzeitig kann die Verwaltung durch die konsequente Einführung von Zielvorgaben die Mittelverwendung besser steuern. Insbesondere Projekte, die einen größeren Zeitvorlauf benötigen, können so besser umgesetzt werden.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 – Begleitbeschluss Poetenpack

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Ergänzungsvorschlag:

Die Landeshauptstadt nimmt Gespräche mit der Stadt Magdeburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die Finanzierung des Theaters Poetenpack auf. Ziel sollte es sein, dass die öffentlichen Zuschüsse sich beidseitig erhöhen und nicht einseitig die Landeshauptstadt Potsdam von Jahr zu Jahr mehr Mittel bereitstellt.

Begründung:

Durch die Haushaltsbeschlüsse wurde die Förderung der Arbeit des Theaters Poetenpack durch die Landeshauptstadt Potsdam stetig erhöht. Das Theater Poetenpack ist jedoch nicht nur in der Landeshauptstadt Potsdam tätig. Wesentlicher Akteur ist ebenso die Stadt Magdeburg und das Land Sachsen-Anhalt. Hier sollten daher Gespräche aufgenommen werden, damit im Rahmen der Förderung kein Ungleichgewicht entsteht, sondern beispielsweise von Jahr zu Jahr die Fördermittelgeber wechselseitig ihre Förderung und deren Höhe überprüfen.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.17

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Ergänzungsvorschlag:

Die Landeshauptstadt Potsdam lässt ein Rechtsgutachten erstellen, in dem geklärt wird, inwieweit das Land Brandenburg für die Beteiligung an den Kosten für Betreuungsmehraufwände in den Kindertagesstätten der LHP verantwortlich ist.

Deckung 2017:

Produktkonto Gutachten FB 93.

Begründung:

Sowohl ein Gutachten der Bertelsmann-Stiftung als auch die Resonanz einer Elternpetition haben gezeigt, dass in Potsdam die vorgesehenen Betreuungszeiten wegen der überdurchschnittlich hohen Inanspruchnahme nicht in ausreichendem Maß gegenfinanziert sind. Daher kann es insbesondere in den Randzeiten zu Personalmangel kommen. Mit dem Gutachten soll auf den Landesgesetzgeber Einfluss genommen werden, die bestehenden Regelungen an die tatsächlichen Bedarfe anzupassen.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 09.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Ergänzungsvorschlag:

Im GB 4 ist die Aufnahme folgender Gehwege in die Prioritätenliste zur Instandsetzung/Sanierung vorzunehmen:

1. Gehwegsanierung betrifft die Straße „Auf dem Kiewitt“, Potsdam-West.
2. Gehwegsanierung am Schlaatz
3. Gehwegvorstreckung „Haeckelstraße“, hier Zugang zum Schulkomplex, Haeckelstraße 74
4. Gehweg Lerchensteig: Flüchtlingsheim Zugang 1 Ost bis zur Haltestelle (vgl. Zusage MV 15/SVV/0507)

Zusätzlich:

Die Errichtung der LSA Stahnsdorfer Str./August-Bebel-Str. ist in der Prioritätenliste vorzuziehen, die Erneuerung der LSA August-Bebel-Str./Großbeerenstr. erst danach zu planen

Deckung 2017:

Soweit die Anwohnerbefragungen über den Straßenausbau im Bereich des B-Planes 21 in Groß Glienicke zu einem abschlägigen Ergebnis führen, ist auf den Ausbau zu verzichten und sind die vorgesehenen Mittel zugunsten der o.g. Vorhaben einzusetzen.

Begründung:

Die Unterhaltung und Sanierung von Gehwegen weist einen Planungsrückstand auf. Häufig werden lediglich die aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht unabweislichen Maßnahmen durchgeführt. Die genannten Vorhaben sind dringlich und sollen daher in der weiteren Planung prioritär eingeordnet werden.

LSA: Mit der Drucksache 16/SVV/0443 stellt die Verwaltung zwar einerseits die Erfordernis für die Installation einer signaltechnisch gesicherten Querungshilfe im Kreuzungsbereich August-Bebel-Straße/Stahnsdorfer Straße fest und empfiehlt die Einrichtung einer Fußgängersignalanlage.

Bei dem kontinuierlicher Anstieg an Fußgängerquerungen in diesem Bereich würde damit das objektive Sicherheitsniveau und auch das Sicherheitsgefühl speziell von Kindern, Älteren und mobilitätseingeschränkten Personen erhöht. Andererseits wird aufgrund der fehlenden investiven Mittel in der Investitionsplanung 2015 bis 2019 die Errichtung erst mittelfristig für ab 2020 vorgeschlagen. Im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer ist hier eine Anpassung der Investitionsplanung angebracht, die im Haushalt entsprechend zu berücksichtigen ist.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Ergänzungsvorschlag:

Haushaltsreste des Ergebnishaushalts 2016 im GB 4 sind unter Beachtung von § 24 Abs. 1 KomHKV prioritär zusätzlich für den Unterhalt bzw. die Instandsetzung/Modernisierung von Kinderspielplätzen vorzusehen.

Deckung 2017:

Deckungskreise GB 4: Haushaltsreste unter Beachtung der einschlägigen Regelungen der Haushaltssatzung 2017, der KomHKV sowie des allgemein verbindlichen Haushaltsgrundsatzes des Haushaltsvorbehalts.

Begründung:

Die geplanten Mittelansätze für Instandhaltung/Modernisierung und Neubau von Kinderspielplätzen reichen nicht aus, um den bestehenden Bedarf in vollem Umfang zu decken. Soweit sich im Haushalt des Geschäftsbereiches im Verlauf des Haushaltsjahres Ausgabenreste abzeichnen, weil Vorhaben nicht oder nicht zeitgerecht durchgeführt bzw. abgerechnet werden können, sind diese Mittel prioritär zugunsten von Kinderspielplätzen umzuschichten. Der Deckungskreis ist entsprechend auszubringen und darzustellen.

Unterschrift

11



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Anpassung des Budgets der WerkStadt für Beteiligung
- haushaltsbegleitender Beschluss -

Erstellungsdatum 14.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Auf Basis der Evaluationsergebnisse des DifU und der Erkenntnisse aus der Modellprojektphase sollen die für eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung der WerkStadt für Beteiligung zusätzlich erforderlichen Ressourcen festgestellt werden. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sollen in der Haushaltsplanung 2018/19 berücksichtigt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2017 Bericht zu erstatten.

Begründung:

Schon beim Beschluss der Stadtverordneten zur Weiterführung des Projektes Büro für Bürgerbeteiligung jetzt WerkStadt für Beteiligung wurde deutlich, dass die WerkStadt für Beteiligung mit der Projektförderung der Modellphase nicht ausreichend finanziert ist. Die Vertreter*innen des Büros und des Trägers des Externen Teils, dem mitmachen e.V. trugen dies im zuständigen Hauptausschuss vor. Dies deckte sich auch mit der Einschätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DiFu), die das Modellprojekt evaluierte. In diesem Zusammenhang wurde durch die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und den externen Träger eine Kostenschätzung erarbeitet. Um die personell/zeitlichen und materiellen Bedarfe der Arbeit der WerkStadt zu decken, wären danach ca. 100.000,- € zusätzlich erforderlich. Mit der durchzuführenden Ressourcenanalyse soll diese Schätzung untersetzt werden, um die notwendigen Mittel zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe im kommenden Haushalt einplanen zu können.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

H 7



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Betreff: Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Sinne eines ausgewogenen und ausgeglichenen Haushalts, dafür Sorge zu tragen, dass die Mehreinnahmen in 2017 von ca. 10 Mio. Euro vollständig zur Reduzierung der KIS Kreditsumme vorzusehen sind.

Begründung:

Die wachsende Stadt Potsdam hat zahlreiche Aufgaben zu erfüllen. Der Neubau und die Sanierung von Schulen, Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und andere Verkehrsprojekte sind nur einige davon. Eine solide finanzielle Basis ist unerlässlich um diesen Aufgaben jetzt und in Zukunft nachzukommen. Ziel muss es also auch sein, den städtischen Haushalt dauerhaft zu konsolidieren, und einer steigenden Pro-Kopf-Verschuldung entgegenzuwirken.

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Bessere Betreuungsqualität in den Kitas
- haushaltsbegleitender Beschluss -

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen.

Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern.

Dazu soll auch das Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll.

Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von ca. 1.000.000 Euro jährlich einzuplanen. Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einmal im Quartal im Jugendhilfeausschuss über den erreichten Stand zu informieren.

Begründung:

Die Personalsituation in den Potsdamer Kitas muss dringend und unverzüglich verbessert werden. Die Stadt soll deshalb den erforderlichen Eigenanteil bei der Personalfinanzierung auch unabhängig von zusätzlichen Landesmitteln aufbringen. In Abhängigkeit vom Ergebnis des Rechtsgutachtens sind ggf. weitergehende Vorkehrungen mit der Haushaltsplanung 2018/19 zu treffen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.4 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Fraktionen

Anträge mehrheitlich angenommen im Finanzausschuss

Über folgenden Antrag kann abgestimmt werden:

Ergebnishaushalt (E) – lfd. Nr.:

- E 18 – Mobilitätsberatung und Informationskampagnen zu Alternativangeboten im Stadt-Umland-Verkehr

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
E 18	Bündnis 90/ Die Grünen	In den Haushaltsplan werden im Produkt Umweltschutzmaßnahmen (56100) zusätzlich Mittel in Höhe von 60.000 EUR für die Umsetzung der mit dem Luftreinhalteplan beschlossenen Maßnahmen Mobilitätsberatung und Informationskampagne zu Alternativangeboten im Stadt-Umland-Verkehr eingestellt. Im Produkt Klimaschutzmaßnahmen (56101) werden zusätzlich Mittel in Höhe von 40.000 EUR eingestellt für die Evaluation der Schadstoffbelastung insbesondere in Straßen mit hoher Verkehrsbelastung.	100.000		Verwarnungs- und Bußgelder 1220400.4561100		6/0/1	
E 16	Bündnis 90/ Die Grünen	Im Haushaltsplan für 2017, Produkte 56100 und 56101- Maßnahmen für Klimaschutz und Maßnahmen für Umweltschutz - werden die Ansätze global auf jeweils 2.000.000 EUR verstärkt. <u>Begründung:</u> Die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel für Klimaschutz- und Umweltschutzmaßnahmen werden gegenüber dem Ansatz für 2016 um etwa 5 % reduziert, obwohl die Zuweisungen um 88 % steigen. Das führt dazu, dass der Anteil der Ausgaben für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen im Jahr 2017 einen Anteil von gerade 0,3 % an den Ausgaben der LH Potsdam ausmachen. Das ist angesichts der zahlreichen, in Konzepten der LH Potsdam beschriebenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zur Verkehrsentwicklung, zur Stadtentwicklung usw. nicht hinnehmbar. Die vorgeschlagene Verstärkung soll der Umsetzung der längst überfälligen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz dienen. Der Anteil der Ausgaben für Klima- und Umweltschutz ist in den Folgejahren weiter zu verstärken und soll mittelfristig einen Anteil von 3 % der Gesamtausgaben	2.207.500		Zur Deckung des höheren Finanzbedarfs sind die Zunahmen bei den Sach- und Dienstleistungen in allen Produkten mit Ausnahme des Produktbereichs soziale Hilfen auf 15 % gegenüber dem Vorjahr zu beschränken.	zurückgezogen neuer Antrag (siehe E 18)		

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
		<p><u>Begründung für den Deckungsvorschlag:</u> Insgesamt steigt der Ansatz für den Sachkontenbereich Sach- und Dienstleistungen um etwa 18 % gegenüber dem Jahr 2016, obgleich aus den Jahresabschlüssen ersichtlich ist, dass die geplanten Kosten jeweils erheblich über den tatsächlichen Ausgaben gelegen haben. Eine Kappung des geplanten Zuwachses auf 15 % gegenüber den Ansätzen für 2016 (die schon erheblich über den Ist-Zahlen für die zurückliegenden Jahren liegen) scheint insoweit vertretbar. Das führt dazu, dass die Ansätze in allen Produkten, in denen ein größerer Zuwachs, als die 15 % vorgesehen ist, dieser Zuwachs auf 15 % beschränkt wird. Dabei soll der Bereich soziale Hilfen ausgenommen werden, in dem der Zuwachs insbesondere wegen der höheren Lasten für die Unterbringung von Flüchtlingen nachvollziehbar ist. Die vorgeschlagene Kappung des Zuwachses führt zu geringeren Planansätzen in Höhe von 2.520.000 EUR, reicht also aus, um die vorgeschlagene Verstärkung der Ausgaben für Klima- und Umweltschutz zu decken.</p>						



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 20.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkte 56100 und 56101- Maßnahmen für Klimaschutz und Maßnahmen für Umweltschutz - werden die Ansätze global auf jeweils 2.000.000 € verstärkt. für.

Begründung:

Die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel für Klimaschutz- und Umweltschutzmaßnahmen werden gegenüber dem Ansatz für 2016 um etwa 5 % reduziert, obwohl die Zuweisungen um 88 % steigen. Das führt dazu, dass der Anteil der Ausgaben für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen im Jahr 2017 einen Anteil von gerade 0,3 % an den Ausgaben der LH Potsdam ausmachen. Das ist angesichts der zahlreichen, in Konzepten der LH Potsdam beschriebenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zur Verkehrsentwicklung, zur Stadtentwicklung usw. nicht hinnehmbar. Die vorgeschlagene Verstärkung soll der Umsetzung der längst überfälligen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz dienen. Der Anteil der Ausgaben für Klima- und Umweltschutz ist in den Folgejahren weiter zu verstärken und soll mittelfristig einen Anteil von 3 % der Gesamtausgaben erreichen.

Finanzbedarf 2017: 2.207.500 €

Deckung 2017:

Zur Deckung des höheren Finanzbedarfs sind die Zunahmen bei den Sach- und Dienstleistungen in allen Produkten mit Ausnahme des Produktbereichs soziale Hilfen auf 15 % gegenüber dem Vorjahr zu beschränken. Insgesamt steigt der Ansatz für den Sachkontenbereich Sach- und Dienstleistungen um etwa 18 % gegenüber dem Jahr 2016, obgleich aus den Jahresabschlüssen ersichtlich ist, dass die geplanten Kosten jeweils erheblich über den tatsächlichen Ausgaben gelegen haben. Eine Kappung des geplanten Zuwachses auf 15 % gegenüber den Ansätzen für 2016 (die schon erheblich über den Ist-Zahlen für die zurückliegenden Jahren liegen) scheint insoweit vertretbar. Das führt dazu, dass die Ansätze in allen Produkten, in denen ein größerer Zuwachs, als die 15 % vorgesehen ist, dieser Zuwachs auf 15 % beschränkt wird. Dabei soll der Bereich soziale Hilfen ausgenommen werden, in dem der Zuwachs insbesondere wegen der höheren Lasten für die Unterbringung von Flüchtlingen nachvollziehbar ist. Die vorgeschlagene Kappung des Zuwachses führt zu geringeren Planansätzen in Höhe von 2.520.000 €, reicht also aus, um die vorgeschlagene Verstärkung der Ausgaben für Klima- und Umweltschutz zu decken.

Unterschrift

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.5 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Fraktionen

Anträge abgelehnt bzw. zurückgezogen im Finanzausschuss

Folgende Anträge können abgestimmt werden:

Ergebnishaushalt (E) – lfd. Nr.:

- E 15 - Produkt 55400 – Untere Naturschutzbehörde
- E 9 - Kurzstreckenticket

Haushaltsbegleitende Anträge (H) – lfd. Nr.:

- H 10 - Abfahrt Zentrum Ost

Zukunftsprogramm (ZP) – lfd. Nr.:

- ZP 2 - Rücknahme der Kürzungen beim ÖPNV

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017
Anträge abgelehnt bzw. zurückgezogen im Finanzausschuss
Stand: 23.02.2017

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt (GB 4)								
E 15	Bündnis 90/ Die Grünen	Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 55400 – UNB - wird der Ansatz für Planstellen statt der geplanten 8,53 VZE auf 10 VZE verstärkt. <u>Begründung:</u> Die Aufgaben der UNB können bislang nicht in der erforderlichen Zeit realisiert werden. Dies betrifft auch die Bearbeitung von Fällgenehmigungen, die gebotene Nachschau zur Sicherstellung von Ersatzmaßnahmen und Weitere.			Reduzierung der Stellenanzahl im Produkt 11123 – Zentrale Dienste um die entsprechende Stellenzahl (1,47 VZE). Der Bereich Zentrale Dienste scheint überdurchschnittlich mit Personal ausgestattet – insbesondere unter Berücksichtigung der Aufgaben, die diesem Produkt zugeordnet sind. Es verbleiben für diese Aufgaben 45,83 VZE, das sind noch immer mehr, als für 2016 geplant waren.	in FB 15 kein Stellenzuwachs Der zusätzliche Stellenbedarf von einer Vollzeitstelle in der UNB wurde für die Haushaltsanmeldung 2017 berücksichtigt. Begründet wurde dieser Mehrbedarf mit dem Wachstum der Stadt und den damit verbundenen höheren Antragszahlen in diesem Themenbereich. Eine angemeldete Stelle findet sich auch in der Prioritätenliste des GB 4, auf der Position 5 wieder. Für die eine Personalstelle wird eine Deckung aus einem anderen Geschäftsbereich als nicht erforderlich angesehen. Für die weitere 0,47 VZE gibt es keine Deckungsmöglichkeiten innerhalb des GB 4. Insoweit im Haushalt vorgesehen.	unter der Bedingung einer zusätzlichen Planstelle zurückgezogen nach Erklärung zum Protokoll eine Stelle enthalten	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Oberbürgermeister (GB 9)								
E 9	DIE LINKE	Kurzstreckenticket Bei einer Rücknahme der Reduzierung der Anzahl der Stationen, die mit dem Kurzstreckenticket im ÖPNV gefahren werden können, sind erforderlichenfalls städtische Haushaltsmittel bereitzustellen.	ohne Quantifizierung				2/5/0	

lfd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Prüfaufträge (P) und Haushaltsbegleitende (H) Anträge					
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt (GB 4)					
H 10	DIE LINKE	haushaltsbegleitend Abfahrt Zentrum Ost Sollte sich die Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage des vorliegenden Antrages dafür entscheiden, dass die Abfahrt Zentrum Ost wieder zu öffnen ist, werden die notwendigen Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.		2/5/0	

Ifd. Nr.	Fraktion	Inhalt	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzaus- schuss	Beschluss SVV
Zukunftsprogramm 2020					
Oberbürgermeister (GB 9)					
ZP 2	DIE aNDERE	<p>Rücknahme der Kürzungen beim ÖPNV Die in der DS 16/SVV/0797 (Zukunftsprogramm 2020) in Tabelle 2 als Maßnahme GB9-02 enthaltene Maßnahme Reduzierung der Zuschüsse für den ÖPNV (Fortschreibung) wird gestrichen. Die Mehrkosten i.H. von 500.000 EUR sollen aus erhöhten Zuwendungen des Landes gedeckt werden. <u>Begründung:</u> Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine wachsende Stadt mit enormem Investitionsbedarf in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Seit Jahren überschreitet die LHP die gesetzlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe. Zur Lösung der enormen Verkehrsprobleme hat die Stadtverordnetenversammlung das Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen und sich für das Szenario "Nachhaltige Mobilität" entschieden. Die Planungen sind nur umsetzbar, wenn der ÖPNV bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann. In den letzten Jahren haben sich immer wieder Lücken im Tram- und Busnetz gezeigt. Eine Kürzung des städtischen Zuschusses für den ÖPNV erscheint daher falsch.</p>		0/5/2	

E15



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

Erstellungsdatum 20.01.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
Gremium		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Haushaltsplan für 2017, Produkt 55400 – UNB - wird der Ansatz für Planstellen statt der geplanten 8,53 VZE auf 10 VZE verstärkt.

Begründung:

Die Aufgaben der UNB können bislang nicht in der erforderlichen Zeit realisiert werden. Dies betrifft auch die Bearbeitung von Fällgenehmigungen, die gebotene Nachschau zur Sicherstellung von Ersatzmaßnahmen und Weitere.

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Reduzierung der Stellenanzahl im Produkt 11123 – Zentrale Dienste um die entsprechende Stellenzahl (1,47 VZE). Der Bereich Zentrale Dienste scheint überdurchschnittlich mit Personal ausgestattet – insbesondere unter Berücksichtigung der Aufgaben, die diesem Produkt zugeordnet sind. Es verbleiben für diese Aufgaben 45,83 VZE, das sind noch immer mehr, als für 2016 geplant waren.

Unterschrift

E 9



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Kurzstreckenticket

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Bei einer Rücknahme der Reduzierung der Anzahl der Stationen, die mit dem Kurzstreckenticket im ÖPNV gefahren werden können, sind erforderlichenfalls städtische Haushaltsmittel bereitzustellen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Hier: Abfahrt Zentrum Ost
- haushaltsbegleitender Beschluss -

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.02.2017	Finanzausschuss	x	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sollte sich die Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage des vorliegenden Antrages dafür entscheiden, dass die Abfahrt Zentrum Ost wieder zu öffnen ist, werden die notwendigen Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0797

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE ANDERE

Betreff: Rücknahme der Kürzungen beim ÖPNV

Erstellungsdatum 25.02.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die in der Ds 16/SVV/0797 (Zukunftsprogramm 2020) in Tabelle 2 als Maßnahme GB9-02 enthaltene Maßnahme

Reduzierung der Zuschüsse für den ÖPNV (Fortschreibung)

wird gestrichen.

Die Mehrkosten i.H. von 500.000,00 € sollen aus erhöhten Zuwendungen des Landes gedeckt werden.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine wachsende Stadt mit enormem Investitionsbedarf in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Seit Jahren überschreitet die LHP die gesetzlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe. Zur Lösung der enormen Verkehrsprobleme hat die Stadtverordnetenversammlung das Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen und sich für das Szenario „Nachhaltige Mobilität“ entschieden. Die Planungen sind nur umsetzbar, wenn der ÖPNV bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann. In den letzten Jahren haben sich immer wieder Lücken im Tram- und Busnetz gezeigt. Eine Kürzung des städtischen Zuschusses für den ÖPNV erscheint daher falsch.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

2.6 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 – Ortsbeirat Grube

Anträge abgelehnt und zurückgezogen im Finanzausschuss

Folgende Anträge können abgestimmt werden:

Investitionen (I) – lfd. Nr.:

- I 5 – Ausbau Feldweg zwischen Friedhof und der Ortslage Schlänitzsee
- I 6 – Neubau des Nattwerder Weg
- I 7 – Neubau/Schaffung eines Radweges entlang der Mitschurinstraße in Bornim

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017

Anträge abgelehnt im Finanzausschuss

Einreicher: **Ortsbeirat Grube**

lfd. Nr.	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
Investitionen (I)							
15	Ausbau Feldweg zwischen Friedhof und der Ortslage Schlänitzsee Neubau der Anlage im Tiefeinbau (Recycling entfernen einschl. Entsorgung, Tragschicht und Asphalteinbau). Siehe Beschluss DS-Nr.: 16/OBR/0029 vom 15.03.2016					0/4/3	
16	Neubau des Nattwerder Weges Neubau der Anlage im Tiefeinbau (Platten entfernen einschl. Entsorgung, Tragschicht und Asphalteinbau) 156.000,00 EUR. Siehe Beschluss DS-Nr.: 10/OBR/0163 Siehe Sachstand/ Realisierung vom 30.09.2010	156.000				0/4/3	
17	Neubau/ Schaffung eines Radweges entlang der Mitschurinstraße in Bornim, Lückenschluß Neubau/ Schaffung der Anlage entlang der Mitschurinstraße in Bornim. Lückenschluss zwischen den bestehenden Radwegen B273 Bornim/ Kirche und dem Radweg entlang der L902 Golmer Chaussee. Radverkehrskonzept der LHP. Schulwegsicherung Nutzer der Sport- und Fußballplätze SG Bornim Radfahrer/ Pendler zum Campus/ Wissenschaftsstandort Golm				keine Abstimmung/ Empfehlung: Behandlung im Rahmen des Radverkehrskonzepts		



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

15

Einreicher: OBR-Grube

Betreff: Aufnahme als Investitionsmaßnahme in den HHP 2017
54100 Gemeindestraßen
Investitionsmaßnahme
Ausbau Feldweg zwischen Friedhof und der Ortslage Schlänitzsee

Erstellungsdatum: 16.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.01.2017	OBR		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Neubau der Anlage im Tiefeinbau (Recycling entfernen einschl. Entsorgung, Tragschicht und Asphalteinbau).

Siehe Beschluss DS-Nr.: 16/OBR/0029 vom 15.03.2016

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Unterschrift
Gutschmidt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
- Ergänzungsantrag**
- Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: OBR-Grube

Betreff: Aufnahme als Investitionsmaßnahme in den HHP 2017
54100 Gemeindestraßen
Investitionsmaßnahme
Neubau des Nattwerder Weges

Erstellungsdatum 16.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.01.2017	OBR		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Neubau der Anlage im Tiefeinbau (Platten entfernen einschl. Entsorgung, Tragschicht und Asphalteinbau) 156000,00 €.

Siehe Beschluss DS-Nr.: 10/OBR/0163

Siehe Sachstand/ Realisierung vom 30.09.2010

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Unterschrift
Gutschmidt

- Änderungsantrag**
- Ergänzungsantrag**
- Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0801

öffentlich

Einreicher: OBR-Grube

Betreff: Aufnahme als Investitionsmaßnahme in den HHP 2017
54100 Gemeindestraßen
Investitionsmaßnahme
Neubau/ Schaffung eines Radweges entlang der Mitschurinstraße in Bornim,
Lückenschluß

Erstellungsdatum 16.01.2017
Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.01.2017	OBR		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Neubau/ Schaffung der Anlage entlang der Mitschurinstraße in Bornim.
Lückenschluss zwischen den bestehenden Radwegen B273 Bornim/ Kirche und dem Radweg entlang der L902 Golmer Chaussee.
Radverkehrskonzept der LHP.
Schulwegsicherung
Nutzer der Sport/- und Fußballplätze SG Bornim
Radfahrer/ Pendler zum Campus/ Wissenschaftsstandort Golm

Finanzbedarf 2017:

Deckung 2017:

Unterschrift
Gutschmidt

Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2017

4.1 Änderungsanträge zum Wirtschaftsplan KIS 2017

Antrag einstimmig angenommen im Finanzausschuss

Folgender Antrag kann abgestimmt werden:

- Sanierung der Kinder- und Jugendclubs

Änderungsanträge zum Wirtschaftsplan KIS 2017

Stand: 23.02.2017

Einreicher: **Jugendhilfeausschuss**

lfd. Nr.	Inhalt	Finanzielle Auswirkungen 2017 in EUR	Finanzielle Auswirkungen mittelfristige Planung in EUR	Deckungsvorschlag	Ergebnis Finanzausschuss Verweise	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV
KIS Wirtschaftsplan begleitend							
	neue Fassung Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushalt Entwurfs 2018/2019 und der Mittelfristplanung den zu ermittelnden Bedarf zur Sanierung der Kinder- und Jugendclubs zu berücksichtigen.					5/0/2	

Wirtschaftsplan 2017

Stand: 17.02.2017

Änderungen gegenüber dem Stand vom 02.11.2016

K ommunaler I mmobilien S ervice

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Änderungsliste zum Entwurf des Wirtschaftsplan des KIS 2017

Stand: 17.02.2017

Ertragsplan

Bezeichnung	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2018 alt EUR	Ansatz 2018 neu EUR	Veränderung 2018 EUR	Planung 2019 alt EUR	Planung 2019 neu EUR	Veränderung 2019 EUR	Planung 2020 alt EUR	Planung 2020 neu EUR	Veränderung 2020 EUR	Bemerkung
Verwaltungsgebäude Mieten an KIS	2.673.300	2.578.300	-95.000	2.466.800	2.276.800	-190.000	2.510.300	2.320.300	-190.000	3.191.800	3.001.800	-190.000	Aufgrund der angepassten Investitionszuschüsse an den KIS ergibt sich eine Entlastung der LHP bei den Mieten an den KIS
Grundschule Im Kirchsteigfeld (56) Mieten an KIS				341.800	319.100	-22.700	491.700	423.600	-68.100	492.800	424.700	-68.100	
Grundschule Bornim (11) Mieten an KIS				448.400	412.600	-35.800	736.500	650.600	-85.900	739.200	653.300	-85.900	
Grundschule Bornstedter Feld II (17) Mieten an KIS							842.500	826.700	-15.800	1.141.500	1.103.500	-38.000	
Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule (46) Mieten an KIS				455.000	420.100	-34.900	617.200	512.600	-104.600	619.300	514.700	-104.600	
Sportstätten und Bäder Mieten an KIS				1.292.100	1.318.600	26.500	1.590.500	1.625.100	34.600	1.657.800	1.711.600	53.800	Höhere Investkosten bei neuen SPL Waldstadt I und Lerchensteig
Kultursteuerung Mieten an KIS	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	34.800	40.700	5.900	Pavillon Freundschaftsinsel verbleibt beim KIS
Kultursteuerung Betriebskosten an KIS	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	23.500	29.800	6.300	Pavillon Freundschaftsinsel verbleibt beim KIS
Umsatzerlöse KIS	50.241.763	50.158.963	-82.800	53.145.663	52.900.963	-244.700	55.453.663	55.036.063	-417.600	58.340.163	57.919.563	-420.600	

Investitionsplan

Bezeichnung	Zuschuss LHP			Kreditmittel KIS		
	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2017 EUR	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2018 EUR
GES 46 (F. W. v. Steuben)	0	2.040.000	2.040.000	2.040.000	0	-2.040.000
GS 56 (Am Kirchsteigfeld)	0	1.350.000	1.350.000	1.350.000	0	-1.350.000
Grundschule Bornim	0	1.810.000	1.810.000	4.120.690	2.310.690	-1.810.000
Grundschule Bornstedter Feld II (17) Rote Kaserne Ost	0	800.000	800.000	6.506.000	5.706.000	-800.000
Sportforum Waldstadt I	0	738.300	738.300			
Sportplatz Lerchensteig	0	1.870.000	1.870.000			
Schulstandort Gagarinstraße	3.231.000	3.171.000	-60.000	5.198.000	5.198.000	0
Schule 37/38 (Humboldtring)	0	60.000	60.000	300.000	300.000	0
Zusätzliche Maßnahmen Schulen/Abbau Sanierungsstau						
Stadthaus/Verwaltungscampus	5.945.200	3.945.200	-2.000.000	3.500.000	3.500.000	0
Hort GS 27 (Waldstadt)	0	2.000.000	2.000.000			
Gesamt	16.620.200	25.228.500	8.608.300	46.713.454	40.713.454	-6.000.000

Zuschuss LHP			Bemerkung
Ansatz 2019 alt EUR	Ansatz 2019 neu EUR	Veränderung 2019 EUR	
			Ersatz von KIS-Kreditmittel durch Zuschüsse der LHP
			Neue Projekte mit Fördermitteln und Eigenmittel
0	60.000	60.000	Umschichtung von Mitteln für die Errichtung einer Zaunanlage Schule 37/38.
1.857.000	1.797.000	-60.000	Umschichtung von Mittel für den Horbau an der GS 27
20.413.400	20.413.400	0	

Sonstige investive Zuweisungen

Bezeichnung	Zuschuss LHP			Bemerkung
	Ansatz 2017 alt EUR	Ansatz 2017 neu EUR	Veränderung 2017 EUR	
Nachträgliche investive Zuweisungen der LHP an den KIS für in früheren Jahren kreditfinanzierte Maßnahmen	0	4.000.000	4.000.000	Führt zu Zins- und Tilgungseinsparungen beim KIS bei bevorstehenden Umschuldungen und zu Reduzierung von Mietzahlungen der LHP an den KIS.
			4.000.000	